



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 10

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 10

.....
vom 10.04.2019

.....
del 10/04/2019

Präsident
Vizepräsidentin
Vizepräsident

Josef Nogger
Rita Mattei
Manfred Vallazza

Presidente
Vicepresidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 10

vom 10.04.2019

Inhaltsverzeichnis

Anhörung der Kinder- und Jugendanwältin Dr.in Paula Maria Ladstätter laut Artikel 108-quater der Geschäftsordnung. Seite 3

Beschlussantrag Nr. 41/19 vom 5.2.2019, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend: Insektenfreundliche Gemeindeplanung. Seiten 15 u.30

Beschlussantrag Nr. 25/19 vom 18.1.2019, eingebracht von den Abgeordneten Mair und Leiter Reber, betreffend: Einführung des Systems der "Rettungsgasse" in Südtirol.Seite 22

Begehrensantrag Nr. 4/19 vom 28.2.2019, eingebracht von den Abgeordneten Knoll und Atz Tammerle, betreffend: Ausländische KFZ-Zulassungen.Seite 32

Beschlussantrag Nr. 59/19 vom 4.3.2019, eingebracht vom Abgeordneten Urzì, betreffend: Öffentliche Parteienfinanzierung durch das Land.Seite 43

Beschlussantrag Nr. 61/19 vom 7.3.2019, eingebracht vom Abgeordneten Repetto, betreffend die Sozialbetreuer.Seite 60

Beschlussantrag Nr. 65/19 vom 14.3.2019, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Staffler, betreffend: Nein zur Valdastico-Autobahn.Seite 69

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 10

del 10/04/2019

Indice

Audizione della garante per l'infanzia e l'adolescenza dott.ssa Paula Maria Ladstätter ai sensi dell'articolo 108-quater del regolamento interno.pag. 3

Mozione n. 41/19 del 5/2/2019, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante: Per una pianificazione comunale favorevole agli insetti utili e quindi all'insegna della biodiversità. pagg. 15 e 30

Mozione n. 25/19 del 18/1/2019, presentata dai consiglieri Mair e Leiter Reber, riguardante: Introduciamo anche in Alto Adige la "corsa di soccorso". pag. 22

Voto n. 4/19 del 28/2/2019, presentato dai consiglieri Knoll e Atz Tammerle, riguardante: Autoveicoli immatricolati all'estero. pag. 32

Mozione n. 59/19 del 4/3/2019, presentata dal consigliere Urzì, riguardante: Finanziamento pubblico provinciale ai partiti. pag. 43

Mozione n. 61/19 del 7/3/2019, presentata dal consigliere Repetto, riguardante gli operatori socio-assistenziali. pag. 60

Mozione n. 65/19 del 14/3/2019, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Staffler, riguardante: No alla Valdastico. pag. 69

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Josef Noggler**Ore 10.02 Uhr***Namensaufruf - appello nominale*

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung haben sich der Abgeordnete Tauber, Landesrat Achammer und Landeshauptmann Kompatscher (nachm.) entschuldigt.

Wir kommen zur Behandlung der institutionellen Punkte.

Anhörung der Kinder- und Jugendanwältin Dr.in Paula Maria Ladstätter laut Artikel 108-quater der Geschäftsordnung**Audizione della garante per l'infanzia e l'adolescenza dott.ssa Paula Maria Ladstätter ai sensi dell'articolo 108-quater del regolamento interno**

Ich erinnere daran, dass für die Behandlung eine Stunde Redezeit zur Verfügung steht. Gemäß Artikel 108-quater Absatz 3 der Geschäftsordnung sind 30 Minuten für den Vortrag und 30 Minuten für die Diskussion vorgesehen. Ich möchte die Jugend- und Kinderanwältin Frau Dr. Paula Maria Ladstätter recht herzlich begrüßen. Ich ersuche Sie um Ihren Vortrag.

LADSTÄTTER Paula Maria: Vielen Dank! Schönen guten Morgen an alle, buongiorno a tutti!

Ich möchte Ihnen heute den Jahresbericht 2018 der Kinder- und Jugendanwaltschaft vorstellen und mit Ihnen teilen. Ich möchte ganz kurz das Team vorstellen: Verwaltungssachbearbeiterin Federica Poli, Bianca Stelzer - sie ist Expertin im Rechts- und Gesetzgebungsbereich - und die Kinder- und Jugendanwältin Paula Maria Ladstätter. Frau Anna Graber ist Expertin im Verwaltungsbereich, Herr Massimiliano Santi war Experte im Verwaltungsbereich und Frau Daniela Perucatti war Verwaltungssachbearbeiterin.

Wozu sind wir beauftragt? Sie müssen sich die Kinder- und Jugendanwaltschaft so vorstellen wie dieses Haus. Unsere Arbeitsgrundlage stellt die UN-Kinderrechtskonvention dar und auch das Landesgesetz Nr. 3 vom 26. Juni 2009, mit dem die Kinder- und Jugendanwaltschaft errichtet wurde. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft ist eine niederschwellige Anlaufstelle, Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche. Der Artikel 3 des Landesgesetzes sagt, welche Aufgaben wir haben. Diese Aufgaben können wir in vier Säulen ganz großräumig zusammenfassen, und zwar Beratung und Vermittlung, Information und Prävention, Interessensvertretung, Vernetzung der Dienste. Ich möchte jetzt mit Ihnen diese Säulen einzeln anschauen, was wir gemacht haben, was die Themen waren.

Ich beginne mit der ersten Säule. Wir beraten und vermitteln. Zu sagen ist, dass die Beratung und die Vermittlung vertraulich, anonym und kostenlos ist. Wenn wir uns die Zahlen anschauen, dann haben wir 2018 192 persönliche Beratungs- und Vermittlungsgespräche und weiters 1.767 telefonische Beratungsgespräche geführt. Wir haben 184 Anfragen per E-Mail, 10 per WhatsApp und 3 Facebook-Anfragen bearbeitet. Bei den Beratungen ist zu sagen, dass wir bei den Anfragen, die direkt von Kindern und Jugendlichen gekommen sind, zum größten Teil versucht haben, uns wirklich am Heimatort zu treffen und diese dort zu bearbeiten. Aus Zeit- und Ressourcenknappheit haben wir die Anfragen, die von den Erwachsenen gekommen sind, vorwiegend am Sitz in Bozen bei uns direkt bearbeitet. Die telefonischen Beratungen haben den größten Teil der Arbeitszeit unseres Teams 2018 in Anspruch genommen. Bei dieser Zahl ist zu sagen, dass die Beratungsgespräche im Durchschnitt eine halbe Stunde, weniger eine Viertelstunde, viel öfters eine Stunde und auch mehr gedauert haben. Die Telefongespräche, die nicht eine Viertelstunde gedauert haben, sind in dieser Zahl nicht erfasst. Diese Zahlen geben natürlich Aufschluss über die Quantität, sie sagen etwas aus, aber im Sozialen und auch

bei uns in unserer Materie ist es ganz schwierig, dass über die Qualität etwas ausgesagt wird. Denn es braucht eine Kultur des Kommunizierens, des Hinhörens und das bestimmt maßgeblich den Erfolg der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, das heißt das aktive Zuhören, die Wertschätzung. Bei Kindern und Jugendlichen braucht es besonders Zeit, Achtsamkeit und Geduld.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft hat 2018 411 neue Akten aufgemacht und an 696 Akten aus den vergangenen Jahren weitergearbeitet, das heißt es sind Anfragen in unserem Büro, wo sich die Bearbeitung auch über einige Jahre erstreckt. Wenn beispielsweise eine Anfrage von einer Schule kommt, wo auch Lehrpersonen psychische, physische Gewalt auf Kinder und Jugendliche ausüben, so haben wir Situationen, die wir auch drei bis vier Jahre lang begleiten. Wir haben 2018 an insgesamt 1.107 Akten gearbeitet.

Interessant ist jetzt zu schauen, was die Themen sind. An erster Stelle sehen Sie den Jugendschutz. Hier sprechen wir von Themen von nicht begleiteten ausländischen Minderjährigen. Auch hier ist die ganze Thematik von freiwilligen Vormündern enthalten. Mit 2017 hat das Staatsgesetz, das sogenannte Zampa-Gesetz den Kinder- und Jugendanwaltschaften die Kompetenz gegeben, die Auswahl, die Ausbildung und das Monitoring der freiwilligen Vormünder für nicht begleitete ausländische Minderjährige zu machen.

An zweiter Stelle kommen die Situationen mit Mehrfachproblematiken. Ich möchte Ihnen hier zum Beispiel eine Situation nennen. Wenn beispielsweise ein Jugendlicher fremd untergebracht wird, das heißt aus der Familie herausgenommen und in ein Heim gebracht wird, dann haben wir bei diesen Mehrfachproblematiken ein Thema mit der Schule, in der Wohngemeinschaft selbst und auch familiäre Konflikte mit dem Sozialsprengel. Das heißt, dass das sehr komplexe Situationen sind, wo wir einfach mehr Interventionsherde haben. Bei diesen Situationen ist die Tendenz auch 2018 jene, dass sie zunimmt. Auch diese Kategorien sind ganz schwer nur in einen Bereich einzugliedern.

An dritter Stelle sehen Sie die familiären Konflikte. Wir haben 2018 die Tendenz gesehen, dass wir Konflikte zwischen Eltern und Kindern haben, vorwiegend Minderjährige, aber auch Konflikte zwischen den Eltern. Was für uns 2018 neu war, sind die Konflikte zwischen den Großeltern und den Eltern. Das heißt, dass sich die Großeltern an uns vermehrt gewandt haben, und zwar auch aufgrund einer Pressearbeit, die wir mit diesem Thema bei Trennungen, bei Scheidungen gemacht haben, dass Großeltern mit den Enkeln immer eine sehr stabile Beziehung hatten, aber sie mit dieser neuen Situation von heute auf morgen die Kinder nicht mehr sehen durften. Das war für sie natürlich sehr, sehr bitter.

Die Schule ist im Vergleich zu 2017 vorgerückt. Im Schulbereich haben wir Tendenzen festgestellt, dass die Schulangst zunimmt dahingehend, ich gehe nicht mehr in die Schule oder die Schulphobie bereits 2018 sich bereits vermehrt im Grundschulalter gezeigt hat. Das war für uns in der Kinder- und Jugendanwaltschaft neu.

Was 2018 weiters zugenommen hat, war auch dieses Phänomen bei Jugendlichen, wenn sie nicht mehr in die Schule gegangen sind, dann Lösungen zu finden, wie zum Beispiel dieses Homeschooling, das heißt Eltern haben sich immer mehr informiert, wie sie es trotzdem schaffen können, dass ihre Kinder in die nächste Klasse kommen und wie das geht. Das heißt, dass wir hier eine ganz große Herausforderung haben, denn wenn ich heute eine Schulphobie habe, dann heißt das, dass wir Situationen haben, wo Minderjährige seit einem Dreivierteljahr nicht mehr in die Klasse gehen. Gleichzeitig haben wir dieses Homeschooling. Das Problem, die Thematik ist aber nicht gelöst, denn ich kann zwar Homeschooling machen und der Jugendliche kommt in die nächste Klasse, aber die Schulphobie ist damit nicht gelöst. Das heißt, dass es nochmals neue Konzepte braucht, wo versucht wird, diese zwei Situationen miteinander zu verbinden. Wir haben Situationen, wo auch die Fachambulanz eingeschaltet ist. Die Fachambulanz ist sehr präsent und sagt auch, dass diese Situationen zunehmen, aber die Fachambulanz hat gleichzeitig zu wenig Ressourcen, diese Projekte wirklich machen zu können.

Weiters, was sehr intensiv an uns herangetragen wurde, ist, dass es beispielsweise Kinder mit besonderen Bedürfnissen und auch Kinder gibt, die eine Lese- und Rechtschreibschwäche haben. Eltern haben gesagt, dass die notwendigen Ressourcen von der Schule nicht zur Verfügung gestellt werden. Wenn ich mit den Direktoren gesprochen habe, dann haben diese gesagt: "Wir würden schon, aber uns fehlen die Ressourcen." Auch das ist ganz sicher ein Thema, das 2018 zugenommen hat. Für mich als Kinder- und Jugendanwältin war 2018 erschreckend, dass Eltern zu mir gekommen sind und gesagt haben, wir werden von der Grundschuldirektorin während der Unterrichtszeit immer öfters angerufen mit der Bitte, man möge doch das Kind abholen und nach Hause bringen. Die Eltern haben gesagt, für uns ist das keine Lösung. Das ist für mich ein Ausdruck, dass bereits Direktoren im Grundschulalter bestimmte Situationen nicht mehr händeln können. Ich mache es ad absurdum. Eine Direktorin hat mir gesagt: "Frau Kinder- und Jugendanwältin, ich habe im

Grundschulalter in der vierten Klasse sogar für einen Schüler die Carabinieri geholt, weil ich nicht mehr wusste, wie ich mit diesem Kind umgehen soll." Was sich auch fortsetzt, ist, dass beispielsweise Schulen bei bestimmten Kindern sagen, sie dürfen gar keine Ausflüge machen oder wenn sie Ausflüge machen dürfen, dann sollten bitte die Eltern anwesend sein. Auch das ist eine Tendenz, die 2018 zugenommen hat.

Wir haben dann die Trennung. Bei der Trennung ist es so, dass wir sehr hoch strittige Trennungssituationen haben, wo Minderjährige von Eltern instrumentalisiert werden, wo sie Sprachrohr für die Eltern werden, weil sie nicht mehr kommunizieren können. Diese Trennung, Scheidung ist ganz sicher auch eine Situation, wo Mediation einfach nicht mehr greift. Was sich uns gezeigt hat, ist, dass diese Situationen, wenn sie zu uns kommen, schon so explodiert sind, dass im Moment alle Gerichtsstellen bereits eingeschaltet wurden und wir nur schauen konnten, welchen Schritt wir mit dieser Familie machen können.

Gewalt und Missbrauch haben zugenommen. Wir haben 2018 21 Meldungen an die Staatsanwaltschaft gemacht. Das sind durchschnittlich zwei Meldungen pro Monat. Die Gewalt gab es in allen Formen, und zwar psychische, physische, sexualisierte Gewalt, sexueller Missbrauch und auch die Vernachlässigung. Bei der Vernachlässigung haben wir gesehen, dass ein Zusammenhang auch mit der Kindes- und Jugendarmut besteht.

Mobbing ist ein eigener Posten, das heißt, dass in der Schule die Mobbingsituationen nicht enthalten sind. Für mich war 2018 neu, dass sich nicht nur junge Menschen an uns gewandt haben, die gemobbt wurden, sondern auch Personen, die selbst gemobbt haben. Das war für uns sehr spannend. Ich mache eine Situation, wo ein Jugendlicher sich an uns gewandt und gesagt hat, die Schule wirft ihm vor, dass er eine Mitschülerin mobbt. Er wollte daraufhin eine Aussprache mit der Direktorin, wurde nicht angehört und so hat er sich an uns gewandt. Das sind Situationen, wo wir sehen, dass es ganz wichtig ist, dass die Schulen dieses Thema langfristig aufgreifen und langfristig bearbeiten.

Fremdunterbringung 2018. Für mich war es auch sehr überraschend, dass beispielsweise vier Jugendliche, nämlich Mädchen und Jungen zu mir gekommen sind und gesagt haben, dass sie es zu Hause nicht mehr aushalten, dass die Situation eskaliert ist, dass sie alles versucht haben. Sie möchten aus ihrer Ursprungsfamilie herausgenommen werden. Sie haben im Internet recherchiert und gesehen, dass es Wohngemeinschaften gibt. Sie möchten freiwillig in eine Wohngemeinschaft gehen, weil sie endlich möchten, dass es zu Hause aufhört. Das ist für mich eine ganz neue Situation, dass die Jugendlichen selbst die Initiative ergreifen.

Wie wurden wir kontaktiert? Also vorwiegend über E-Mail, Telefon. Was zugenommen hat, ist, dass Personen persönlich ohne Termin zu uns ins Büro gekommen sind. Das sind meistens Situationen, wo es sehr, sehr dringend ist und wo es meistens sehr komplexe Situationen sind.

Internetformular der Kinder- und Jugendanwaltschaft, Facebook und WhatsApp. Facebook hat abgenommen, also Jugendliche bewegen sich nicht mehr im Facebook.

Wer hat sich an uns gewandt? An erster Stelle sehen Sie öffentliche Körperschaften und Institutionen. 2017 waren die Privatpersonen an erster Stelle. Das hat zugenommen. Beispiele davon sind, dass die öffentliche Verwaltung, also Abteilungen sich an uns wenden, und zwar bei besonders hoch strittigen Trennungen, wo sie nicht mehr wissen, wie sie diese Situation händeln sollen oder uns um Informationen fragen oder auch eine Zusammenarbeit mit uns anstreben oder auch Gemeinden. Die Gemeinde Meran beispielsweise hat ein sehr großes Projekt gestartet und hat um unsere Unterstützung angefragt. Eine andere Gemeinde hat sich an uns gewandt, weil Anrainer einen Spielplatz sperren, schließen wollten, der bereits seit über 25 Jahre in dieser Gemeinde einfach existiert. Hier haben wir beispielsweise eine sehr lange Mediation gehabt. Ich kann sagen, dass wir diese Woche erfreulicherweise eine Lösung gefunden haben dahingehend, dass der Spielplatz so bleibt wie er ist und auch noch renoviert wurde.

Die Mutter ist an zweiter Stelle, das heißt, dass bei der Mutter wieder diese hoch strittigen Trennungen hineinfließen. Die Mutter kommt und fragt uns, ob es für ihre Tochter nicht ein Recht ist, denn sie möchte den Vater nicht mehr sehen. Ist das nicht ein Kinderrecht? Hier sind wir sehr oft bei der Instrumentalisierung. Hier führe ich sehr lange Gespräche und erkläre ihnen auch, dass es für Kinder ein Recht ist, beide Eltern zu haben und auch beide Eltern mit ihnen gemeinsam aufzuwachsen, egal wie die Familienkonstellation oder die Situation ist. Die Mutter sagt meistens, aber das ist das Kindeswohl. Und darüber können wir lange diskutieren. Es gibt keine Definition des Kindeswohls. Wenn wir uns hier anschauen würden, wer das Kindeswohl definiert, dann hätten wir vierzig verschiedene Meinungen. Es geht darum, dass Kinder und Jugendliche eigene Rechte haben, also das Recht auf beide Eltern.

Die Privatpersonen sind an dritter Stelle. Wir stellen fest, dass die Zivilcourage in Südtirol zugenommen hat. Privatpersonen rufen uns an und sagen, bei der Familie oder mir höre ich das Kind stundenlang weinen. Es kann etwas Normales sein, aber ich möchte nichts verabsäumen und ich möchte das melden. Mir ist es ganz wichtig, dass dem nachgegangen wird. Es hängt davon ab, ob wir entweder Meldungen machen oder schauen, wie wir diese Situation bearbeiten können.

Der Vater. Auch das hat zugenommen. Wir haben diesen Zusammenhang mit den Trennungen und Scheidungen. Väter kommen und sagen, wir können, obwohl wir ein Urteil haben, das Kind nicht sehen. Was können wir tun? Die Familienkonstellationen bei hoch strittigen Trennungen und Scheidungen betreffen mittlerweile beide Elternteile und die erweiterte Familie, bereits die Großeltern. Wir hatten auch eine Situation, wo beispielsweise auch der Jugendliche gekommen ist und gesagt hat, dass er seinen Vater sehen möchte. Was kann ich tun, damit ich meinen Vater sehen kann, denn meine Mutter ist dagegen? Können Sie mir helfen?

Aus welchen Landesteilen kommen die Beschwerden? Wir sehen an dritter Stelle außerhalb von Südtirol. Das ist sehr interessant. Wir haben 2018 eine neue Tendenz festgestellt. Meistens handelt es sich um hoch strittige Trennungen und Scheidungen, wo ein Elternteil zum Beispiel in Tirol lebt und das Elternteil mit den Kindern in Südtirol. Hier haben wir eine sehr starke Zusammenarbeit – das sehen wir auch danach – mit den anderen Kinder- und Jugendanwaltschaften. Oder auch, dass beispielsweise ein Elternteil mit den Kindern in Südtirol bleibt und das andere zum Beispiel nach Bologna an ihren Heimatort zurückkehrt. Auch hier haben wir diese Zusammenarbeit.

Poi abbiamo in un'altra colonna la nostra attività di informazione e sensibilizzazione. Qui vorrei fare alcuni esempi di ciò che abbiamo svolto nel 2018.

Abbiamo partecipato come relatori e relatrici alla conferenza all'EURAC.

Abbiamo avuto una visita della scuola professionale provinciale per le professioni sociali. Un'intera classe è venuta nel nostro ufficio ed è stato molto interessante perché loro sono quelli che lavoreranno negli asili nido.

Poi c'è stata la presentazione del nostro ufficio anche nella scuola media di Dobbiaco.

Queste visite e l'andare a lavorare con le scuole, per noi è la cosa più importante e fondamentale, perché lì possiamo dire quali sono i loro diritti, a chi possono rivolgersi quando questi diritti vengono violati e se andiamo in una scuola abbiamo anche la possibilità di parlare e di lavorare per almeno due ore con 100 o anche 150 scolari e scolare.

I bambini in fuga sono i più vulnerabili tra tutti, di questo parleremo ancora dopo.

Droghe, niente panico, ma sono necessari dialogo e modelli da seguire.

C'è una tavola rotonda relativa all'assenteismo scolastico, questo secondo me è sicuramente un tema che nei prossimi anni dovremo trattare e trovare anche altri nuovi modelli.

Poi il corso di aggiornamento per tutori volontari per minori stranieri non accompagnati, questo sicuramente è uno dei temi più grandi perché abbiamo la competenza in base alla legge Zampa e nel 2018 abbiamo organizzato 4 corsi, 2 in lingua tedesca e 2 in lingua italiana, i partecipanti sono stati 28 e abbiamo accolto nella lista che si trova presso il tribunale dei minori 14 nuovi tutori.

Devo dire che alla fine di dicembre 2018 in questa lista erano iscritti 42 tutori volontari, sono cittadini normali che vogliono dare gratuitamente il loro supporto sociale proprio per i più vulnerabili, i MISNA, cioè minorenni stranieri non accompagnati.

Poi spazi sicuri per giovani, incoraggiare bambini e adolescenti a favorire la partecipazione.

Anche la depressione e il suicidio erano temi del 2018. Abbiamo avuto tre o quattro situazioni in cui c'era un minorenni che si voleva suicidare o aveva già tentato di farlo, anche questo è un tema dell'Alto Adige, e poi i bambini necessitano di una *lobby* e questo logicamente è un tema molto grande e anche molto attuale.

Non esiste lo schiaffo a fin di bene / *es gibt keine gesunde Watschn* e questa era una tematica che secondo me è anche un fenomeno culturale dove dobbiamo lavorare e collaborare ancora a lungo.

Poi per quanto riguarda il nostro lavoro di sensibilizzazione sui *mass media*, ogni due settimane abbiamo una rubrica sull'Alto Adige e qui posso dire che con la popolazione del gruppo linguistico italiano lo facciamo già da 5 anni, che anche la percentuale si rivolge più al nostro ufficio.

Wir vertreten Interessen von Kindern und Jugendlichen. Das habe ich eigentlich schon gesagt, also es geht vorwiegend um Pflegefamilien für nicht begleitete ausländische Minderjährige - es gibt im Moment nur drei, aber das ist einfach zu wenig - und um die Ausbildung der freiwilligen Vormunde für nicht begleitete Minderjährige.

Wir vernetzen uns auch. Wir haben an 75 Netzwerk- und Arbeitstreffen teilgenommen. Diese Netzwerktreffen sind sehr, sehr wichtig. Es geht darum, dass man sich an einen Tisch setzt und dass wirklich jeder auf Augenhöhe die Kompetenzen des anderen respektiert und auch dieses Konkurrenz- und Machtdenken vor der Tür lässt. Ich mache Ihnen ein Beispiel. Wenn wir ein Netzwerktreffen haben, dann ist es beispielsweise so mit einem nicht begleiteten Minderjährigen zum Beispiel oder auch Netzwerk Gewalt und Gewaltprävention. Wenn ein Psychiater drinnen sitzt, dann glaubt er meistens, dass er mehr wert ist als ein Psychologe. Der Psychologe meint mehr wert zu sein als der Sozialpädagoge. Der Sozialpädagoge meint mehr wert zu sein als der Erzieher. Der Erzieher glaubt mehr wert zu sein als beispielsweise die Tutoren. Auch in diesen Netzwerken ist die größte Herausforderung jene, auf gleicher Augenhöhe wirklich miteinander zu kommunizieren, die Vorgehensweisen, Ressourcen und Synergien zu bündeln, zu nutzen zum Kindeswohl. Es geht nicht um die Erwachsenen oder darum, was ich mache, was Du machst oder dass ich mehr mache als Du, sondern es geht darum, den Jugendlichen und das Kind wieder in den Mittelpunkt zu stellen. Es gibt die Koordinierungseinheit Abhängigkeitserkrankungen, den Arbeitskreis Kinder- und Jugendrechte - dieser ist in der Kinder- und Jugendanwaltschaft angesiedelt -, das Netzwerk Gewalt und Gewaltprävention, das Netzwerk der Gemeinde Bozen: gemeinsam gegen geschlechtsspezifische Gewalt, den Familienbeirat. Es gibt noch andere.

Was ich sagen muss, ist, dass es in Südtirol mittlerweile sehr vieles gibt. Es gibt Netzwerke, die mittlerweile sehr gut funktionieren und wo wir als Kinder- und Jugendanwaltschaft sehr unbürokratisch auch wirklich viele Fälle lösen können oder Treffen wirklich ad hoc einberufen können. Man kennt sich.

Wir haben noch eine regionale Zusammenarbeit. Bei der regionalen Zusammenarbeit kann ich sagen, dass sich die Kinder- und Jugendanwaltschaft von Bozen sehr häufig mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft von Trient vernetzt hat. Es ging dabei darum, aktuelle Themen zu besprechen und auch darum, das große Thema unbegleitete ausländische Minderjährige und die Ausbildung der freiwilligen Tutoren sich anzuschauen. Trient hat eine ähnliche Struktur und ein ähnliches Netz. 2018 können wir beide sagen, dass die Anzahl der nicht begleiteten Minderjährigen zurückgegangen ist. Mittlerweile haben wir eine stattliche Anzahl an ausgebildeten Tutoren. Trient hat ungefähr 50, die Kinder- und Jugendanwaltschaft 48 im Moment. Wir haben auch bezüglich komplexer hoch strittiger Trennungssituationen immer wieder zusammengearbeitet. Bei der regionalen Zusammenarbeit hat sich auch herausgestellt, dass wir einen sehr häufigen Austausch auch mit den überregionalen Kinder- und Jugendanwaltschaften Italiens hatten.

Die nationale Zusammenarbeit. Wir haben regelmäßig an den Koordinierungstreffen mit der nationalen Kinder- und Jugendanwältin Filomena Albano teilgenommen. Was die internationale Zusammenarbeit angeht, haben wir aufgrund von verschiedenen Situationen auch mit den Anwaltschaften Österreichs zusammengearbeitet. Es sind auch einige Projekte für 2019 angedacht.

Zum Abschluss möchte ich noch Folgendes fragen. Was ist der Ausblick? Die Kinder- und Jugendanwaltschaft wird heuer 10 Jahre alt. Heuer feiern wir 10 Jahre und die Kinderrechte werden dieses Jahr 30 Jahre alt. Das sind zwei schöne Geburtstage, die sicher gefeiert werden.

Meine Wünsche auch für 2019. Besonders diese Tendenzen von 2018 sind für mich, dass die Kinderrechte in alle Lehrpläne an Südtirols Schulen aufgenommen werden und auch, dass die Sozialarbeit an allen Südtiroler Schulen wirklich gewährleistet wird, dass dort Sozialpädagoginnen angestellt werden. Wir sehen, dass die komplexen Situationen sich häufen. Wenn wir so eine Figur haben, dann kann die Zusammenarbeit viel, viel schneller erfolgen und auch die Lösungsfindungsprozesse schneller abgewickelt werden.

Vielen Dank! Wenn es Fragen gibt, dann antworte ich gerne darauf.

Danke für die Aufmerksamkeit! Grazie!

PRÄSIDENT: Vielen Dank, Frau Kinder- und Jugendanwältin. Es folgen nun die Wortmeldungen seitens der Abgeordneten. Ich möchte daran erinnern, dass jedem Abgeordneten fünf Minuten Redezeit zur Verfügung stehen. Jeder Abgeordnete kann sich auch mehrmals zu Wort melden, aber nur für fünf Minuten insgesamt. Zum Schluss erfolgt dann die Replik seitens der Kinder- und Jugendanwältin.

Abgeordneter Knoll, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke für die Vorstellung Ihres Tätigkeitsberichtes. Ich hätte zwei Fragen. Mir ist in letzter Zeit das Problem der Suizide in Südtirol ganz stark aufgefallen, vor allem unter Jugendlichen. Man bekommt nicht immer etwas mit. Das ist sehr oft verschlüsselt aus den Todesanzeigen herauszulesen oder aus dem Umfeld, denn das ist eine eigene Philosophie. Aber ich habe schon den Eindruck, dass das in letzter Zeit verstärkt aufgetreten ist. Mich würde interessieren, ob Sie Gründe auch eruieren kön-

nen, warum dies vor allem bei Jugendlichen der Fall ist. Mir ist es in den letzten Wochen und Monaten sehr negativ aufgefallen, teilweise 18jährige Personen, Kinder, Jugendliche, wo ich mir oft denke, was in einem 18jährigen Leben passieren kann, dass man das Leben beendet. Da muss etwas ganz Schwerwiegendes der Fall sein. Hier würde mich Ihre Einschätzung interessieren.

Erlauben Sie mir bitte eine kleine Anmerkung. Sie hatten beim Tätigkeitsbericht eine Folie gezeigt, auf der stand "auch wir Kinder haben Rechte". Hier ist mir etwas aufgefallen. Ich weiß nicht, ob das Ihre Karikaturen sind oder ob Sie diese irgendwo entlehnt haben, weil auch in den Schulen sehr oft die Diskussion auftritt, was mit Kindern mit Migrationshintergrund passiert, wenn diese manches Mal aus religiösen Gründen genötigt werden, zum Beispiel ein Kopftuch zu tragen. Mir ist aufgefallen, dass hier ein Kind abgezeichnet gewesen ist, das ein Kopftuch trägt. Das ist mir in dem Moment negativ aufgefallen, weil es gerade im Zusammenhang mit den Worten "auch wir haben Rechte" gestanden hat. Haben Sie zum Beispiel auch Rückmeldungen von solchen Fällen in Südtirol? Mir ist zum Beispiel vor 14 Tagen in Bozen eine Familie unter den Lauben begegnet, die zwei kleine Kinder hatte, die meiner Einschätzung nach nicht einmal in die Schule gegangen sind, die wirklich stark verhüllt waren. Ich denke mir, ohne das polemisch meinen zu wollen, dass dies auch ein Problem der Kinderrechte ist. Inwieweit hat ein Kind das Recht, selbst eine Entscheidung darüber zu treffen, ob es verhüllt sein möchte oder nicht? Mich würde interessieren, ob Sie solche Fälle haben. Vielleicht könnte das einmal überarbeitet werden, weil mir das gerade in dem Zusammenhang ein bisschen ungünstig vorkommt. Es ist das abgebildete Mädchen in der Mitte, das mir halt aufgefallen ist. Deswegen in diesem Zusammenhang die Frage.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich danke der Kinder- und Jugendanwältin für die Vorstellung und die Arbeit in diesen Jahren. Ich wollte Sie um eine Einschätzung so am Ende dieser viereinhalb Jahre, die Sie im Amt sind, bitten. Ich glaube nämlich, dass, wenn wir die Gesellschaft irgendwie wie einen Block sehen, ich die Kinder und Jugendlichen als den fragilsten Teil an der Oberfläche sehe, wo also Trends und Entwicklungen sich als Erstes niederschlagen. In den letzten Jahren kam aus Ihren Berichten immer wieder hervor, dass Sie hier Dinge erfassen, mit denen vielleicht andere nicht im Kontakt sind, gerade weil Sie mit der problematischen Situation von Kindern und Jugendlichen konfrontiert sind. Meine Frage: Haben Sie in diesen Jahren Trends beobachtet? Sie sagen uns jedes Jahr was neu war. Es waren dann immer eher spezifische Situationen. Haben Sie Trends gesehen, die man auf die Südtiroler Gesellschaft aus Ihrer Sicht übertragen könnte? Ich weiß, dass es eine sektorielle, eine Detailsicht ist und auch immer eine, die von der Problematik ausgeht. Wem es gut geht, der wird wahrscheinlich seltener zu Ihnen kommen. Lassen sich aus Ihrer Sicht Entwicklungen ableiten, auf die wir ganz besonders aufpassen müssen? Wir auch in der politischen Arbeit in der nächsten Zeit, wo wir aus Ihrem Erfahrungsschatz etwas für die politische Arbeit mitnehmen können? Sie sagen, gerade hier Achtung, da muss man aufpassen, da wird es kritisch, da habe ich erste Anzeichen entdeckt und da muss die Gesellschaft und die politische Vertretung dran bleiben. Dafür wäre ich Ihnen dankbar.

MAIR (Die Freiheitlichen): Auch ich möchte mich bei Ihnen für die Vorstellung Ihres Tätigkeitsberichtes bedanken. Auch mich hätte interessiert – Sven Knoll hat es mir bereits vorweggenommen – was die Rate der Suizidfälle in Südtirol anbelangt, und hier ganz konkret. Sven Knoll hat nach den Gründen gefragt. Mich würde interessieren, wie Sie es einschätzen. Es hat am 2. April den Beschluss Nr. 204 der Landesregierung gegeben, wo beschlossen wurde, dass die Kürzung der Leistung bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie, gerade was die psychologisch-klinischen Gespräche anbelangt, gekürzt werden. Künftig soll nur mehr eine Durchschnittsdauer der Gespräche von 45 Minuten stattfinden und nicht mehr, wie es vorher war, 60 Minuten und mehr. Wie bewerten Sie das gerade auch im Hinblick auf die Suizidfälle?

Ein Thema, mit dem wir ganz häufig konfrontiert werden, und zwar nicht nur von Seiten der Eltern, der Schüler, sondern in letzter Zeit immer häufiger auch von Lehrern, ist die Gewalt an Schulen. Auch das ist ein Thema, das, glaube ich, wichtig ist. Wurden Sie diesbezüglich auch ganz konkret informiert oder angesprochen? Wir haben Fälle, wo Schüler untereinander sehr gewalttätig sind, aber auch wo Lehrer Gewalt von Seiten der Schüler erleben.

Eine kurze Einschätzung meinerseits bzw. die Frage auch an Sie, was die Drogenproblematik anbelangt. Diese ist im Zunehmen. Inwieweit wird die Kinder- und Jugendanwaltschaft von Schülern, von Eltern, auch von den Schulen selbst kontaktiert? Es gibt einen jüngsten Fall an der Berufsschule, wo eine Mutter

gegen die Direktorin vorgeht, weil der Vorwurf im Raum steht, dass die Schule zwar Bescheid weiß, aber untätig ist, was dort abgeht. Vielleicht eine kurze Einschätzung diesbezüglich.

Stimmt es, dass es 12 Vorträge im Jahr 2018 an Schulen gegeben hat? Vielleicht hängt das auch mit dem Personalwechsel, Personalmangel zusammen. Früher war die Zahl, glaube ich, etwas höher. Es hat mehr Vorträge in Schulen gegeben. Die Einschätzung: Ich jetzt als Außenstehende denke, dass es wichtig ist, in die Schulen zu gehen, weil man dort Kinder und Jugendliche auch erreicht. Steht es auf dem Programm, diese Besuche vielleicht auch wieder zu erhöhen? Ich kenne die Situation Personalmangel und gerade in der Kinder- und Jugendanwaltschaft ist das ein Thema und auch der stetige Personalwechsel ist etwas auffallend. Natürlich muss die Politik die Rahmenbedingungen schaffen, dass das auch so funktionieren kann, wie wir es uns vorstellen oder das Bestmögliche für Kinder und Jugendliche gemacht werden kann. Danke!

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie alla garante per la relazione che ci è stata fornita e che ci ha illustrato. Estremamente interessante, motivante, il suo lavoro è anche di stimolo nei confronti delle amministrazioni locali. Io ho avuto rapporti con lei nel passato ed è stata di grosso stimolo anche di rapporti e relazioni non semplici in quanto porta avanti con grande determinazione il lavoro che lei ha fino adesso svolto e perciò, sotto questo profilo, lo vedo estremamente positivo.

Dall'altro lato Le chiedo, perché questo è essenzialmente delle richieste ulteriori, essendo garante, naturalmente tocca diversi aspetti della vita della comunità, dalla famiglia alle istituzioni, volevo chiedere qual è il rapporto essenzialmente con il Tribunale dei minori con cui c'è questo rapporto stretto, penso, però su questo nella relazione non l'ho individuato e dall'altra parte naturalmente, anche sull'esperienza che io ho avuto, c'è un forte problema nell'ambito delle nuove generazioni, soprattutto per quanto riguarda l'età dell'adolescenza, nel consumo in modo esagerato anche della conoscenza dell'alcol e della droga sotto questo profilo. Volevo sapere da Lei se c'è un ulteriore aumento di questo consumo, oppure dai suoi dati trova che c'è una stabilizzazione, e nello stesso tempo di questi giovani che sono anche abbandonati un po' dalle famiglie che soprattutto nei quartieri periferici abbiamo avuto opportunità di individuare le problematiche soprattutto sui giovani abbandonati e che poi sono intervenuti gli *streetworker* come si rapportava anche con questo tipo di associazioni legate a questo.

In ultima analisi Le volevo chiedere se nella Sua esperienza di garante ha trovato anche nella nostra provincia questa sindrome giapponese *hikikomori*, che sta crescendo grazie anche all'utilizzo di mezzi informatici, se ha individuato se questa nuova sindrome è in crescita anche nella nostra provincia e in ultimo, non so se Lei può darmi una risposta, però io vedo con grande preoccupazione questo dibattito che c'è a livello nazionale su questo decreto-legge Pillon, nell'ambito della famiglia in cui c'è ad esempio questa mediazione obbligatoria a pagamento e quant'altro, come si potrebbe, se mai andrà in porto, non lo so se andrà in porto oppure no, con il ruolo che Lei svolge attraverso questa funzione di garante dei minori, perché questo decreto-legge va in modo diretto, per non usare parole ancora più pesanti, a squilibrare in modo devastante la famiglia, non a ricomparla. Grazie!

PLONER Franz (Team Köllensperger): Danke für Ihren Jahresbericht, der sehr umfangreich ist und der mich doch zu einigen Fragen hinreißt.

Zum Ersten sind schon einige Themen hinsichtlich der Suizidalität aufgerissen worden. Das will ich jetzt nicht mehr weiter vertiefen. Nichtsdestotrotz hätte ich eine Frage. Sie machen zirka 89 Prozent Ihrer Anfragen telefonisch. Das sind nur 11 Prozent an Face-to-Face Betreuung. Wie gehen Sie mit diesen telefonischen Fragestellungen um? Das sind Jugendliche an irgendwen an Anonymität im Hintergrund. Ich aus medizinischen Gegebenheiten heraus habe immer ein großes Problem, telefonische Beratung vorzunehmen, denn die telefonische Beratung erlaubt mir aufgrund auch der Privacy nicht ins Detail zu gehen. Haben Sie einen Hintergrund, wo Sie hergehen und sagen, wir haben Sie aufgenommen, wir werden Sie einbestellen, wir machen noch einmal ein Gespräch?

Das Zweite, das mich dann interessiert, ist Folgendes. Gehen Sie her und fragen - bei der telefonischen Beratung ist dies die Frage -, welcher Druck im Hintergrund steht? Diesen können sie ja nicht abfangen. Es kann ein familiärer oder auch ein anderer Druck sein. Wie gehen Sie her und sagen, kommen Sie, ich überweise Sie an gewisse psychologische Beratungsstellen? Haben Sie ein südtirolweites Netz, wo Sie sagen, ich habe ausgebildete Kinderpsychologen? Denn es ist unterschiedlich, ob ich eine kinderpsychologische Beratung oder bei einem Erwachsenen Psychologie betreibe. Haben Sie ein Telefonverzeichnis, wo man diesen

dorthin überweisen kann, damit er aufgefangen wird? Sie wissen, dass man das nach einem halben Jahr wieder nachfragen kann. Ich muss irgendwie ein gewisses abfragendes Ergebnis haben.

Das Letzte, was mich ein bisschen interessiert. Sie haben den Kindesmissbrauch aufgezeigt. Kindesmissbrauch beinhaltet eine Vielzahl von Diagnosen, die Sie aber nicht auflisten. Meine Frage: Welche Art von Kindesmissbrauch gibt es in Südtirol? Deshalb stelle ich das in den Vordergrund. Denn Suizidalität – wir reden immer von Suizidalität - ist immer nur der letzte Aufschrei von etwas, was davor ist. Wir müssen präventiv vorgehen, dass das, was dann kommt, nicht passiert. Deswegen meine drei Fragen. Danke!

FAISTNAUER (Team Köllensperger): Ich danke der Kinder- und Jugendanwältin für ihren Bericht. Nachdem schon einige Fragen gestellt wurden, beziehen sich meine Fragen vor allem auf zwei Punkte. Wie erfolgte die Kontaktaufnahme zu den Schulen in der Vergangenheit? Werden diese aktiv von den Schulen oder von Seiten der Kinder- und Jugendanwaltschaft gemacht?

Zum Zweiten. In den letzten Tagen und Wochen haben mich mehrmals Lehrlinge kontaktiert, und zwar aufgrund der Zustände - heißen wir es mal so -, die draußen in den Betrieben herrschen, vor allem in der Berufsausbildung im Gastgewerbe wie Köche, Kellner usw. Meine Frage ist, ob Sie im Hinblick darauf spezifische Anfragen im letzten Jahr bzw. in den letzten Jahren hatten, nachdem vor allem die Rate der Abgänger von den Berufsschulen für das Gastgewerbe vielfach sehr hoch ist. Welche steigen vom erlernten Beruf wieder aus oder steigen sofort aus und bleiben leider nicht in dem erlernten Beruf als Koch oder Kellner drinnen? Diese haben geklagt und gesagt, dass sie 60 bis 70 Wochenstunden machen müssen und aus Angst vor Repressalien dies nicht sagen wollen. Haben Sie konkret von dieser Seite auch Anfragen erhalten bzw. keine? Danke!

PRÄSIDENT: Bevor wir zur nächsten Wortmeldung kommen, möchte ich die Klasse 3B der Mittelschule Terlan mit Frau Prof. Enrica Corrieri recht herzlich begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Kollegin Atz Tammerle, bitte.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke vielmals für die Erläuterungen und auch für Ihren Einsatz. Wir haben vieles gehört, was in diesem Jahr wiederum passiert ist, mit welchen Problematiken Südtirols Kinder und Jugendliche konfrontiert sind und die es zu meistern gilt. Sie haben geschildert, dass von insgesamt 1.107 Fällen 411 Akten neu eröffnet wurden. Übrig geblieben sind 696, die noch weiter bearbeitet wurden. Wie viele konnten aber beendet werden? Da steht die Frage dahinter, nicht nur, dass diese bearbeitet und geschlossen wurden durch Ihre Zusammenarbeit mit den Familien, mit den verschiedenen Betroffenen, sondern auch in Zusammenarbeit mit beispielsweise verschiedenen anderen Institutionen wie der Landesregierung, dem Forum für Prävention, anderen psychologischen Einrichtungen oder weiteren Institutionen, wo auch die Zusammenarbeit da ist. Was wurde alles getan? Wie weit hört man auch auf Ihre Anregungen, wo Sie aufgrund der konkreten Fälle die Inputs bekommen? Dann können Sie wiederum Inputs geben. In Südtirol brauchen wir für jene Problematiken, dass dies gefördert werden muss, dass jene Maßnahmen hilfreich wären, ... Wie weit haben Sie dort Einfluss, dass auch neue Möglichkeiten aufgezeigt werden?

Seit mehreren Jahren verfolge ich auch das Thema des Alkoholkonsums, des Alkoholmissbrauchs, das Komatrinken bei Jugendlichen. Dort haben wir auch erkannt, dass das Komatrinken bei Jugendlichen unter 18 Jahren in den letzten beiden Jahren im Vergleich zu 2015 um 37 Prozent zugenommen hat. Auch dort ist es so, dass vom Krankenhaus aus der psychologische Dienst angeboten wird, aber dieser in 90 Prozent der Fälle nicht beansprucht wird. Auch hier bräuchte es Lösungen. Sie haben dieses Thema in Bezug auf Drogen oder anderer Substanzen des Missbrauches auch angeführt. Wie ist hier Ihre Einschätzung, wie ist Ihre Zusammenarbeit mit den verschiedenen Institutionen? Was für Inputs könnten Sie uns dazu geben?

Eine Frage habe ich noch, die ins Detail geht. Hier wurden in den verschiedenen Barometern angeführt, dass Anfragen von außerhalb Südtirols kamen. Von woher kommen diese Anfragen? Kommen sie aus Welschtirol? Kommen sie aus Nordtirol, Osttirol oder aus der Provinz Belluno? Von woher kommen sie? Natürlich wirkt sich das von den konkreten Fällen auf die insgesamt Statistik aus. Wurde hier berücksichtigt, dass diese Fälle nicht von Südtirol sind? Das würde dann das Bild von Südtirol nicht wahrheitsgetreu wiedergeben, denn das macht immerhin beinahe 10 Prozent aus. Somit würde es das Bild von Südtirol verfälschen, verändern. Könnten Sie mir hier noch einige Details aufzeigen?

Abschließend Folgendes. Welche Inputs können Sie uns hier im Landtag geben? Was können wir hier mitnehmen? Sie haben im Bericht auf der letzten Seite verschiedene Anregungen gebracht, wo es um den

Ausblick, um Rechte, um verschiedene Forderungen, um Inklusion und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Jugendlichen und Kindern geht. Welche Anregungen können Sie uns hier im Landtag mit auf den Weg geben, die wir in dieser Legislatur für die Rechte und für die Mitbestimmung von Jugendlichen und Kindern mitnehmen können, um diese zu fördern und mit an der Gesellschaft und am Leben teilhaben zu können und vor allem auch darum, Fälle zu verhindern, dass man präventiv in eine bestimmte Richtung arbeitet?

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ein großes Kompliment für Ihren Bericht, der sehr interessant war. Man sieht es an den Wortmeldungen. Sie haben sozusagen den Nerv getroffen. Es ist in der heutigen Zeit natürlich äußerst wichtig, die Kinder- und Jugendsituation mit einem Monitoring zu versehen. Dieses Monitoring haben Sie übernommen und führen es auch sehr gut durch, wie Sie uns heute diese Daten vorgestellt haben.

Was mich interessieren würde – das hat man hier schon mehrmals anklingen hören -, ist, wie es mit den Ursachen der negativen aber auch der positiven Trends aussieht, die Sie uns anhand dieses Barometers ein bisschen erklärt haben. Es gibt einige negative Trends - ich möchte jetzt nicht zu sehr ins Detail gehen -, aber es gibt sicherlich auch einige positive Trends. Hier würden uns die Ursachen dafür interessieren, weil man an den Ursachen arbeiten müsste oder muss, um in Zukunft die Dinge auf einen guten Weg zu bringen. Ursachenforschung ist natürlich ein Thema, das vielleicht Ihre Institution auch etwas überfordern würde. Das sind meistens wissenschaftliche Ansätze, wissenschaftliche Arbeiten. Diese müssten Sie wahrscheinlich auslagern. Es gibt bereits in unserem universitären Umfeld auch Institute, die sich mit diesen Dingen beschäftigen.

Eine Sache hat mich aber aufhorchen lassen. Man könnte jetzt viele Detailfragen stellen. Es ist das Thema Schulphobie, das Sie angesprochen haben. Das hat mich eigentlich sehr getroffen. Wir brauchen hier nicht scheinheilig zu sein. Wir sind alle nicht gerne in die Schule gegangen, zumindest was mich betrifft. Ich war nicht ein Mensch, der mit Freude in die Schule gegangen ist. Man hätte immer Besseres zu tun gehabt, aber die Schulphobie ist etwas anderes. Mich hat das aufhorchen lassen, weil wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ungemein viel in unser Bildungssystem investiert haben. Unser Bildungssystem ist weitem für seine modernen Ansätze, für die innovative Bereitschaft bekannt. Deswegen hat es mich umso mehr verwundert, dass wir dieses Phänomen Schulphobie haben. Mich würde interessieren, um einen Punkt herauszugreifen, was dahinter steckt. Herzlichen Dank noch einmal und weiterhin alles Gute für diese wichtige Arbeit!

PLONER Alex (Team Köllensperger): Frau Ladstätter, Gratulation zu Ihrer Arbeit, die sicher nicht einfach und sehr wertvoll ist. Hier in diesem Saal sitzen auch sehr viele Eltern und diese wissen auch, wie wichtig es ist, dass wir uns auf die Seite unserer Kinder und Jugendlichen stellen, damit das Ganze auch in Zukunft so funktioniert, wie wir uns das auch als verantwortungsvolle Eltern wünschen.

Sie tun mir auf der anderen Seite etwas leid, denn die Kolleginnen und Kollegen haben sehr viele Wünsche angebracht, Themen, Probleme angesprochen, die wir ganz gerne auch delegieren in Richtung Schule, in Richtung Beratungsstellen und dergleichen mehr. Wenn ich den sehr umfangreichen Tätigkeitsbericht in die Hand nehme und vorne das Foto mit drei Damen, und zwar mit Ihnen als Anwältin, mit Frau Poli als Verwaltungssachbearbeiterin und mit Frau Stelzer als Expertin in Rechtsfragen sehe, dann frage ich mich, ob Ihr Auftraggeber sozusagen nicht zu viele Wünsche hat für das, was Sie dann im Endeffekt auch umsetzen können. Ich hatte einmal die Gelegenheit, mit Ihnen leider nicht persönlich, aber mit Ihrer Vorgängerin Vera Nicolussi-Leck, ausgiebig über das Thema Kinder- und Jugendanwaltschaft zu sprechen auch in der Zeit, in der ich in der Alkoholprävention tätig war. Ich kenne ein wenig auch Eure Situation.

Hier jetzt die Einladung - Sie sind die Auftraggeber, die hier heute sitzen -, formulieren Sie bitte drei Wünsche, die Sie für Ihre Arbeit brauchen, damit Sie auch wirklich in der Qualität funktionieren. Die Quantität kommt automatisch. Es wird immer mehr, die Anfragen werden immer mehr. Es sind 6 am Tag, die sie abarbeiten müssen, und das mit einem Team bestehend aus drei Personen, wo nicht alle drei wirklich fachlich in die Tiefe auch gehen können. Formulieren Sie bitte in diesem Haus drei Wünsche für die Zukunft der Kinder- und Jugendanwaltschaft, die unbedingt sein müssen, damit auch die Qualität am Ende Ihrer Arbeit stimmt und diese Wünsche, die wir jetzt formuliert haben, auch umgesetzt werden können mit mehr in die Schule hinausgehen. Hier hätte ich eine Frage. Wenn Sie in die Schule hinausgehen, dann möchte ich wissen, ob es anschließend für die Schüler auch die Möglichkeit eines Privatgesprächs gibt. Ich kann mir vorstellen, dass, wenn man mit 200 Schülern Ihrem Vortrag zuhört, man nachher nicht die Hand aufhebt und sagt, dass man eine Frage hätte, gerade wenn es um persönliche Dinge geht, die sie dann an Sie herantragen müssten.

Zwei Fragen noch. Wie ist die Zusammenarbeit generell mit der Politik? Wird Ihnen auch zugehört und werden die Dinge, die Sie dann der Politik, den Politikern, den Verantwortlichen sagen, auch zeitnah und nicht in drei Jahren umgesetzt? Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Meran, die auch ein wichtiger Ansprechpartner für Sie am Ende sein sollte?

LANZ (SVP): Ich sehe an Ihrer Reaktion, dass es viele Fragen sind. Ich hoffe, dass wir Sie nicht zu viel belasten. Auf alle Fälle auch von unserer Seite ein Kompliment für die Arbeit. Ich glaube, dass dies ein wichtiges Thema ist und ein Thema, das vor allem gesellschaftlich wertgeschätzt werden sollte und auch muss, weil es doch in die Zukunft geht und vor allem die Bevölkerungsschicht betrifft, auf die wir auch setzen und der wir auch dementsprechend Möglichkeiten bieten wollen, wie sie sich entwickelt.

Die Frage meinerseits geht eigentlich in die ähnliche Richtung wie jene vom Kollegen Ploner, vielleicht noch ein bisschen tiefer. Was müssten wir eigentlich ändern oder machen, dass es vor allem in den Familien von Beginn an richtig läuft? Wie gelingt es uns, es richtig zu definieren, weil es doch unterschiedliche Situationen, unterschiedliche Kulturkreise, unterschiedliche Ansichten über gewisse Erziehungsmethoden, Entwicklungen usw. gibt? Hier ein Gleichgewicht zu finden, ist relativ schwierig. Aber vor allem um nicht alles auf eine Struktur abzulasten, die irgendwo eine Antwort geben muss. Was kann man machen, dass es effektiv auch von der Sensibilität gespürt wird in den Familien, weil dort, glaube ich, die Möglichkeiten, aber auch die Probleme beginnen. Insofern sollte man dort auch ansetzen, um dann Ihre Arbeit dementsprechend unterstützen zu können, dass man dann wirklich eingreifen kann, wenn man weiß, dass im Prinzip vorher schon das Bestmögliche passiert ist. Auch hier bitte in diese Richtung, wenn es von Ihrer Seite Vorschläge gibt.

Eine letzte Frage noch. Gibt es in Ihrem Amt oder in Ihrem Bereich Vergleichsstudien mit dem näheren Umfeld, also mit anderen Regionen, anderen Provinzen, anderen Ländern, wo man eventuelle Trends auch ableiten kann, wo man sieht, hier gibt es Probleme, die auch bei uns kommen könnten. Das Thema Volksdruck in der Gesellschaft ist hier in Südtirol, glaube ich, an erster Stelle. Wie reagieren eventuell andere Strukturen auf diese Thematik und wie kann man dem entgegenwirken?

PRÄSIDENT: Genug der Fragen. Ich ersuche die Frau Ladstätter, wenn es Ihnen möglich ist, die Fragen zu beantworten.

LADSTÄTTER Paula Maria: Ich versuche es. Also zunächst die Frage nach dem Suizid, was die Gründe sind oder was Gründe sein können. Wir haben die Situationen, die uns gemeldet wurden. Die Tendenzen sind ein sehr, sehr konfliktreiches schwieriges familiäres Umfeld. Das ist eines. Und auch die ganz, ganz schwierige Zusammenarbeit bereits über Jahre mit Sozialsprengel, Ursprungsfamilie und vielleicht auch noch das Herausgenommenwerden aus der Familie. Das ist ganz sicher etwas, was wir feststellen und auch dieses "wir möchten mit den Eltern reden, wir möchten, dass sich irgendetwas verändert und auch dieses Wissen oder dieses Erleben, dass sich nichts ändert". Wir hatten beispielsweise eine Situation, wo ein Jugendlicher zu uns gekommen ist und gesagt hat: "Ich kann nicht mehr, ich habe schon einen Suizidversuch gemacht. Zu Hause ist es nicht mehr zu ertragen, ich kann diese Situation nicht mehr halten."

Was sicher auch eines der Motive ist, was zunimmt, sind die sogenannten – das ist ein sogenanntes Trendwort - Mobbing-situationen nicht nur in der Schule, sondern auch außerhalb der Schule. Das heißt, dass es Situationen gibt, wo sich Jugendliche nicht mehr zu helfen wissen oder einen anderen Ausweg für sich finden als in diese Richtung zu gehen. Das sind ganz sicher für mich zumindest Motive, die ich festgestellt habe, was für Kinder oder für Jugendliche ganz, ganz schwierig sind. Und natürlich auch das Phänomen, dass überall Druck ausgeübt wird und die Zeit natürlich auch sehr, sehr spärlich ist, das heißt große familiäre Konflikte bereits in der Kommunikation, auch in dem, wie Konflikte gelöst werden.

Was ich auch sehe, ist auch diese – ich sage jetzt wirklich mal mehrere Punkte in der Familie – Gewaltspirale, die dort ist. Ich möchte noch etwas sagen. Diesbezüglich gebe ich dem Abgeordneten Ploner recht. Bis es zum Suizid kommt, der Versuch, der sehr oft ein Hilferuf ist, passiert bereits ganz, ganz viel. Das heißt hier sprechen wir bereits, wenn der Jugendliche 15 Jahre alt ist, von 15 Jahren, wo ganz, ganz viel zusammenkommt.

Ich versuche jetzt auch Fragen zusammenzunehmen. Was ist für Kinder und Jugendliche und Familien wichtig? Es beginnt nicht nur dann, wenn das Kind auf die Welt kommt, sondern bereits vorher, und zwar auch vorher die Unterstützung in einer Schwangerschaft, auch wenn Eltern Eltern werden. Für mich ist es hier schon ganz, ganz wichtig, niederschwellige und auch Präventionsprojekte zu finden, zu suchen oder zu installieren,

wo man wirklich - ich sage mal - diese Zielgruppen bekommt, wo es wirklich schwierig ist. Es gibt bereits viel, aber es ist ganz, ganz schwierig, genau mit diesen Personengruppen oder mit diesen Eltern, die dann wirklich in Schwierigkeiten sind, in Kontakt zu treten.

Was mir sehr gut gefällt und auch eine positive Tendenz ist, ist dieses Projekt der frühkindlichen Unterstützung, der frühen Hilfen. Das ist für mich wirklich ein Projekt, das ich sehr, sehr positiv finde, denn wenn ein Kind geboren wird, dann verändert dies das gesamte Familiensystem. Es gibt mittlerweile Untersuchungen, die besagen, dass 60 Prozent der Partnerschaften, der Familien bereits in dieser Phase ganz, ganz große Schwierigkeiten haben und viele Partnerschaften nach der Geburt des ersten Kindes zerbrechen. Wenn dieses Projekt beispielsweise auf das ganze Land ausgebreitet wird, dann ist dies für Eltern, für Mütter und für Väter ganz, ganz wichtig, wenn ich wirklich in einer Überforderung bin, wenn ich ein "Schreikind" habe oder ich nächtelang nicht schlafen kann. Es gibt Untersuchungen, die besagen, dass, wenn ich Schlafmangel habe, ich zwei Tage nachschlafen kann und wieder in mein inneres Gleichgewicht komme. Stellen Sie sich vor, Sie haben ein Kleinkind. Wir sind, glaube ich, Eltern hier und jeder weiß, was das heißt. Wenn ich die Möglichkeit habe, mich an einen Sozialsprengel zu wenden ... Ich persönlich als Kinder- und Jugendanwältin würde mir eine andere Institution und nicht den Sozialsprengel wünschen, denn der Sozialsprengel ist von all den Tendenzen schon belastet. Es wäre wichtig, dass es so Kerngruppen gibt, bei denen ich mich als Elternteil sehr unbürokratisch melden kann, eine Psychologin, eine Erzieherin in Anspruch nehmen kann, dass ich mal mein Kind abgeben kann oder mir das Rundpaket in dieser Gruppe auswählen kann. Das ist für mich etwas, was ganz wichtig ist.

Der Abgeordnete Knoll hat das Kopftuch und die Kinderrechte angesprochen. Was sich hier herauskristallisiert, und das ist eine Tendenz, die ich wirklich seit einigen Jahren sehe und die zunimmt und sehr, sehr komplex sich dann ausweitet, ist, dass diese Thematik der Migration noch nicht so alt ist. Wir haben jetzt die zweite Generation, wo wir sehen, dass eigene Themen oder die Themen auftreten, die in Deutschland und in Österreich schon seit längerer Zeit präsent sind. Meine Erfahrung auch mit den Situationen ist, dass diese zweite Generation – hier sprechen wir von Jugendlichen – in zwei Bereichen in sehr großer Not ist. Zum größten Teil werden sie hier geboren oder wachsen hier auf, sind hier Jugendliche und sind ständig in diesem Spannungsfeld von zwei verschiedenen Kulturen, also die sogenannte Kultur von hier und die Kultur wie in der Familie gelebt wird. Wir haben extreme Situationen. Ich möchte auf dieses Kopftuch kommen, wo beispielsweise eine Jugendliche sich an uns gewandt hat, wo die Thematiken auch wieder vielschichtig sind, das heißt, dass sie eine sehr gute Schülerin ist, dass sie ihre Pläne hat, Tierärztin zu werden und zu Hause von der Tradition her sehr, sehr strenge Sitten und Bräuche gelebt werden. Sie darf nicht weggehen, sie muss das Kopftuch tragen, sie darf kein Handy benutzen. Kaum sagt sie etwas, bekommt sie auch Schläge. Die Schläge sieht die Mutter. Die Mutter greift nicht zum Schutz ein, sondern sagt nichts. Dieses Mädchen beispielsweise ist in dieser sehr schwierigen Situation, dass sie sagt, zu Hause mache ich das, aber kaum verlasse ich die Wohnung, habe ich eine zweite Tasche mit, kleide mich um und gehe in die Schule. Dieses Mädchen hat dann wirklich gesagt, für mich ist das – das sage ich nochmals – nicht mehr händelbar, diese zwei Situationen miteinander zu verbinden. Das war eine Situation, wo wir wirklich um Unterstützung angefragt haben.

Für mich gibt es eine Tendenz, die ich wirklich ganz platt und sehr eklatant sage: Bitte Politik spart nicht an Geld, an Ressourcen, was Kinder und Jugendliche anbelangt, und zwar in allen Bereichen. Ich rede hier vom Sozialen, von der Schule, von der Gesundheit. Das zieht sich durch wie ein roter Faden, denn das kommt als Bumerang auf die Südtiroler Gesellschaft wieder zurück. Wenn wir bei den Schwächsten der Schwächsten sparen, dann sparen wir am falschen Platz, Tendenzen, die ich beobachtet habe, und zwar ganz allgemein, dass ich vielleicht nicht jede Frage beantworte.

Die Sozialsprengel. Die Sozialsprengel sind für mich ein Phänomen für sich. Sie haben eine sehr, sehr schwierige Situation, denn sie müssen - sie bekommen die Aufträge zum Beispiel von der Jugendstaatsanwaltschaft - mit den Eltern arbeiten, mit dem Familiensystem und gleichzeitig wird von den Sozialsprengeln erwartet, dass die Familien auch freiwillig mit ihnen zusammenarbeiten, also niemand kommt mir näher als meine Kinder und mein Partner. Wer mit Kindern arbeitet wie die Sozialsprengel hat ein sehr, sehr schwieriges Feld, also auch hier. Für mich ist es interessant, dass beispielsweise bereits die dritte Generation sehr oft vom gleichen Sozialsprengel betreut wird. Ich stelle mir die Frage, was hier passiert, warum es Familien und die nächsten Generationen nicht schaffen, beispielsweise aus dem Sozialsystem herauszukommen. Hier braucht es Geld und auch sehr, sehr motivierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die es zum Teil schon gibt. Aber auch hier braucht es Auszeiten, auch Sabbaticals, es braucht wirklich auch Anreize, dass Mitarbeiterinnen bleiben und es braucht einfach auch neue Modelle, Kompatibilität Arbeit und Familie, denn im Sozia-

len wissen wir, dass dort zum größten Teil Frauen tätig sind. Was es auch braucht, sind natürlich auch die männlichen Figuren in den Kindergärten, in den Schulen usw.

Zum Gesundheitswesen möchte ich Folgendes sagen. Ich mache Ihnen ein Beispiel. Wenn beispielsweise ein Kleinkind über das Wochenende krank wird und 39 oder 40 Grad Fieber und verschiedene Symptome hat, dann ist es für mich nicht nachvollziehbar, warum ich Samstag und Sonntag als Mutter meinen Hausarzt anrufen muss, der eigentlich für die Erwachsenen zuständig ist. Ich erkläre dem Arzt die Symptome und bekomme dann als Antwort, dass er sich mit dem – ich übertreibe – nicht auskenne und ich mich an die Pädiatrie wenden soll. Ich als Mutter bin sowieso schon aufgeregt und habe eine Situation, die für mich schwierig ist. Dann muss ich erst schauen, dass ich die Pädiatrie erreiche. Samstag und Sonntag muss ich in der Ersten Hilfe mit meinem Kind anstehen und wie alle anderen warten. Das kann es nicht sein. Unter der Woche funktioniert das ganz gut. Wenn etwas passiert, dann werden die Kinder zum Beispiel im Krankenhaus Brixen sofort ins Ambulatorium geschickt und behandelt. Das ist für mich im Moment zum Beispiel etwas, wo man sich dazu nochmals Überlegungen anstellen könnte.

Was die Schule anbelangt, Folgendes. Das ist auch an die Politik gerichtet. Bitte spart auch hier nicht mit Geld. Die Ressourcenmitarbeiter für Integration wie Integrationslehrer, Sozialpädagoginnen sind wichtig. Sie sind wichtig, weil wir mittlerweile zum Teil große Klassen haben. In diesen Klassen haben wir Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund mit ganz eigenen Herausforderungen und dann haben wir noch Schülerinnen und Schüler mit Funktionsdiagnosen oder mit Lese- und Rechtschreibschwächen usw. Wenn ich hier nicht bereit bin, Geld und Ressourcen zur Verfügung zu stellen, dann fällt uns das auf den Kopf. Heute habe ich ein eklatantes Beispiel genannt. Mir stehen die Haare zu Berge, wenn ich als Kinder- und Jugendanwältin höre, dass eine Direktorin in der vierten Klasse Grundschule einen Carabinieri holen muss und hofft, dass dieser Jugendliche Respekt vor einem Carabinieri hat. Diese Direktorin hat mir gesagt, dass sie total entsetzt war, denn dieser Jugendliche hat auch dem Carabinieri ins Gesicht gelacht. Das darf einfach nicht passieren.

Das letzte Thema. Es geht immer wieder um Geld und um Ressourcenarmut. Als Kind und Jugendlicher suche ich mir nicht aus, wo ich hineingeboren werde. Die UN-Kinderrechtskonvention besagt, dass alle Kinder gleich viel wert sind, dass kein Kind benachteiligt werden darf. Wenn ich das Glück habe, in eine gut stehende Familie hineingeboren zu werden, dann ist das eines, aber wenn das andere Kind in einer ärmeren Familie oder auch in einem Heim aufwächst – ich sage es nochmals –, dann ist es wichtig, dass hier die Politik die Gelder zur Verfügung stellt. Als Kinder- und Jugendanwältin sage ich, es macht etwas mit einem Kind, in Armut aufzuwachsen und das nicht nur, weil die Chancen nicht gewährleistet sind.

Die Sozialwohnungen. Das ist natürlich eine Möglichkeit. Familien, die vom Sozialsprengel begleitet werden. Jugendliche sagen mir immer wieder, ich fühle mich als Kind, als Jugendlicher zweiter Klasse. Das macht etwas mit einem Kind bzw. Jugendlichen. Die Sozialsprengel - ich sage das ohne Wertung - und auch die Sozialwohnungen haben in Südtirol einen bestimmten Ruf. In Südtirol geht es darum: "Hast nichts, bist nichts wert." Die Identität, was ich wert bin, wird mit Statussymbolen gesehen. Wenn das bleibt, dann haben diese Kinder und diese Jugendlichen einen ganz, ganz schwierigen Stand.

Projekte, die beispielsweise angedacht sind. Es gibt Tendenzen. Jemand hat gefragt, ob es Vergleiche auch mit den Tendenzen von anderen Kinder- und Jugendanwaltschaften gibt. Ja, es gibt die gleichen Tendenzen wie zum Beispiel die Kinderarmut. Ich bin in Verbindung mit der Kinderanwältin von Tirol und mit der Kinder- und Jugendanwältin von Trient. Wir möchten zum Thema Kinderarmut eine große Zusammenarbeit machen. Ich kann das eigentlich in einen Satz zusammenfassen. Wenn die Politik bereit ist, in diesen Bereichen Geld und Ressourcen zur Verfügung zu stellen, dann hat sie genug zu tun. Das ist, glaube ich, ganz sicher auch eines der herausforderndsten Forderungen, die ich stelle.

Der Abgeordnete Ploner hat mich nach drei Wünschen für die Kinder- und Jugendanwaltschaft gefragt. Ich wünsche mir, dass der Umbau in der Kinder- und Jugendanwaltschaft 2019 erfolgt. Hier gibt es bereits Gespräche. Dieser Wunsch wird sich, glaube ich, erfüllen.

Der zweite Wunsch ist, dass das Personal aufgestockt wird. Im Moment sind zwei juristische Mitarbeiterinnen und eine Sachbearbeiterin im Amt. Es gibt noch eine Stelle. Dieser Wettbewerb wird für einen Psychologen ausgeschrieben. Somit ist dieses Team wirklich komplett. Auch dieser Wunsch geht, das hoffe ich, in Erfüllung.

Der dritte Wunsch, den ich habe, hängt von der Politik ab. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft feiert heuer das 10jährige Bestehen. Man kann jetzt nicht mehr sagen, dass die Kinder- und Jugendanwaltschaft in den Kinderschuhen steckt. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass bei jedem künftigen Kinder- und Jugendanwalt, bei jeder künftigen Kinder- und Jugendanwältin die Amtsentschädigung wirklich dem Stellenwert dieser Insti-

tution angepasst wird. Das ist mein dritter Wunsch. Wünsche erfüllen sich zu Weihnachten. Deshalb Weihnachten kommt ja noch.

Vielen Dank von meiner Seite. Ich hoffe, dass sie viel Geld und Ressourcen für die Kinder und Jugendlichen von Südtirol finden. Danke! Grazie!

PRÄSIDENT: Vielen Dank Frau Kinder- und Jugendanwältin für den ausführlichen Bericht und für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Ich hoffe, dass Ihre Wünsche in Erfüllung gehen und möchte mich auch ganz persönlich recht herzlich bedanken.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, vorrei salutare la quinta classe dell'Istituto d'Istruzione Secondaria di Bressanone con il prof. Raffaele Di Marco. Benvenuti in Consiglio.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 2, Beschlussantrag Nr. 25/19, betreffend die Einführung des Systems der "Rettungsgasse" in Südtirol, eingebracht von den Abgeordneten Mair und Leiter Reber.

Abgeordnete Foppa, bitte.

MAIR (Die Freiheitlichen): Ich ersuche, bis der neue Text ausgeteilt wird, die Behandlung des Beschlussantrages auszusetzen.

PRÄSIDENT: Dem Antrag wird stattgegeben.

Punkt 4 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 41/19 vom 5.2.2019, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend: Insektenfreundliche Gemeindeplanung."**

Punto 4) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 41/19 del 5/2/2019, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante: Per una pianificazione comunale favorevole agli insetti utili e quindi all'insegna della biodiversità."**

Die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsabkommen an prominenter Stelle, in der Präambel, die „Bewahrung der Schöpfung“ und den „Erhalt der Biodiversität“ verankert.

Diesem hehren Ziel läuft die Realität zuwider: In Europa sind rund 45 Prozent der Insektenarten in ihrem Bestand rückläufig oder bereits vom Aussterben bedroht. Die Gründe für den Insektenrückgang sind vielfältig, einer davon ist das Fehlen ausreichender Lebensräume und Nahrungsquellen.

Das Anlegen pollen- und nektarreicher Flächen ist ein einfaches und lohnenswertes Gegenmittel, das den Insekten Nahrung und Nistmöglichkeiten bietet. Es wäre daher wünschenswert, wenn möglichst viele Flächen im öffentlichen Raum so gestaltet würden, dass sie von Insekten aufgesucht werden.

Vielfach bemüht man sich in den Gemeinden um eine ästhetische Gestaltung der öffentlichen Grünflächen und Verkehrsinseln. Nicht immer sind diese Anlagen jedoch so gestaltet, dass sie auch als Insektenweiden einen Nutzen haben.

Es wäre sehr positiv, wenn Gemeinden vermehrt in dieser Hinsicht tätig würden.

Eine Initiative des Landes Baden-Württemberg weist einen interessanten Weg: Ab sofort können sich dort Städte und Gemeinden für den neuen Wettbewerb „Blühende Verkehrsinseln“ bewerben. Gesucht sind an Kreis- und Gemeindestraßen liegende Kreisverkehre und Rastplätze, die in den vergangenen drei Jahren umgestaltet wurden oder zukünftig aufgewertet werden. Die Bedingung dabei ist, dass die Veränderung insektenfreundlich sein muss, sich also durch artenreiche Blühflächen auszeichnet. Als Gewinn winkt die landesweite Auszeichnung „Goldene Wildbiene“, die erstmals im Sommer 2019 verliehen wird.

In Baden-Württemberg geht man davon aus, dass man den Artenschwund nur gemeinsam stoppen und dadurch die Lebensgrundlage für zukünftige Generationen sichern kann. Die naturnahe Aufwertung von Kreisverkehren und Rastplätzen verursacht wenig Aufwand und das Ergebnis wirkt nachhaltig. Die „Goldene Wildbiene“ wird dadurch landesweit zum Synonym für ausgezeichnete Grünflächen im Straßenraum, die einen wertvollen Lebensraum für Insekten bieten.

Die Gewinnerkommunen erhalten den Preis in Form eines Schildes, das das örtliche Engagement dauerhaft sichtbar macht. Außerdem werden alle Preisträger als Leuchttürme des Artenschutzes

auf der Webseite des Verkehrsministeriums porträtiert. Das Aufblühen der Verkehrsinseln verbindet Schönheit mit Nutzen, indem aus einfachen Flächen wichtige Lebensgrundlagen für Insekten werden. Die naturnahen Flächen sind für die Gemeinden pflegeleicht und kommen ohne Pestizide aus. Außerdem verwandeln sie sich dank Wildblumen in farbenprächtige Hingucker für EinwohnerInnen und Besucherinnen.

Der Wettbewerbsablauf ist sehr einfach gehalten und eine Jury aus ExpertInnen kürt dann aus allen Einsendungen die Gewinnergemeinden.

Auf der Grundlage dieses Beispiels

beauftragt
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung,

1. einen landesweiten Wettbewerb oder Preis auszuschreiben, der die Insektenfreundlichkeit der Gemeindeplanung zum Inhalt hat;
2. jährlich eine oder zweijährlich drei Gemeinden auszuzeichnen, die sich der insektenfreundlichen Gestaltung ihrer öffentlichen Flächen verschrieben haben;
3. durch entsprechende Maßnahmen den Preis und das dahinterstehende Anliegen der Artenvielfalt und Biodiversität bekannt zu machen und zu fördern.

Nel suo accordo di coalizione la Giunta provinciale ha voluto dare importanza alla "conservazione del Creato" e "della biodiversità" inserendole entrambe nel preambolo.

Tuttavia si tratta di nobili obiettivi contraddetti dalla realtà dei fatti, in quanto in Europa il numero delle specie di insetti è calato del 45% ca. o è già a rischio estinzione. I motivi di questa diminuzione sono molteplici e uno di questi è la mancanza di spazi vitali e fonti di nutrimento sufficienti. La creazione di aree ricche di polline e nettare è un modo semplice per contrastare efficacemente questo fenomeno. In esse gli insetti trovano cibo e luoghi per la nidificazione. Per questo motivo è auspicabile che il maggior numero possibile di spazi pubblici sia configurato in modo da attirare gli insetti utili.

Spesso nei Comuni ci si preoccupa di curare il lato estetico di spazi verdi e aiuole spartitraffico, ma non sempre queste aree sono sistemate in modo da servire anche come habitat naturale per gli insetti.

Sarebbe senz'altro utile se i Comuni mostrassero maggiore sensibilità da questo punto di vista. L'iniziativa del Baden-Württemberg è interessante e merita considerazione: Città e Comuni possono già iscriversi al nuovo concorso "Blühende Verkehrsinseln" per aiuole spartitraffico fiorite, al quale si partecipa portando all'attenzione pubblica rotatorie lungo strade sovracomunali e comunali, e aree di sosta risistemate negli ultimi tre anni o destinate a essere riqualificate. Il cambiamento deve però avvenire all'insegna di un habitat più favorevole agli insetti utili e quindi favorire la biodiversità. In palio c'è il titolo di "Goldene Wildbiene" (ape selvatica d'oro) del Baden-Württemberg che verrà per la prima volta assegnato nell'estate 2019.

In questo Land si è convinti che la perdita di biodiversità si possa fermare solo lavorando tutti assieme, garantendo così la sussistenza alle generazioni future. Una riqualificazione naturalistica di rotatorie e aree di sosta non è molto onerosa e i suoi effetti positivi perdurano nel tempo. In tutto il territorio il marchio assegnato diventa sinonimo di spazi verdi in ambito stradale a cui è stato attribuito un riconoscimento in quanto costituiscono un prezioso habitat per gli insetti.

Il premio per i Comuni selezionati è una targa che rende stabilmente visibile l'impegno localmente profuso. Tutti i premiati vengono poi anche inseriti nel sito internet del ministero dei trasporti come paladini della tutela della biodiversità. La fioritura delle aiuole spartitraffico unisce l'utile al bello, trasformando semplici aree in importanti spazi vitali per gli insetti. Queste zone rinaturalizzate non richiedono grande manutenzione e i Comuni non devono ricorrere all'uso di pesticidi. Inoltre, grazie ai fiori selvatici diventano vivaci macchie di colore per il piacere di abitanti e turisti.

Le modalità di svolgimento del concorso sono molto semplici e una giuria di esperte ed esperti sceglie i Comuni da premiare tra tutte le segnalazioni pervenute.

Seguendo l'esempio descritto,

● ● ● ● ● ● ● ●

*il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
incarica la Giunta provinciale*

- 1. di indire un concorso o assegnare un premio a livello provinciale, incentrato sulla promozione della biodiversità nella pianificazione comunale creando habitat che attirino gli insetti;*
- 2. di premiare ogni anno un Comune oppure ogni due anni tre Comuni che si sono dedicati con impegno alla sistemazione dei loro spazi pubblici creando habitat che attirano gli insetti;*
- 3. di diffondere e sostenere con misure idonee il premio e il messaggio alla base dell'iniziativa, vale a dire la varietà delle specie e la biodiversità.*

Die Abgeordnete Foppa hat das Wort, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Wir haben bereits in der letzten Landtagswoche vor einem Monat darauf hingewiesen, welche wichtigen Aktionen die Einzelnen und die Institutionen im Hinblick auf die Erderwärmung setzen können. Wir haben das sogenannte Klimadreieck angemahnt. Das sind die drei Schlüsselsektoren, um der Erderwärmung vorzubeugen. Das sind natürlich jene Schlüsselsektoren, die diesen Treibhauseffekt, wie er früher einmal geheißen hat, ganz besonders bedingen.

Man geht davon aus, dass zirka um die 70 bis 75 Prozent mit den Sektoren Wohnen, Mobilität und Ernährung zusammenhängen. Wir haben auch in dieser Landtagswoche das Thema des Wohnens nochmals auf Punkt 12 der Tagesordnung, wo wir nochmals die Bauweise mit Naturmaterialien und mit Stroh aufgreifen. Schließlich geht es auch in dieser Landtagswoche um einen Beschlussantrag unsererseits, und zwar zur Mobilität.

Mit diesem Antrag möchten wir das Thema der Ernährung von einer anderen Seite angehen, und zwar über die Insekten. Was haben die Insekten mit der Ernährung zu tun? Das wissen nicht nur die Imker in diesem Raum. Ich denke nicht nur an unseren Präsidenten, sondern auch an Roland Fischnaller, der ein bekannter Imker ist. Einmal geht es um die Honigherstellung, aber das ist nur ein kleiner Teil dessen, was Bienen und andere Insekten für unsere Ernährung leisten. Man geht davon aus, dass zirka 80 Prozent des Obstes und Gemüses, das auf unseren Tellern landet, auf die Bestäubung durch Insekten angewiesen ist. Da kann man einerseits natürlich ganz ruhig sein. Wir alle sehen, dass es Insekten weiterhin gibt. Andererseits weiß man auch – das ist ein europaweiter Trend –, dass die Insektenvielfalt rückläufig ist. In Europa sind 45 Prozent der Insektenarten in ihrem Bestand rückläufig oder gar bereits von dem Aussterben bedroht. Die Gründe dafür sind vielfältig und einer davon ist das Fehlen ausreichender Lebensräume und Nahrungsquellen.

Was kann jetzt die Gemeinde tun? Wir gehen davon aus, dass die einzelne Person in ihrem Hausgarten etwas für die Insektenvielfalt tun kann. Wir wissen, wenn wir Gärtnerinnen und Gärtner sind, dass wir in unseren Gärten entsprechende Pflanzen setzen können. Es gibt Bienenweiden, aber anderes kann man auch als Institution, als Land, als Gemeinde tun. Wir haben hier ein Beispiel aufgegriffen, das unsere Kollegen der Grünen in Baden-Württemberg vorgelegt haben. Man geht dort davon aus, dass man den Artenschwund nur gemeinsam stoppen kann und hat daher auf die Gemeindeplanung gesetzt. In Baden-Württemberg hat man einen Preis ausgeschrieben und das ist der Wettbewerb "Blühende Verkehrsinseln". Man ruft also die Gemeinden, die Kommunen dazu auf, ihre Grünraumplanung, aber nicht nur die großen Grünräume, sondern sogar die ganz kleinen Verkehrsinseln so zu planen, dass sie interessante Rast- und Nahrungsstätten für Insekten, für Wildbienen, für Bienen sind. Es ist kein großer Aufwand für eine Gemeinde, dies zu tun. Man braucht nur ein Auge dafür, eine Sensibilität dafür, eine Hand dafür. Das ist nicht wirklich kostenaufwendig, sondern ein anderer Ansatz, den eine Gemeinde hier annehmen muss. Wir können an alle Flächen in einer Gemeinde denken, an Spielplätze, an Randflächen, an Hecken usw. Da ist der Fantasie der Gemeinde auch keine Grenze gesetzt.

Was schlagen wir vor? So einen Preis auch in Südtirol einzuführen. In Baden-Württemberg ist es so, dass die Gewinnerkommunen einen Preis erhalten, so ein Schild. Wir kennen das von der Klimahausplakette, das das örtliche Engagement dauerhaft sichtbar macht. Dann werden die Preisträgergemeinden als Leuchttürme des Artenschutzes auf der Webseite des Verkehrsministeriums porträtiert. Sie sagen in Baden-Württemberg, das Aufblühen der Verkehrsinseln verbindet Schönheit mit Nutzen, indem aus einfachen Flächen wichtige Lebensgrundlagen für Insekten werden. Die naturnahen Flächen sind für die Gemeinden pflegeleicht. Da kommt man auch ohne Pestizide aus. Das macht, denke ich, nochmals einen Unterschied zu

jenen sehr aufwendigen Rabatten, die wir oft in unserer Alltagsmobilität sehen, wo immer wieder neu gepflanzt wird und wo auch entsprechend gedüngt werden muss und entsprechende Pflanzenschutzmittel ausgebracht werden müssen. Vielleicht kann man mit längerfristigen Bienenweiden auch einfachere günstigere, gesündere und umweltfreundlichere Maßnahmen treffen. Außerdem verwandeln sie sich dann in Quilt Blumen in farbenprächtige Hingucker für EinwohnerInnen und BesucherInnen.

Es ist ein einfacher Wettbewerb, der gemacht wird, damit die Gemeinde hier nicht großen bürokratischen Aufwand hat und auf der Grundlage dieses Beispiels, das nur ein Beispiel sein soll, beauftragt der Südtiroler Landtag die Landesregierung Folgendes. Ich lese den beschließenden Teil vor.

"1. Einen landesweiten Wettbewerb oder Preis auszuschreiben, der die Insektenfreundlichkeit der Gemeindeplanung zum Inhalt hat.

2. Jährlich eine oder zweijährlich drei Gemeinden auszuzeichnen, die sich der insektenfreundlichen Gestaltung ihrer öffentlichen Flächen verschrieben haben.

3. Durch entsprechende Maßnahmen den Preis und das dahinterstehende Anliegen der Artenvielfalt und Biodiversität bekanntzumachen und zu fördern."

Ich bedanke mich und freue mich auf eine Debatte.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mir gefällt der Antrag der Kollegin Foppa sehr gut. Ich habe auch im Vorfeld schon kurz mit ihr gesprochen. Ich glaube, dass sich Gemeinden auch daran beteiligen werden, wenn dementsprechend sensibilisiert wird, wenn ein Preis ausgeschrieben wird. Es stimmt, dass die Insekten insgesamt in Europa zurückgehen und dass wir genügend Flächen haben, wo man auch derartige Blüten wie Lupinen, Sträucher usw. ansetzen kann, wo Wildbienen aber auch sehr viele andere Insekten davon profitieren und auch zur Artenvielfalt beitragen können. Es gibt diese auch in einer Form, dass man sie auch gut – ich sage mal – wirtschaftlich behandeln kann, dass man sie auch auf diesen Flächen nach einer bestimmten Zeit abmähen kann. Das ist nicht etwas, das womöglich zu viele Kosten verursacht. Es geht allein darum, wie ich diese teilweise brachliegenden oder nur mit Gras angepflanzten Flächen nutzen kann. Das kann sicher ein Ansporn sein. Deswegen werden wir diesen Antrag unterstützen.

Ich möchte ankündigen, dass wir einen ähnlichen Vorschlag auch auf Landesebene haben, den wir in einer der nächsten Sitzungen unterbreiten werden. Wir müssen, glaube ich, auf allen Ebenen dazu beitragen, dass wir die Artenvielfalt der Insekten garantieren können, besonders dann, wenn es vom Aufwand her durchaus möglich ist und die Bereitschaft dazu in den Gemeinden auch grundsätzlich vorhanden ist. Das ist, glaube ich, ein Thema, über das man öfters sprechen muss. Da werden sich auch viele oder einige zumindest finden, die auf den Zug aufspringen werden und hier mitmachen würden.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Auch wir werden diesem Beschlussantrag wohlwollend zustimmen. Wir finden es absolut richtig und notwendig, hier rechtzeitig vorzusorgen und nicht erst wenn man erkennt, dass bereits zahlreiche Bienen und Insekten gestorben sind und der ökologische Kreislauf nicht mehr gegeben ist und man, wie in anderen Ländern, zum Pinsel greifen muss, um selbst eigentlich bei Obstbäumen die Befruchtung sozusagen händisch vorzunehmen. Man muss rechtzeitig vorsorgen, und das nicht nur, um für die Bestäubung etwas zu tun, sondern auch für die Insekten selbst. Es sind auch die Nährstoffe, die die Insekten selbst über die Blumen, über den Nektar aufnehmen und dass auch sie sozusagen am Leben erhalten und gesund bleiben und der Kreislauf erhalten bleibt und das Sterben sozusagen reduziert wird.

Ich habe mich selbst im Internet ein wenig umgeschaut dahingehend, was es für Aktionen gibt. In Deutschland ist man sehr tätig, auch beispielsweise eine bestimmte Aktion "grün", wo im Jahr sozusagen 3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, um mit der Bevölkerung zusammen insekten- und bienenfreundliche Pflanzen zur Verfügung zu stellen, die nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch auf privatem Grund wie Balkonen usw. gepflanzt werden können, um die Insekten- und Bienenvielfalt und den Erhalt zu fördern.

Ich zitiere eine Aussage der Umweltministerin, laut welcher im Jahr 1,13 Milliarden Euro eingespart werden, was sozusagen vom Ökosystem geleistet wird. Das kann man dann sozusagen im Vergleich zu den 3 Millionen, die investiert werden, sehr gut wettmachen, wenn man bedenkt, was für ein sinnvoller und wichtiger Kreislauf besonders für die Zukunft erhalten bleibt und gefördert wird.

Deshalb stimmen wir dem Antrag gerne zu, damit hier rechtzeitig vorgesorgt wird. Zudem ist es auch ein schönes Bild für die Öffentlichkeit sowohl für uns selbst als Augenweide sozusagen als auch für die Gäste,

die nach Südtirol kommen. Diese Blumenpracht ergibt sich aufgrund der verschiedenen Heilkräuter, der Wildkräuter, aber auch der gezüchteten Heilkräuter und verschönert das Gesamtbild von Südtirol.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich möchte zu diesem Thema nur noch ein paar Dinge nachliefern. Die Initiative hat im Wesentlichen den Zweck zu sensibilisieren, die Bevölkerung auf die Problematik aufmerksam zu machen und dort, wo es geht, kann man kurzfristig und relativ schnell Maßnahmen setzen. Ich denke, dass es gut ist, wenn der Südtiroler Landtag mit einem Beschlussantrag vorausgeht.

Das Insektensterben ist in der Tat ein weltweites Problem. Wir sprechen von einer Populationsgröße - sagen wir mal - von 1 Million Insekten, die es auf der Welt gibt, die man bisher beschrieben hat. Das heißt, dass es noch wesentlich mehr gibt, aber es gibt ungefähr eine Million Arten insgesamt. Das heißt, dass Insekten - das ist die größte Tiergruppe sowieso -, wenn man sie mit den Pflanzgruppen vergleicht, die artenreichste Gruppe überhaupt ist. In der Ökologie haben Insekten eine vielfache Bedeutung nicht nur was die Bestäubung betrifft. Die Bestäubung ist etwas, was wir alle kennen und alle verstehen, aber Insekten sind weit mehr. Insekten sind beispielsweise die Nahrungsgrundlage für viele andere Tiere wie Vögel, Fische, für Amphibien oder auch für Reptilien. Und Insekten sind auch sozusagen die Müllabfuhr, die Müllentsorgung in der Natur. Insekten verarbeiten totes organisches Material, also tote Pflanzen, tote Tiere. Insekten sind sozusagen auch eine Art Umweltpolizei, wenn man so will, in der Ökologie. Und nicht nur das, Insekten sind auch Nützlinge, die wir alle kennen. Die Honigbiene ist uns allen bekannt, aber es gibt auch andere Dinge, neue und moderne Entwicklungen. Man hört immer wieder, dass Insekten zukünftig auf dem Speiseplan unserer Menükarten erscheinen werden. Also hier werden wir uns, die die Kaminwurzeln und das Schüttelbrot gewohnt sind, ein bisschen schwer tun, aber das ist ein Thema, das wir immer häufiger hören. Es gibt bereits Kulturen, die sich sehr intensiv damit auseinandersetzen. Hier gehen wir, denke ich, mit einem sehr guten Beispiel voran.

Ich darf daran erinnern, dass es in Niederösterreich schon länger die Initiative "öffentliche Grünflächen nicht mit Rasenflächen oder den Rasen mit Steinen zu versehen, sondern wirklich als Blühwiesen, als blühende Kleinode zu betreiben." Das hat natürlich positiven Effekt auf die Insekten einerseits, aber auch auf die Wahrnehmung der Menschen andererseits. Das soll Ansporn geben, um den Umgang mit Insekten zu verbessern. Danke!

FAISTNAUER (Team Köllensperger): Wir vom Team Köllensperger haben uns diesen Beschlussantrag näher angeschaut. Ich persönlich befürworte diesen Beschlussantrag der Kollegen Dello Sbarba, Foppa und Staffler, aber ... Bitte? Ich bin kein Imker, danke der Nachfrage.

Ich bemängle ein bisschen, dass dies nur auf die Gemeinden reduziert wird. Ich würde es weiter ausweiten auf die Bezirksgemeinschaften vor allem aufgrund der Radwege. Wir haben ein sehr großes Radwegenetz. Das sind ganz viele Flächen, die links und rechts von dem Radwegenetz gepflegt und bis zu drei- und viermal im Jahr gemäht werden. Wenn das eine Blühwiese - nennen wir sie mal so - wäre, dann könnten wir diese Schnittintensität auf ein bis zwei Mal pro Jahr unternehmen.

Punkt 2. Die A22. Wir sehen an den Ein- und Ausfahrten der Autobahn, die vom Brenner bis Modena geht, dass wir ganz viele Flächen haben, die sehr oft gemäht werden. Auch da würde sich anbieten, diese Blühwiesen für die Bienen und Insekten im Allgemeinen anzulegen.

Vor allem aber rege ich an, dass man das Ideal von Schönheit hinterfragt bzw. die Leute sowohl die Einheimischen als auch die Touristen sensibilisiert. Wenn wir uns die Verkehrsinseln und die Hochglanzverkehrsinseln - ich nenne sie mal so - anschauen, die wir zurzeit in den Tourismushochburgen haben, die gehegt und gepflegt werden, dann sollten wir auch die Einheimischen und Touristen sensibilisieren und sagen, dass es sich hier nicht um einen ungepflegten Acker, sondern um eine Blühwiese handelt, die, auch wenn sie in einem älteren Stadium ist, verholzt und vergilbt usw. und nicht alle zwei Wochen mit dem Rasenmäher drübergefahren wird. Deshalb meine Anregung, die Sensibilisierung sowohl der Einheimischen als auch der Touristen, dass es sich hier nicht um ein Versäumnis der Gemeinden handelt, wenn es so aussieht als ob es ungepflegt wäre, sondern dass hier vor allem für die Insekten und für die Wildbienen Rückzugsgebiete geschaffen werden und dies ein Nahrungsangebot für sie ist. Deshalb das Einsparungspotential auf der anderen Seite, wenn man bedenkt, dass die Gemeindegärtnereien vielfach acht- bis zehnmal pro Vegetationsperiode die Kreisverkehrsinseln mähen und pflegen müssen. Auch hier sehe ich eine Win-Win-Situation, weil man einerseits ein Rückzugsgebiet für Insekten und Bienen hat und dies andererseits für die Gärtner weniger Arbeit bedeutet.

Deshalb unterstützen wir auch von unserer Seite diesen Beschlussantrag, den wir positiv ansehen. Ich würde anregen, dies auf die Bezirksgemeinschaften, auf die A22, aber auch auf Provinzgelände auszuweiten. Bei den verschiedenen Krankenhäusern sollte man danach trachten, die Grünflächen miteinzubeziehen und diese nicht auszuklammern. Wichtig ist, dass die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht. Wir Private sagen immer wieder, dass man da vor allem die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand sieht und dass wir Private, die Bauern und Bäuerinnen im Land nachziehen und die gute Vorbildfunktion anerkennen. Danke!

URZì (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Io devo ammettere che quando ho letto questa mozione, ho cominciato a grattarmi dappertutto, perché mi fa un po' senso, perché va bene l'evocazione dell'immagine poetica della *Biene Maja*, però per insetto si intende tutto, se vogliamo riconoscere un premio lo darei *ad honorem* al Comune di Bolzano.

Presidente, d'estate sono dei luoghi meravigliosi di *habitat* naturale i bidoni dell'umido lasciati sulle strade, si cospargono tutti di meravigliosi insetti, che servono – come giustamente ci ricordava giustamente il collega Staffler – a corrompere le materie organiche. E il Comune di Bolzano andrebbe premiato anche per quelle straordinarie buche, lasciate nei quartieri di Casanova e Firmian, dove non vengono costruiti edifici, si riempiono di acqua ed è uno straordinario *habitat* naturale per le zanzare. Allora, se vogliamo, possiamo già passare alla fase operativa, collega Foppa, con questo premio *ad honorem* per il Comune di Bolzano.

Detto questo, continuando a grattarmi perché, ribadisco, al di là del romanticismo si intende tutto, e qui si può intendere veramente tutto, per carità, la coscienza ambientale anche da parte nostra è spiccata e abbiamo una particolare vocazione – e continuo a grattarmi – però adesso faccio fatica a comprendere, al di là dell'ape che va a prendere il polline dal fiore nell'aiuola lungo la strada, a capire come si possano riempire di insetti tutti gli spazi verdi pubblici della nostra Provincia.

A me sembra onestamente – non lo dico cosa mi sembra – coloro che hanno una certa cultura cinematografica possono capirlo, è di una certa commedia all'italiana, ma questa è una parentesi che voglio chiudere rapidamente Presidente, quindi io Le dico che lo spirito c'è, poi non credo che questa sia una straordinaria attualità ed emergenza del nostro territorio, che ha la fortuna di essere un ambiente naturale di per sé molto ampio. Adesso capisco se vogliamo trasferirci nel cuore di Milano o di qualche città, probabilmente questo tema si potrebbe porre, in Alto Adige onestamente faccio fatica, è bello lo spirito, ma è preso da un contesto e trasferito in un contesto probabilmente dove il tema si pone veramente in maniera del tutto relativa, se non inesistente.

Quindi attendendo che si possa premiare anche l'ass. Lorenzini per il contributo meraviglioso dato alla proliferazione di insetti, zanzare e blatte nel Comune di Bolzano, mi ricordo anche le blatte proprio della via Alessandria – le blatte sono degli insettoni schifosi tipo scarafaggi, che stanno invadendo letteralmente via Alessandria a Bolzano –, non so se il tema è noto ai colleghi, a maggior ragione questo impone un premio *ad honorem* per il Comune di Bolzano. Grazie!

LANZ (SVP): Werte Abgeordnete Foppa! Wir können diesem Antrag leider nicht zustimmen. Ich versuche das hier auch zu erklären. Ich glaube, dass die Thematik nur mit einem Schild und mit einer Prämierung zu wenig weitreichend durchdacht ist einerseits und dass man andererseits Insekten im Bereich Kreisverkehr neben der Straße, bei der Autobahn irgendwo klassifizieren will. Jeder kennt das relativ oft auf der Autobahn. Ich glaube nicht, dass wir den Insekten etwas Gutes tun, weil wir sie dann im gleichen Moment zerstören.

Sehr wohl ist das Thema sehr wichtig und sehr wohl würden wir uns wünschen, dass das in einem Gesamtkontext der derzeitig diskutierten Thematiken gesehen wird. Wir haben Thematiken, wie wir mit dem Landschaftsschutz und der Landwirtschaft in diesem Bereich umgehen und wo wir eventuelle Maßnahmen setzen können, dass sich diese Themen auch treffen und dementsprechend Entwicklungen stattfinden können.

Ich persönlich bin gegen eine Initiative, wo wir dann sagen, das Ziel ist es, dass wir ein Schild aufstellen. Wir haben Gemeinden, die auch sehr viel Vorbildfunktion im Umweltbereich, aber auch in anderen Bereichen haben. Wir haben das Klimabündnischild, das fahrradfreundliche Gemeindegchild, das insektenfreundliche Gemeindegchild. Es ist, glaube ich, nicht der Sinn, dass wir das mit solchen Maßnahmen fördern, sondern die Initiative muss sehr wohl von den Strukturen vor Ort ausgehen, die die Thematik irgendwo bewältigen und dementsprechende Maßnahmen ergreifen können.

Unsere Aufgabe muss es sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich dann diese Institutionen bewegen können und sich dementsprechend auch mit Ideen und Überlegungen einbringen. Wenn es dann

dieses Thema ist und es für die Gemeinden vor Ort so wichtig und brennend ist, dann kann das heute schon jeder machen. Man muss nicht warten bis jemand aus Bozen kommt und ein Schild übergibt, sondern man kann heute schon starten, Maßnahmen und Initiativen setzen und selber ein Schild aufstellen. Ich glaube, dass dies der falsche Ansatz ist und wir auch deswegen gegen diesen Beschlussantrag stimmen werden, uns aber sehr wohl verpflichten, die Thematik in einem größeren Zusammenhang auch in den nächsten Diskussionen mit einzubringen. Danke!

VETTORI (Lega Alto Adige – Südtirol): Se la tematica dell'incentivo della salvaguardia degli insetti per la natura della provincia di Bolzano può essere anche un tema rilevante e interessante, francamente questa ricerca spasmodica dei premi, dei gagliardetti, delle coccarde, delle targhe è una cosa che io ho visto molto spesso nell'amministrazione attuale del Comune di Bolzano, dove c'è questa ricerca affannosa di andare a pescare tutti questi premi per dimostrare con una targa che si è virtuosi o no. Nel nostro programma di coalizione c'è scritto che bisogna salvaguardare l'ambiente e il creato, ma penso che si possa fare tutto in maniera concreta senza dover per forza indire un concorso – che poi vedremo, bisogna capire anche quanto saranno i costi di un'eventuale fabbricazione di targhe e se queste targhe poi sono ecologiche o quant'altro – però penso che sia alquanto inutile questa proliferazione di premi e concorsi a punti per dimostrare chi è più ecologista di qualcun altro. Grazie!

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es stimmt, dass wir in den letzten Jahrzehnten die Landschaft insgesamt aufgeräumt haben, wenn man das so nennen darf, weil es einfach zu unserer Entwicklung irgendwie dazu gehört hat, dass wir es als schön empfunden haben, wenn alles schön sauber ist.

Es hat – wie ich es manchmal auch genannt habe – der sogenannte Raasismus Einzug gehalten, also dass man alles kurz und klein und sauber erhalten wollte. Das gilt für die Landwirtschaft, die das Wirtschaften so ausgerichtet hat, dass man alles sauber und kurz geschoren hat. Dasselbe gilt für die öffentlichen Flächen, aber auch für die privaten Gärten. Man hat auch dem Unkraut keine Chance mehr gegeben.

Kollegin Foppa, wenn Sie sagen, dass es ein Hingucker ist, auch wenn man die Sachen nicht mehr bearbeitet, dann stimmt das nur zum Teil. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir auch vom Unkraut sprechen, das eigentlich niemand haben will, aber gerade das Unkraut ist wieder ein wichtiger Teil der Artenvielfalt. Wir wissen, dass gewisse Insekten vor allem auch von dem, was durch Unkraut entsteht, lebt. Auch das müssen wir in diesen Diskussionen offen und ehrlich sagen.

Ein Wort zu den Bienen, weil die Bienen immer wieder vordergründig sind. Hier muss man auch der Wahrheit die Ehre geben und sagen, dass man zwischen den Ertrags- und den Wildbienen unterscheiden muss. Beide Dinge werden vermischt. Man muss auch sagen - das sind nicht meine Aussagen, sondern jene von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinigten Nationen -, dass es weltweit noch nie so viele Bienen gegeben hat wie zurzeit. Die Ertragsbienen, die von den Imkern gehalten werden, haben sich weltweit seit den 60er Jahren bis heute fast verdoppelt, und zwar von 50 Millionen Bienenvölkern auf 90 Millionen. Anders verhält es sich mit den Wildbienenarten, von denen einige oder viele davon bedroht sind.

Wir haben in Südtirol, wenn ich es richtig im Kopf habe, 450 Wildbienenarten. Wir haben vor zwei, drei Jahren eine Untersuchung in den Gärten von Schloss Trauttmansdorff gemacht. Dort hat man 111 verschiedene Wildbienenarten gefunden und darauf haben wir sicher ein Augenmerk zu legen.

Es ist auch richtig zu sagen, dass wir nicht unterscheiden sollten zwischen den sogenannten guten und sympathischen Insekten und den anderen. Der Kollege Urzi hat eine interessante Wortmeldung gebracht. Auch die Mücken, die wir zu den weniger freundlichen Insekten zählen, sind im Bereich der Artenvielfalt auch wichtig, weil sie wieder die Nahrung für die Vögel darstellen. Es wird gesagt, dass die insektenfressenden Vögel rückläufig sind. Auch hier müssen wir das im Zusammenhang sehen und auch die weniger sympathischen Dinge nennen, also das Unkraut, aber auch Mücken und andere Insekten, die am Ende auch zu dieser Artenvielfalt zählen.

Aber worauf ich hinaus will, ist eigentlich das, was unser Fraktionssprecher schon gesagt hat, nämlich dass wir hier die Sache etwas größer angehen müssen. Ich habe es immer wieder betont und sage es auch heute wieder. Im Vorfeld der Landtagswahlen habe ich gesagt, dass, wenn ich wieder diesen Bereich übernehmen darf - mittlerweile ist das ja geklärt - eines der zentralen Themen in diesen fünf Jahren sicher die Artenvielfalt sein wird. Dem will ich mich auch widmen und auch mich daran messen lassen, dass man hier wesentliche Akzente setzen wird, aber hier müssen wir größer denken und es umfassend angehen.

Ich habe auch – inzwischen ist es sehr umfangreich geworden – ein Konzept in Bezug auf die Artenvielfalt, das ich bereits intern dabei bin zu diskutieren. Ich würde mich freuen, wenn wir – ich bin schon relativ weit – auch hier im Landtag einmal die Zeit finden würden, darüber zu diskutieren, um ein umfassendes Konzept zu erarbeiten, um es dann in einzelnen Schritten umzusetzen. Ich würde es nicht gut finden, wenn wir heute einen Teil beschließen würden, denn das soll wenschon ein Teil des ganzen Konzeptes sein.

Ich würde ersuchen, diesen Beschlussantrag zurückzunehmen in Erwartung des Gesamtkonzeptes, weil ich der Meinung bin, dass diese Maßnahme sicherlich eine interessante Initiative sein kann, aber am falschen Ort ansetzt. Unser Fraktionssprecher hat gesagt, dass es für Insekten wesentlich günstigere Orte als Kreisverkehre oder entlang der Autobahn gibt. Wenn man dort die Untersuchungen macht - dort haben wir sie zum Teil schon gemacht -, dann findet man Dioxine, Schadstoffe, Schwermetalle usw. Das ist nicht gerade das ideale Habitat für Insekten. Wir sollten das bei anderen Dingen beginnen, aber das kann durchaus ein Teil dieses Konzeptes sein, das ich gerne auch in dieser Runde diskutieren würde.

PRÄSIDENT: Bevor wir zur Replik kommen, da ein Änderungsantrag abgegeben worden ist, die Frage des Landesrates an Sie, Frau Foppa, ob Sie bereit wären, den Beschlussantrag zurückzuziehen. Wenn dies nicht der Fall ist, dann müssen wir die Behandlung des Beschlussantrages aussetzen und zuerst den Änderungsantrag übersetzen. Nachher könnten wir die Replik machen.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich würde den Beschlussantrag abstimmen lassen. Wenn dies eines Tages trotzdem in das Konzept des Landesrates einfließen würde, dann würde ich mich zu einem späteren Zeitpunkt darüber freuen. Ich lasse die Behandlung des Beschlussantrages aussetzen und wir diskutieren ihn fertig, sobald der Änderungsantrag übersetzt ist.

PRÄSIDENT: Dem Antrag wird stattgegeben.

Punkt 2 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 25/19 vom 18.1.2019, eingebracht von den Abgeordneten Mair und Leiter Reber, betreffend: Einführung des Systems der "Rettungsgasse" in Südtirol."**

Punto 2) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 25/19 del 18/1/2019, presentata dai consiglieri Mair e Leiter Reber, riguardante: Introduciamo anche in Alto Adige la "corsa di soccorso"."**

In mehreren europäischen Ländern ist die sogenannte „Freie Gasse“, häufig bekannt als Rettungsgasse, seit geraumer Zeit fester Bestandteil der jeweiligen Straßenverkehrsordnung. Damit gemeint ist der von den Verkehrsteilnehmern gebildete freie Fahrweg in der Mitte einer mehrspurigen Straße, der im Falle eines Unfalls den Rettungskräften – sprich sämtlichen Einsatzfahrzeugen, Fahrzeugen des Straßendienstes und Fahrzeugen des Pannendienstes – eine freie, ungehinderte Durchfahrt zur Unfallstelle gewährleistet. Vor allem bei regem Verkehrsaufkommen, welches zu zähem Verkehrsfluss und Stau führt, kann so ein schnelles Vorankommen der Rettungskräfte sichergestellt werden.

In Südtirol ist das System der Rettungsgasse vorwiegend aus der deutschsprachigen Medienberichterstattung bekannt. Wie diverse Beispiele bei Unfällen auf Südtirols Straßen belegen, wird die Bildung einer Rettungsgasse von Verkehrsteilnehmern zum Teil bereits auf vorbildliche Art und Weise praktiziert, obwohl die italienische Verkehrsordnung keine Rettungsgasse im eigentlichen Sinn vorsieht. Es würde der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer auf Südtirols Straßen dienen und gleichzeitig unseren Rettungskräften zu einem schnelleren Eingreifen verhelfen, wenn eine Rettungsgasse nach deutschem und österreichischem Vorbild in Südtirol anhand öffentlichkeitswirksamer Kampagnen etabliert würde.

Dies vorausgeschickt,

*beschließt
der Südtiroler Landtag,*

die Bevölkerung anhand Öffentlichkeitsarbeit und bewusstseinsbildenden Maßnahmen über die Vorteile einer Rettungsgasse aufzuklären und zu deren Anwendung in Notfallsituationen aufzurufen.

La pratica della Rettungsgasse, anche nota come Freie Gasse, vale a dire incolonnarsi formando una corsia libera lungo una strada a più corsie, è da tempo parte integrante del codice stradale di vari paesi europei. Così facendo, gli utenti della strada contribuiscono a creare una corsia centrale, che in caso di incidenti consente a chi interviene (ambulanze, veicoli del servizio strade e mezzi del soccorso stradale) di muoversi e arrivare rapidamente sul luogo dell'incidente senza incontrare ostacoli. Soprattutto in situazioni di traffico intenso e code, si riesce a garantire un intervento tempestivo dei soccorsi.

In Alto Adige questo sistema è noto essenzialmente per via degli articoli apparsi sui media di lingua tedesca. Ma comunque, è già successo varie volte che in caso di incidenti sulle strade della nostra provincia una parte degli automobilisti reagisse in modo esemplare incolonnandosi al lato della carreggiata per liberare una via per i soccorsi, anche se nel codice stradale italiano questo obbligo non è formalmente previsto. Introdurre in Alto Adige una "corsia di soccorso" secondo il modello tedesco e austriaco, con l'ausilio di campagne informative idonee ed efficaci, aumenterebbe la sicurezza sulle strade della nostra provincia e nel contempo contribuirebbe a rendere più rapido l'intervento dei soccorsi.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano delibera*

di informare e sensibilizzare la popolazione sui vantaggi della cosiddetta Rettungsgasse ("corsia di soccorso"), sollecitandola ad adottare questa pratica nei casi di emergenza.

Die Abgeordneten Mair und Leiter Reber haben einen **Ersetzungsantrag** zum Beschlussantrag eingebracht:

"In mehreren europäischen Ländern ist die sogenannte „Freie Gasse“, häufig bekannt als Rettungsgasse, seit einiger Zeit fester Bestandteil der jeweiligen Straßenverkehrsordnung. Damit gemeint ist der von den Verkehrsteilnehmern gebildete freie Fahrweg in der Mitte einer mehrspurigen Straße, der im Falle eines Unfalls den Rettungskräften - sprich sämtlichen Einsatzfahrzeugen, Fahrzeugen des Straßendienstes und Fahrzeugen des Pannendienstes - eine freie, ungehinderte Durchfahrt zur Unfallstelle gewährleistet. Vor allem bei regem Verkehrsaufkommen, welches zu zähem Verkehrsfluss und Stau führt, kann so ein schnelles Vorankommen der Rettungskräfte sichergestellt werden.

In Südtirol ist das System der Rettungsgasse vorwiegend aus der deutschsprachigen Medienberichterstattung bekannt. Wie diverse Beispiele bei Unfällen auf Südtirols Straßen belegen, wird die Bildung einer Rettungsgasse von Verkehrsteilnehmern zum Teil bereits auf vorbildliche Art und Weise praktiziert, obwohl die italienische Verkehrsordnung keine Rettungsgasse im eigentlichen Sinn vorsieht. Es würde der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer auf Südtirols Straßen dienen und gleichzeitig unseren Rettungskräften zu einem schnelleren Eingreifen verhelfen, wenn das Bilden einer Rettungsgasse in Notfallsituationen auf Staatsebene Vorschrift wäre.

Dies Vorausgeschickt,

fordert
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung auf

beim italienischen Parlament und der italienischen Regierung zu intervenieren damit die Regelung für die Bildung einer Rettungsgasse in Notfallsituationen, wie es derzeit in mehreren europäischen Staaten praktiziert wird, in die staatliche Straßenverkehrsordnung integriert wird."

"La pratica della Rettungsgasse, anche nota come Freie Gasse, vale a dire incolonnarsi formando una corsia libera lungo una strada a più corsie, è da qualche tempo parte integrante del codice stradale di vari Paesi europei. Così facendo, gli utenti della strada contribuiscono a creare una corsia centrale, che in caso di incidenti consente a chi interviene (ambulanze, veicoli del servizio strade e mezzi del soccorso stradale) di muoversi e arrivare rapidamente sul luogo dell'incidente senza incontrare ostacoli. Soprattutto in situazioni di traffico intenso e code si riesce a garantire un intervento tempestivo dei soccorsi.

In Alto Adige questo sistema è noto essenzialmente per via degli articoli apparsi sui media di lingua tedesca. Ma comunque è già successo varie volte che in caso di incidenti sulle strade della nostra provincia una parte degli automobilisti reagisse in modo esemplare incolonnandosi al lato della carreggiata per liberare una via per i soccorsi, anche se nel codice stradale italiano questo obbligo non è formalmente previsto. L'introduzione a livello statale dell'obbligo di formare una "corsia di soccorso" in caso di emergenza aumenterebbe la sicurezza sulle strade della nostra provincia e nel contempo contribuirebbe a rendere più rapido l'intervento dei soccorsi.

Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
sollecita la Giunta provinciale

a intervenire presso il Parlamento e il Governo affinché nel codice stradale italiano sia integrata la disciplina relativa alla formazione di una "corsia di soccorso" in caso di emergenza, come già avviene in numerosi Paesi europei."

Abgeordnete Mair, bitte.

MAIR (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Bevor ich zum Inhalt komme, möchte ich kurz Folgendes erklären. Auch wir haben uns zunächst den Gedanken gemacht, ob man gleich einen Begehrensantrag einbringen soll, weil die Kompetenz bei Rom liegt, wenn man die Rettungsgasse effektiv einführen will. Uns ist es aber in erster Linie zunächst einmal darum gegangen, die Menschen für das Thema zu sensibilisieren, dass Südtirol die Verkehrsteilnehmer informiert, aufklärt. Als es Anfang Februar dieses Schneechaos auf der Brennerautobahn gegeben hat, hat die Verkehrsmeldezentrale Südtirol die Verkehrsteilnehmer aufgerufen, die Rettungsgasse zu bilden. Da haben wir uns aufgehängt. Kurze Zeit vorher hat es einen Unfall auf der MeBo gegeben, wo die ersten Autos sozusagen, die zur Unfallstelle gekommen sind, von sich auch die Rettungsgasse gebildet haben. Das wurde von allen Blaulichtorganisationen, sage ich jetzt einmal, die an dieser Unfallstelle zu tun hatten, wie das Weiße Kreuz, die Feuerwehr, die Polizei oder die Carabinieri, für gut empfunden, dass es wirklich einmal möglich war, reibungslos ohne Behinderungen sofort und schnell an eine Unfallstelle zu kommen.

Wir haben heute den Beschlussantrag in einen Begehrensantrag umgewandelt. Von den Ämtern wurde uns aber gesagt, dass das technisch nicht möglich ist, weil der Begehrensantrag ein neues Dokument darstellt und infolgedessen diese Möglichkeit nicht gegeben ist und ihn jetzt hier so zu behandeln. Wir haben den Beschlussantrag in der Form abgeändert, dass der Südtiroler Landtag die Landesregierung beauftragen soll, in Rom zu intervenieren, damit der Straßenverkehrskodex so abgeändert wird, dass eventuell auf gesamtstaatlicher Ebene auch die Möglichkeit der Rettungsgasse vorgesehen wird.

Den Südtirolern ist der Begriff der Rettungsgasse natürlich bekannt, vor allem aus der deutschen Medienlandschaft, sagen wir es einmal so, weil die Rettungsgasse in Österreich seit 1. Jänner 2012 verpflichtend eingeführt wurde und in Deutschland die Rettungsgasse danach eingeführt wurde. Weiters haben mittlerweile auch andere Staaten wie die Schweiz, Tschechien, Slowenien, Ungarn auch diese Möglichkeit bzw. diese Rettungsgasse in der jeweiligen Straßenverkehrsordnung verankert.

Es geht darum - den meisten ist das bekannt -, dass der von den Verkehrsteilnehmern gebildete freie Fahrweg in der Mitte einer mehrspurigen Straße vor allem im Falle eines Unfalles sämtlichen Einsatzfahrzeugen, den Blaulichtorganisationen eine freie und ungehinderte Durchfahrt zur Unfallstelle gewährleistet, aber nicht nur. Es geht, wenn wir uns an das Schneechaos erinnern, nicht nur darum, wenn ein Unfall passiert, sondern auch, wenn man weiß, dass über Stunden kein Weiterkommen mehr möglich ist, um die Versorgung, um Verpflegung, um Hilfeleistung. Wir haben Gott sei Dank sehr, sehr viele topfunktionierende Organisationen in Südtirol, die rasch zur Stelle sind, die immer wieder bereit sind unter widrigsten Umständen und in solchen Notfallsituationen sofort Hilfe zu leisten. Dann wäre es, glaube ich, sinnvoll, wenn diese auch durchkommen und die übrigen Verkehrsteilnehmer rasch und schnell erreichen.

Wir haben uns ein bisschen schlau gemacht. Gerade im österreichischen Verkehrsministerium hat es letztes Jahr diesbezüglich auch einen eigenen Rettungsgassengipfel gegeben, weil es immer wieder wichtig ist, Rücksprache mit den Rettungsorganisationen, mit der Polizei, sprich kurz gesagt, mit den Blaulichtorganisationen zu halten. In der Zwischenzeit funktioniert das wirklich einwandfrei. In Österreich hat es immer wieder die Diskussion gegeben, ob man die Pannestreifen erweitern soll. Die ASFINAG wurde immer wieder aufgefordert, Pannestreifen zu errichten. Jetzt ist man von dieser Idee abgegangen, weil die Rettungsgasse effektiv

funktioniert. Probleme gibt es auf drei- und mehrspurigen Teilstücken, wo viel Lkw-Verkehr ist. Dort gibt es am ehesten Schwierigkeiten, aber ansonsten kann man sagen, dass es in Österreich sehr gut funktioniert. Es hat auch eine Umfrage in Österreich über die Rettungsgasse gegeben. Da haben 93 Prozent der Befragten angegeben zu wissen, wie man exakt die Rettungsgasse bildet, also wirklich ein hoher Prozentteil. 83 Prozent haben angegeben, dass sie mindestens einmal in der Situation waren, die Rettungsgasse auch zu bilden und dass die Rettungsgasse insofern eine Möglichkeit ist, die von den Verkehrsteilnehmern als gute Idee und gut angenommen wurde, haben 89 Prozent der Befragten angegeben. Man sieht, dass über Sensibilisierungsmaßnahmen, über Information und Aufklärung dieses Angebot gut angenommen wird, gut funktioniert.

Wir kennen alle solche Situationen, wo es zu Unfällen kommt. Vielleicht hat es selbst auch schon jemand erlebt, im Stau zu stehen. Für Einsatzkräfte ist dies manchmal wirklich schwer, die teilweise die Situation vorfinden, dass Pannestreifen sogar in Stausituationen blockiert sind, weil es immer wieder Verkehrsteilnehmer gibt, die den Pannestreifen in solchen Situationen auch als Fahrspur verwenden. Es geht um Minuten, im Endeffekt um lebensrettende Maßnahmen.

Wie gesagt, wir haben zuerst gedacht, es wäre sinnvoll, dass man die Bevölkerung sensibilisiert. Das ist dann auch sinnvoll, insofern die römische Regierung dann auch tätig wird und das auch einfließen lässt. Wir haben gestern diesbezüglich eine Pressekonferenz gemacht. Die Rückmeldungen, die wir bekommen haben, waren recht interessant. Es haben sich Leute vom Weißen Kreuz gemeldet. Es haben sich Feuerwehrleute gemeldet, die diesen Vorschlag natürlich begrüßen würden, die allerdings gesagt haben, dass es in Südtirol so ist, dass die Fahrschüler nach dem italienischen Straßenverkehrskodex ausgebildet werden. Das leuchtet ein, das ist klar. Uns ist es auch nicht so sehr darum gegangen. Wir wissen, dass wir hier nicht die Zuständigkeit haben, aber nichtsdestotrotz glaube ich, dass es schon auf gesamtstaatlicher Ebene eine Idee sein kann, die mit entsprechenden begleitenden Maßnahmen, mit Sensibilisierung, mit Aufklärung, denke ich mal, recht gut angenommen werden kann. Es ist, glaube ich, ein praktisches Thema, ein Alltagsthema, das mit gutem Willen eigentlich rasch umgesetzt werden kann.

Deswegen unsere Bitte um Zustimmung und dass die Landesregierung effektiv, sollte der Antrag in dieser Form angenommen werden, in Rom interveniert und dass sie die Regierung auffordert, diese Möglichkeit der Rettungsgasse effektiv auch in den Straßenverkehrskodex aufzunehmen und dann die Menschen oder die Länder gefordert sind, die entsprechenden Kampagnen wie Sensibilisierung, Information usw. zu betreiben. Vielen Dank!

LANZ (SVP): Werte Kollegin Mair! Als SVP-Fraktion können wir diesem nun so geänderten Antrag zustimmen, und zwar mit der Begründung, dass es, wie Sie es schon gesagt haben, darum geht, dass wir nicht irgendwelche Änderungen oder Reglements in die Welt setzen, die nicht rechtlich abgedeckt sind. Der heutige Straßenverkehrskodex ist momentan so formuliert, dass er genau das Gegenteil vom Verkehrsteilnehmer verlangt, das heißt, dass der Fahrer ganz rechts sich nach links orientieren sollte. Dies ist eigentlich im Widerspruch zur Rettungsgasse. Wir wissen, dass das Modell Rettungsgasse ein neues Modell ist, das auch zu funktionieren scheint. In den letzten Jahrzehnten waren es vor allem die Notspuren. Insofern glaube ich schon, dass es sinnvoll ist, Maßnahmen zu ergreifen, die auch in die richtige Richtung gehen.

Was wir zu bedenken geben, ist eine Entwicklung, die auch eine gewisse Kultur mit sich heranbringen muss, weil man auch das Verständnis für solche Maßnahmen aufbringen muss, vor allem vom Verkehrsteilnehmer. Vor einigen Jahren gab es im italienischen Parlament den Antrag, dass jedes Fahrzeug mit einem Schild ausgestattet werden sollte, welches man im Notfall beim Autodach aufklappen kann, um dann überall vorbeizufahren. Das hätte dann geblinkt, geleuchtet, wenn es eine Notsituation ist. Jeder von uns kann sich, glaube ich, vorstellen, wie dann die Situation in den italienischen Großstädten gewesen wäre. Ich hoffe auch, dass das Modell einer Rettungsgasse dahin führt, dass es auch in der Disziplin eingehalten wird und dass es nicht eine freie Vorzugsspur für jenen wird, der dann vorbeirauschen kann und das Ganze wieder blockiert. Aber das ist ein Thema, das in der Umsetzung mit der Sensibilisierung, mit den entsprechenden Maßnahmen und Gesetzen begleitet werden muss.

In dieser Form können wir das unterstützen und wollen es auch so weiterbringen. Danke!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Bei der Straßenverkehrsordnung ist es schon eine sehr, sehr lange Forderung von uns, dass man hier eine europäische Lösung findet. Es macht einfach keinen Sinn, dass für dieselben Fahrsituationen unterschiedliche gesetzliche Voraussetzungen in einzelnen europäischen Ländern vorherrschen. Wir haben Länder, die eine Rettungsgasse haben, andere Länder haben keine Rettungs-

gasse. Wenn wir jetzt die Situation hätten, wie sich das vielleicht manche Nationalstaaten noch erträumen, dass ihre Bürger nur im jeweiligen Staatsgebiet bleiben, dann macht das vielleicht noch Sinn. Wenn die Bürger aber anfangen, über die Grenzen hin- und herzufahren und im Kopf die eigene Straßenverkehrsordnung haben, dann wird das Ganze zum Problem.

Ulli Mair hat das bereits gesagt. Auf der Autobahn – ich beobachte es auch immer wieder ... Es gibt Gruppen, vor allem Touristen aus Deutschland oder Österreich, die es gewöhnt sind, eine Rettungsgasse zu bilden. Andere bilden sie aber nicht. Dann kommt es noch zum größeren Chaos, weil sich dann die ganze Straße verstopft.

Wo ich bei der Rettungsgasse, ehrlich gesagt, immer ein bisschen das größere Problem sehe, ist der Punkt der Wahrnehmung, wann eine Rettungsgasse gebildet werden muss. Die Rettungsgassenregelung besagt, dass bei Staubildung der Fahrer auf der rechten Seite ganz nach rechts und der Fahrer auf der linken Spur ganz nach links fährt. Das macht einen Sinn, wenn ich vor mir einen Stau habe. Aber sobald der Verkehr nur zähflüssig ist, bilde ich dann eine Rettungsgasse, ja oder nein? Ich stehe ja in dem Moment. Da merke ich schon oft ein bisschen Verunsicherung bei den Bürgern.

Aber grundsätzlich bin ich schon der Meinung, dass man hier eine gesamteuropäische oder möglichst gesamteuropäische Lösung finden sollte. Nachdem wir hier in Südtirol sehr viel auch Kontakt zu Gebieten nördlich des Brenners haben, wäre es schon sinnvoll, dass man vor allem auf der gesamten Brennerautobahn eine einheitliche Straßenverkehrsordnung findet. Da brauchen wir nicht nur über die Rettungsgasse reden, sondern auch über die Geschwindigkeitsbegrenzungen. Es ist genauso irrsinnig, dass es für dieselbe Autobahn nördlich und südlich des Brenners unterschiedliche Geschwindigkeitsbegrenzungen für Pkws, Lkws usw. gibt. Ja zu einer Vereinheitlichung und deswegen auch Zustimmung zu diesem Antrag.

Es stimmt, wir Südtiroler haben keine gesetzgeberische Kompetenz, aber meine Frage wäre, ob nicht die Möglichkeit bestünde, eine Sensibilitätskampagne zu machen. Denn niemand kann uns verbieten, dass wir den Bürgern auf der Straße empfehlen, bei der Staubildung eine Rettungsgasse zu bilden. Das wäre meine Frage. Es gibt – das, was Du gesagt hast, stimmt schon, wenn es eine Notspur gibt – aber Straßen, auf denen es keine Notspur gibt. Was ist dann? Das wäre meine Frage. Bei einer Notspur ist es klar, aber wenn keine Notspur vorhanden ist, dann möchte ich wissen, ob ich auch ganz nach links fahren muss. Wenn das so wäre, dann geht dies nicht. Wenn es nicht so wäre, dann könnte man eine Kampagne umsetzen und sagen, in solchen Situationen wäre es möglich, eine Rettungsgasse zu bilden.

PRÄSIDENT: Bevor wir zur nächsten Wortmeldung kommen, möchte ich die Klasse 2A Fachoberschule für Wirtschaft Oberschulzentrum Mals mit Frau Prof. Christiane Patscheider im Landtag willkommen heißen und herzlich begrüßen.

Abgeordneter Ploner Franz, bitte.

PLONER Franz (Team Köllensperger): Danke, Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Straßenverkehrsordnung mehrerer europäischer Länder – Sie haben schon darauf hingewiesen – vor allem Österreich, Deutschland, Schweiz, aber auch Tschechien und Slowenien gilt seit vielen Jahren die Verpflichtung – das ist verpflichtend, denn wenn ich sie nicht bilde, dann bekomme ich auch eine Strafe - zur Bildung der sogenannten Rettungsgasse auf Autobahnen und Schnellstraßen. Viele Automobilclubs appellieren an die Autofahrer, Platz zu machen bei Staus – ich spreche wirklich von Staus – und Unfällen für die Bildung der Rettungsgasse. Ich spreche jetzt auch als Notfallmediziner, weil ich das seit 20 Jahren miterlebt habe. Wenn man nicht mehr zum Unfallort kommt, dann muss man auch einmal einen Kilometer zu Fuß gehen. Gegenseitige Rücksichtnahme und deswegen auch Selbstverantwortung sind gefragt, damit im Notfall rasch geholfen werden kann. Durch eine funktionierende Rettungsgasse können alle Einsatzkräfte im Geltungsbe- reich oder bei Einsetzung der Rettungsgasse, die auch auf Autobahnen – das gilt dort ohne Pannestreifen – gebildet werden kann, den Unfallort erreichen. Die Erfahrungen aus diesen Ländern zeigen, dass durch die Rettungsgasse die Einsatzzeiten – und das ist das Entscheidende – der Rettungsfahrzeuge verkürzt und somit wertvolle Zeit bei den Einsätzen gewonnen werden.

Die Auswertungen – hier spreche ich ein bisschen aus der wissenschaftlichen Ebene – der Daten des österreichischen Roten Kreuzes zeigen, dass die Rettungsgasse eine sinnvolle und hilfreiche Möglichkeit ist, den Einsatzfahrzeugen eine verzögerungsarme Zufahrt zu den Einsätzen auf Autobahnen und Schnellstraßen zu erlauben. Dabei zählt jede Sekunde, denn pro Minute, die die Retter früher eingreifen können, erhöhen sich – und das ist das Entscheidende – die Überlebenschancen eines Unfallopfers um zirka 10 Prozent. Das heißt

also, wenn man zehn Minuten früher dran ist, dann ist die Überlebenschance größer. Wenn sie schwerverletzt sind, sind sie wahrscheinlich nach zehn Minuten tot. Das muss unsere Zielvorgabe sein. Das halte ich für verpflichtend. Wenn ich Hilfe leisten möchte, muss ich eine Rettungsgasse auch aufbauen. Durch eine korrekt gebildete Rettungsgasse können die Einsatzkräfte durchschnittlich – so sind die Daten erarbeitet worden – vier Minuten einsparen, was die Überlebenschancen der Unfallopfer im besten Fall um zirka 40 Prozent steigern.

Deshalb glaube ich, dass man durch Hinweisschilder oder durch digitale Anzeigen, auch wenn wir in Italien noch keine gesetzlichen Normen haben, auf den Autobahnen die Autofahrer auf die Bildung der Rettungsgasse aufmerksam machen kann und sie dazu auch erziehen. Wenngleich in der italienischen Verkehrsordnung die Bildung der Rettungsgasse nicht vorgesehen ist, so kann, wie im Beschlussantrag, angeregt werden, durch Hinweisschilder auf den Autobahnen auf die Bildung der Rettungsgasse schon bei Stau angeregt werden und im Notfall rasch geholfen werden kann. Diesen verkehrssicherheitstechnischen Neuerungen sollte die Autobahngesellschaft sich nicht länger widersetzen, das heißt, dass man die Autobahngesellschaft dazu ermuntert, solche Hinweisschilder oder digitale Einrichtungen zu machen wie man sie in Österreich oder in Deutschland sieht. Vielmehr sollten die Autofahrer durch Aufklärungskampagne und bewusstseinsbildende Maßnahme auf die Einrichtung der Rettungsgasse bei Staus und bei Rettungseinsätzen aufgeklärt werden. Wir als Team Köllensperger unterstützen diesen Beschlussantrag und werden ihm auch zustimmen.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Kompliment an die Kollegin Mair, die sozusagen die Notbremse gezogen und den Beschlussantrag umformuliert hat. So ist er jetzt natürlich auch tragbar, denn gestern hätte er sich gegen die Straßenverkehrsordnung ausgesprochen. Jetzt kann man sozusagen eine europäische Initiative in die Wege leiten. Wir haben schon gehört, dass das Problem auf europäischer Ebene liegt. Wir haben hier ganz unterschiedliche Straßenverkehrsordnungen und diese sind noch nicht harmonisiert. Hier hätte die EU einen großen Aufgabenbereich zu bewältigen, obwohl wir wissen, dass dies im Bereich des Rettungswesens mit der Notrufnummer 112 gelungen ist, aber im Verkehrswesen dies viel, viel komplizierter ist.

Wir haben jetzt schon sehr vieles gehört und das Problem, glaube ich, sehr gut dargelegt. Aber der Beschlussantrag hat mich auf eine Idee gebracht bzw. auf eine Frage, die mit der dynamischen Spur zwischen Bozen und Verona zusammenhängt. Da wirft sich jetzt die Frage auf, wie man – diese Frage ginge auch an unseren Landesrat für Mobilität – auf der Autobahn zwischen Bozen und Verona, wenn die dynamische Spur einmal kommen wird, die Rettungssituation händeln will, weil die Notspur, die dafür da ist, durch den dynamischen Verkehr besetzt werden wird und man dann ein Konzept haben muss, wie man eine Rettungsgasse, eine Notspur ad hoc bildet. Das wäre eine sehr interessante Diskussion. Da muss es bereits im Vorfeld präventiv einen Lösungsansatz geben, ansonsten hätte man ein äußerst wichtiges Teil in den Verhandlungen vergessen. In diesem Sinne ist es, glaube ich, ein interessanter Ansatz, weil wir auch die EU im Bereich des Verkehrswesens daran erinnern, einmal Hand anzulegen und zu versuchen, gemeinsame Lösungen zu finden. Aus diesem Grunde können wir den Beschlussantrag befürworten und stimmen ihm zu. Danke!

UNTERHOLZNER (Team Köllensperger): Die Straßenverkehrsordnung ist sehr wichtig. Wir wissen, dass 90 Prozent aller Unfälle verhinderbar und 93 Prozent aller Autofahrer schlechte Autofahrer sind. Das ist so, denn das sage nicht ich, sondern das sagt die Statistik. Genau darauf fußt die Straßenverkehrsordnung. Ich darf sagen, dass ich die letzten zwanzig Jahre jedes Jahr 100.000 Kilometer unterwegs gewesen bin. Ich kenne das Thema Rettungsgasse sehr gut. Deshalb finde ich diesen Vorschlag sehr gut. Es würde für die Landesregierung gar kein Vergehen sein, wenn sie beispielsweise auf der MeBo, auf der Pustertaler Straße oder auf der Vinschgauer Straße, weil jeweils drei Autos nebeneinander Platz haben ... Da können wir mit exzellent gutem Beispiel oder Vorbild vorangehen und das einfach kurz ausschildern, weil wenn es zu einem Unfall oder zu einem Stau kommt, dann reicht es, wenn sich jeder Autofahrer ganz rechts aufstellt. Deshalb ist oder sollte die Rettungsgasse in der Mitte durchgehen. Das wäre eine exzellente gute Maßnahme. Deswegen danke für den Vorschlag. Das sollte man vielleicht ein bisschen erweitern. Das könnte die Landesregierung auf den Landesstraßen beispielsweise auf der MeBo als Pilotprojekt praktizieren. Das würde ich für eine sehr gute Initiative halten. Deshalb unterstützen wir sehr wohl dieses Thema.

LOCHER (SVP): Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, vor allem geschätzte Einbringerin. Ich glaube, dass dies ein sehr interessantes Thema und ein Thema ist, das uns viel beschäftigt hat. Der

4. Oktober, wer damals unterwegs war, und vor allem der Schneefall Ende Jänner hat uns schon ein bisschen zu denken gegeben und vor allem in unseren Köpfen auch eine gewisse Panik ausgelöst. Wenn wir betroffen gewesen wären, dann frage ich mich, was dann passiert wäre oder was wir uns dann gedacht hätten.

Erstens geht es, glaube ich, um Sicherheit und zweitens darum, wer im Auto sitzt und zwei, drei Kinder im Auto hätte und mitmachen müsste, was dann passieren würde. Damals hat es eine gewisse Kälte gegeben, das heißt, dass nicht immer ein gutes Wetter ist. Dieses Thema muss uns in Südtirol absolut beschäftigen.

Kollege Unterholzner, ich bin nicht unbedingt der Meinung, dass 93 Prozent schlechte Autofahrer sind, aber das ist eine Anmerkung. Wir meinen, dass wir doch halbwegs gute Autofahrer sind. Der Prozentsatz ist ein bisschen hoch angelegt, aber das kann auch so sein.

Das Problem sind immer die Witterungsverhältnisse und wie wir mit den Witterungsverhältnissen zurechtkommen. Das heißt, dass, wie es Andreas Hofer schon damals gesagt hat, wir ein Land im Gebirge sind und uns auch die Schneefälle und die extremen Wetterverhältnisse zu schaffen machen.

Die Rettungsgasse ist nicht nur wegen der Versorgung wichtig, sondern vor allem deswegen wichtig, den Stau aufzulösen. Wenn Autos stecken geblieben sind, dann muss ich etwas unternehmen und ich brauche Hilfe. Wenn die Hilfe nicht hinkommt und ich untertags unterwegs bin, Kollege Ploner, dann könnte ich eventuell noch mit dem Hubschrauber hinkommen, aber ich kann mit dem Hubschrauber nicht Autos oder Laster wegtransportieren, das heißt, dass ich eine Sicherheitsspur brauche, die absolut notwendig ist, damit irgendetwas unternommen werden kann. Es geht nicht um die Versorgung, sondern vor allem darum, dass man auch etwas unternimmt, um den Stau aufzulösen, denn der Stau löst sich nicht von selbst auf, vor allem wie damals im Winter der Zustand vorgeherrscht hat und kein Schneeräumungsfahrzeug und auch kein Transporter hingekommen ist, der die Laster wegbringen konnte. Das sind, glaube ich, ganz wichtige Aspekte, über die wir uns befassen müssen.

Eine Rettungsgasse ist einfach wichtig, damit wir auch in diesem Moment den Stau auflösen können, denn sonst können wir über Gott und die Welt reden und diskutieren. Wenn ein Fahrzeug stecken bleibt und nicht die richtige Winterausrüstung hat, dann nutzt das im Grunde genommen gar nichts. Das ist, glaube ich, ein Teil der Politik, wo wir nicht fragen müssen, ob wir zuständig oder nicht zuständig sind. Der Kollege Staffler hat lange im Amt für Brand- und Zivilschutz gearbeitet. Wenn es um Bevölkerungsschutz geht, dann müssen wir zuständig sein. Das ist unsere Pflicht und unsere Aufgabe. So wie der Bürgermeister mit einer Verordnung zuständig ist und auch der Landeshauptmann über die übergemeindlichen Institutionen eine ganz klare Zuständigkeit hat, müssen wir auch für diese Sachen zuständig sein. Wir dürfen nicht Rom oder Brüssel fragen, ob wir zuständig oder nicht zuständig sind. Wir sind in Südtirol für die Sicherheit unserer Bevölkerung, auch für das Verkehrsaufkommen ganz einfach zuständig.

Deshalb werde ich, Kollegin Mair, dem Beschlussantrag zustimmen. Ich finde es einen guten Vorschlag. Das ist ein Vorschlag, aus dem wir unbedingt etwas machen müssen, das heißt, dass wir uns nicht aus dem Zeug nehmen dürfen und sagen, dass wir nicht zuständig sind. Wir sind absolut auch für die Sicherheit zuständig. Das ist, glaube ich, ein sehr guter Ansatz. Danke!

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Geschätzte Kollegen, lieber Kollege Franz Locher! Das ist genau die Kerbe, in die ich auch schlagen werde. Wir merken es im Landtag immer wieder, denn bei den allermeisten Gesetzen stoßen wir immer an die Grenzen unserer Autonomie. Es ist manchmal sehr mühsam, dass man nicht so entscheidende und in meinen Augen auch bescheidene Sachen wie eben eine Rettungsgasse auf den Südtiroler Straßen einführt, dass man so etwas nicht selber regeln kann, auch in Anbetracht dessen, dass es unsere Nachbarländer auch machen und vor allen Dingen, weil sie funktioniert und praktikabel ist. Wenn man viel unterwegs ist – die Meisten hier im Landtag sind, glaube ich, auch auf den Straßen unterwegs – und in Stausituationen gerät, dann merkt man, dass nicht nur Touristen und Gäste, sondern wir Südtiroler bereit sind bzw. die Rettungsgasse sozusagen schon intus haben und auf unseren Straßen schon praktizieren. Das wäre also nicht der große Schritt, etwas Neues zu machen. Jeder, der einmal im Salzburgerischen unterwegs war, wo es meistens irgendwo eine Baustelle oder etwas anderes gibt, lernt man es dort auch schon. Man sieht bei uns, dass es nur einzelne Wenige vielleicht noch nicht kennen. In dem Moment, in dem man einige Autos vor sich hat, die links und rechts ausweichen, dann muss man schon ein Ignorant sein, wenn man das nicht dementsprechend praktiziert.

Es besteht vor allen Dingen die Möglichkeit, über unsere Kanäle, über Informationssysteme, die uns zur Verfügung stehen, das bereits zu bewerben und anzukündigen sei es auf den Hinweistafeln, auf den Schildern bei der Autobahn, auch auf der MeBo zum Beispiel, bei der Verkehrsmeldezentrale und über das Radio. Wenn

die Südtiroler Verkehrsmeldezentrale derzeit bereits die Rettungsgasse empfiehlt - offiziell stehen wir im Widerspruch zum Straßenverkehrskodex und zum Gesetz -, dann muss uns die italienische Gesetzgebung in Notsituationen relativ egal sein. Es geht darum, dass wir Leuten helfen, dass wir zum Unfallsort hinkommen, dass wir im besten oder schlimmsten Falle Leben retten. Wenn wir als Land und die öffentlichen Behörden die Rettungsgasse empfehlen, dann müssen wir auch dahinter stehen. Ich hätte noch nie gehört, dass bei derzeitigen Rettungsgassen, wie sie schon praktiziert worden sind, danach alle Autofahrer entlang der MeBo gestraft worden wären, dass sie sich nicht an die italienische Straßenverkehrsordnung gehalten hätten. Das muss man hier sagen.

Der Antrag ist gut. Ich freue mich, dass so viel Unterstützung für diesen Antrag da ist, aber wir wissen alle wie es läuft, dass es sehr lange dauern wird, bis die italienische Regierung ihre Straßenverkehrsordnung ändert. Unabhängig davon müssen wir hier sensibilisieren und uns überlegen, ob wir hier bei uns ein bisschen mutiger sind und morgen in den entsprechenden Situationen auch couragiert handeln und die Rettungsgasse empfehlen.

LADURNER (SVP): Geschätzte Kollegin Mair, auch ich möchte mich bei Ihnen ganz herzlich für die Einbringung dieses Beschlussantrages bedanken. Ein wichtiges Thema gerade für uns junge Menschen in Südtirol, in Europa ganz generell. Wir müssen wissen, ob wir nach links oder nach rechts fahren, wenn ein Unfall passiert. Es ist wichtig, dass hier eine einheitliche Regelung stattfindet. Insofern auch im europäischen Sinne eine wichtige Initiative. Wir haben heute in Deutschland andere Regelungen als in Italien beispielsweise, was in Notsituationen zu Chaos führen kann. Hier müssen wir vorbeugen. Insofern stimme auch ich sehr gerne diesem Antrag zu und hoffe, dass in diesem Sinne einiges gemacht wird. Vielen Dank!

ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung, Ladinische Kultur, Verkehrsnetz, Mobilität - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegin Mair! Ich kann auch nur dem zustimmen, was gesagt worden ist, und zwar, dass man dieses Thema ernst nimmt. Ich bin davon überzeugt, dass es richtig war, dass wir dieses Thema oder diesen Beschlussantrag in einen Begehrensantrag umwandeln und dass wir hier aktiv werden.

Ich möchte auf einige Stellungnahmen eingehen, auch auf jene vom Kollegen Locher. Es ist, glaube ich, wichtig, dass wir dieses Thema nicht nur auf nationaler Ebene angehen, sondern vor allem auch grenzübergreifend, das heißt auch auf der europäischen Ebene. Das ist ein Thema, wo man feststellen muss, dass sehr viel in europäische Integration, Projekte, Eisenbahnprojekte, Straßenprojekte investiert wird, aber zurzeit wird noch wenig in einheitliche Verordnungen und Regeln investiert, damit man vor allem für die Verkehrssicherheit auch etwas Positives erreicht, damit man für unsere Verkehrsflüsse, die wir gerade auch auf dem Brennerkorridor haben, etwas tut.

Ich nehme dieses Thema zum Anlass, um noch ein Thema anzusprechen. Auch bei der Verladepolitik gibt es noch keine einheitlichen Regeln. Wenn es keine einheitlichen Regeln gibt, dann sind das eigentlich Barrieren und Barrieren führen dazu, dass man diese europäische Integration nicht erreicht.

Das Thema Autonomie stimmt sicherlich, allerdings geht es hier über die Landesgrenzen hinaus. Das ist ein Thema, das wir bei der Mobilität, beim Verkehr ansprechen müssen. Auch wenn wir hier autonome Regeln in der Straßenordnung finden würden, ist es nicht sinnvoll, dass, wenn man unterhalb von Trient irgendwo rechts abbiegen würde, in Südtirol in der Mitte eine Rettungsgasse, in Deutschland und in Österreich wieder andere Regeln haben würde, der Verkehrsteilnehmer eigentlich verwirrt würde und das wäre der falsche Weg.

Wir müssen diesen Anlass heute auch nutzen - danke für Ihre Anmerkung -, um zu sensibilisieren. Wir sind in einem Grenzgebiet und gerade hier braucht es einheitliche Regeln, was die Verkehrsordnung angeht. Wir werden uns dafür einsetzen. Derzeit läuft ein erneuter Versuch der Überarbeitung der Straßenverkehrsordnung im italienischen Parlament, und zwar derzeit in der Kammer. Wir sind dabei, unsere Themen einzubringen. Das wird eines davon sein. Ich weiß nicht, ob es in dieser Legislatur möglich sein wird, dass das Parlament eine neue Gesetzgebung auch auf den Weg bringt. Wir werden auf jeden Fall dieses Thema einbringen.

Für mich ganz persönlich ist es, wie gesagt, wichtig, dass diese Anregung auch überregional stattfinden kann. Ich möchte das Thema über den Begehrensantrag hinaus sei es bei der Brennerkorridorplattform als auch bei den EU-Verkehrsgipfeln und vor allem über das Staatsgebiet hinaus auch einbringen. Wir als Landesregierung stimmen dafür, dass wir diesen Weg gehen. Danke!

MAIR (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Landesrat! Ich möchte mich bei allen Fraktionen, die den Antrag mittragen, für ihre durchaus interessanten und wertvollen Redebeiträge und auch für Ideen, die bereits mitgeteilt wurden, die auch in der Diskussion entstanden sind, bedanken. Dass wir ursprünglich auf unser eigenes Land geschaut haben, hat wirklich damit zu tun, weil wir uns auf die Verkehrsmeldezentrale Südtirol gestützt haben, die in der Vergangenheit mehrmals dazu aufgerufen hat. Für uns war es im ersten Moment nicht ganz klar, dass die Verkehrsmeldezentrale einen Aufruf macht und damit eigentlich gegen den Straßenverkehrskodex verstößt. In Notsituationen geht es, glaube ich, um Hausverstand, um Eigenverantwortung, dass man Dinge rasch regelt, dass man schnell an die Stellen kommt, um Hilfe zu leisten, die lebensrettend sein können. Hier wurde schon vieles richtig gesagt. Ich bedanke mich auch beim Landesrat, dass er dieses Thema rasch sei es in Rom als auch an anderen Stellen deponieren wird. Das ist, glaube ich, im Interesse von uns allen. Nichtsdestotrotz ersuche ich, dass man es jetzt nicht rein bei der römischen Regierung belässt, sondern dass man schon als Land selbst auch sensibilisiert, informiert und vielleicht auch eine Kampagne macht. Ich erinnere an die Kampagne "Staysmart", die das Land macht, die sicher auch richtige und wichtige Inhalte hat, was das Handy usw. anbelangt. Aber wenn ich mir die Kampagne vor Augen halte, die 80.000 Euro gekostet hat, pinkfarbene Schaumgummipolster an den Straßenlaternen zu montieren, damit jemand, der mit dem Handy unterwegs ist, nicht dagegen läuft - mein Gott, wenn jemand dagegen läuft, dann geschieht ihm recht, sage ich -, dann gibt es, glaube ich, wichtigere Sensibilisierungsmaßnahmen wie beispielsweise die Rettungsgasse, die auch von allen aufgegriffen wurde. Ich bedanke mich für diese breite Zustimmung.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den so geänderten Beschlussantrag Nr. 25/19 ab: mit 31 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Wir kommen zur Behandlung des **Beschlussantrages Nr. 41/19** zurück.

Die Abgeordneten Foppa und Leiter Reber haben einen **Ersetzungsantrag** zum Beschlussantrag eingebracht.

"In mehreren europäischen Ländern ist die sogenannte „Freie Gasse“, häufig bekannt als Rettungsgasse, seit einiger Zeit fester Bestandteil der jeweiligen Straßenverkehrsordnung. Damit gemeint ist der von den Verkehrsteilnehmern gebildete freie Fahrweg in der Mitte einer mehrspurigen Straße, der im Falle eines Unfalls den Rettungskräften - sprich sämtlichen Einsatzfahrzeugen, Fahrzeugen des Straßendienstes und Fahrzeugen des Pannendienstes - eine freie, ungehinderte Durchfahrt zur Unfallstelle gewährleistet. Vor allem bei regem Verkehrsaufkommen, welches zu zähem Verkehrsfluss und Stau führt, kann so ein schnelles Vorankommen der Rettungskräfte sichergestellt werden.

In Südtirol ist das System der Rettungsgasse vorwiegend aus der deutschsprachigen Medienberichterstattung bekannt. Wie diverse Beispiele bei Unfällen auf Südtirols Straßen belegen, wird die Bildung einer Rettungsgasse von Verkehrsteilnehmern zum Teil bereits auf vorbildliche Art und Weise praktiziert, obwohl die italienische Verkehrsordnung keine Rettungsgasse im eigentlichen Sinn vorsieht. Es würde der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer auf Südtirols Straßen dienen und gleichzeitig unseren Rettungskräften zu einem schnelleren Eingreifen verhelfen, wenn das Bilden einer Rettungsgasse in Notfallsituationen auf Staatsebene Vorschrift wäre.

Dies Vorausgeschickt,

fordert
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung auf

beim italienischen Parlament und der italienischen Regierung zu intervenieren damit die Regelung für die Bildung einer Rettungsgasse in Notfallsituationen, wie es derzeit in mehreren europäischen Staaten praktiziert wird, in die staatliche Straßenverkehrsordnung integriert wird."

"La pratica della *Rettungsgasse*, anche nota come *Freie Gasse*, vale a dire incolonnarsi formando una corsia libera lungo una strada a più corsie, è da qualche tempo parte integrante del codice stradale di vari Paesi europei. Così facendo, gli utenti della strada contribuiscono a creare una corsia centrale, che in caso di incidenti consente a chi interviene (ambulanze, veicoli del servizio strade e mezzi del soccorso stradale) di muoversi e arrivare rapidamente sul luogo dell'incidente senza incontrare ostacoli. Soprattutto in situazioni di traffico intenso e code si riesce a garantire un intervento tempestivo dei soccorsi.

In Alto Adige questo sistema è noto essenzialmente per via degli articoli apparsi sui media di lingua tedesca. Ma comunque è già successo varie volte che in caso di incidenti sulle strade della nostra provincia una parte degli automobilisti reagisse in modo esemplare incolonnandosi al lato della carreggiata per liberare una via per i soccorsi, anche se nel codice stradale italiano questo obbligo non è formalmente previsto. L'introduzione a livello statale dell'obbligo di formare una "corsia di soccorso" in caso di emergenza aumenterebbe la sicurezza sulle strade della nostra provincia e nel contempo contribuirebbe a rendere più rapido l'intervento dei soccorsi.

Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
sollecita la Giunta provinciale

a intervenire presso il Parlamento e il Governo affinché nel codice stradale italiano sia integrata la disciplina relativa alla formazione di una "corsia di soccorso" in caso di emergenza, come già avviene in numerosi Paesi europei."

Abgeordnete Foppa, Sie haben das Wort.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Das wäre jetzt die Rettungsgasse für die Bienen, aber wir haben schon verstanden, dass es mit denen ein bisschen schlechter aussieht.

Ich bedanke mich beim Landesrat, weniger für die letzten Worte, aber für seine Eröffnung schon, und zwar darauf hinweisend, dass die Natur und vor allem die Artenvielfalt auch Unordnung braucht und dass das manchmal mit unseren Gemütern nicht ganz vereinbar ist. Das ist ein wichtiger Hinweis.

Io mi ricordo, e sono contenta le che è tornato in aula il collega Urzi, un dibattito che è di tanto tempo fa in consiglio comunale a Bolzano, quando si parlava dell'orto delle Donne Nissà, dell'orto delle Semirurali. Lì praticano la permacultura e c'erano proprio i partiti di destra che hanno iniziato a urlare contro quell'orto e io pensavo che fosse perché era gestito dalle donne straniere, invece era per il disordine, non veniva sopportato il disordine che la permacultura porta con sé nel quartiere.

Ich habe darüber noch lange nachgedacht. Die Angelegenheit der Ordnung in der Natur und für die Artenvielfalt ist sehr wesentlich. Und der von Ihnen angesprochene Raasismus gehört natürlich auch dazu.

Ich wollte Euch eine Stellenanzeige zur Kenntnis bringen, die die CIPRA mit der Obstwirtschaft ausgearbeitet hat. Die CIPRA hat gemeinsam mit den Südtiroler Apfelbauern das Projekt "Apfelblüten bestäuben: Wer macht den Job?" gestartet und ein Jobprofil für ApfelblütenbestäuberInnen gebildet. Hier steht – das ist nicht an die Bienen gerichtet – Folgendes: *"Sie sind emsig und flink, Sie arbeiten gerne im Freien, Sie möchten einen Beitrag zu einer ökologischen Landwirtschaft leisten? Die 8.000 Familienbetriebe der Südtiroler Apfelbauern suchen ab sofort Verstärkung bei der Bestäubung ihrer Apfelblüten. Im sogenannten Obstgarten Europas mit seinen 60 Millionen Apfelbäumen arbeiten Sie als Teil eines BestäuberInnenteams vom Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang bei mediterranen Temperaturen. Die Vergütung erfolgt leistungsorientiert pro bestäubter Blüte."* Also nur zu wissen, wie das aussieht.

Ich habe gehört, dass es hier keinen Konsens gibt. Sie sprechen von einem größeren Zusammenhang, in dem das zu setzen ist. Das kann man natürlich immer sagen, so wie man natürlich auch immer sagen kann, dass es nicht ausgereift ist. Das ist ein Projekt, das anderswo schon umgesetzt ist. Deshalb ist es hier sehr detailgerecht, das würde ich sagen. Aber wir haben verstanden, dass es hier keinen Weg gibt.

Credo che anche le targhe in un budget annuale della Provincia di Bolzano di qualche miliardo non siano il problema. Aber wenn der Zeitpunkt noch nicht reif ist und wenn Sie ein größeres Konzept ausarbeiten, dann warten wir darauf.

Inzwischen hat auch unsere Fraktion etwas vorgelegt, das etwas gesamtheitlicher auf das Thema Ökowende schaut. Der Kollege Staffler wird das in der nächsten Woche im Gesetzgebungsausschuss behandeln lassen. Deshalb sehen wir, wie es dort mit dem Konsens für den größeren Zusammenhang aussieht.

Inzwischen habe ich noch einen Änderungsantrag gemacht, der die Anregungen des Kollegen Faistauer aufgreift, die Bezirksgemeinschaften mit einbezieht und das Ganze nicht nur auf die Gemeinden reduziert, sondern allgemein auf die Landschaftsplanung. Man könnte auch andere Institutionen mit einbeziehen. Ich finde das einen sehr sinnvollen Vorschlag. Dahin zielt also auch der Änderungsantrag. Vielen Dank!

PRÄSIDENT: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann stimmen wir über den so geänderten Beschlussantrag Nr. 41/19 ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 16 Nein-Stimmen, 15 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Punkt 5 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 4/19 vom 28.2.2019, eingebracht von den Abgeordneten Knoll und Atz Tammerle, betreffend: Ausländische KFZ-Zulassungen."**

Punto 5) all'ordine del giorno: **"Voto n. 4/19 del 28/2/2019, presentato dai consiglieri Knoll e Atz Tammerle, riguardante: Autoveicoli immatricolati all'estero."**

Das Sicherheitsdekret der italienischen Regierung enthält einen Passus, welcher vorsieht, dass Bürger die einen Wohnsitz in Italien haben, nicht mehr mit „ausländischen“ KFZ-Zulassungen fahren dürfen. Diese Bestimmung führt in einer Grenzregion wie Süd-Tirol zu großen Schwierigkeiten, da viele Menschen familiär, sozial und beruflich grenzüberschreitende Beziehungen pflegen und deshalb auch in Süd-Tirol mit einer „ausländischen“ KFZ-Zulassung fahren. Insbesondere für Grenzpendler ist die neue Bestimmung schlichtweg nicht umsetzbar, da diese Personen in zwei Staaten einen Wohnsitz haben und somit – ganz egal in welchem Staat sie das Fahrzeug anmelden – im anderen Staat immer illegal unterwegs sind. Auch die Straßenpolizei ist sich dieses unlösbaren Problems bewusst und rät zu so absurden Lösungen wie, „sich ein zweites Auto am Brenner abzustellen, oder sich von Familienangehörigen am Brenner abholen zu lassen“. Für Unternehmen, die grenzüberschreitend tätig sind, aber auch für Doppelstaatsbürger, Saisonarbeiter und Touristiker ist die neue Bestimmung nicht anwendbar. Ein Saisonarbeiter müsste zukünftig mehrmals im Jahr das Auto umschreiben, Doppelstaatsbürger dürften das Auto der eigenen Familienangehörigen nicht mehr benutzen, und Gastwirte dürften nicht einmal mehr das Auto ihrer Gäste verstellen.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den trag:

Der Südtiroler Landtag wolle beschließen:

Der Südtiroler Landtag

fordert

das italienische Parlament

und die italienische Regierung auf,

das Dekret dahingehend abzuändern, dass Personen mit nachweislich grenzüberschreitenden Lebensbeziehungen von der neuen Regelung ausgenommen werden.

Il decreto sicurezza del governo italiano contiene una clausola in base alla quale i cittadini con residenza in Italia non possono più guidare veicoli immatricolati "all'estero". In una terra di confine come la Provincia di Bolzano questa disposizione comporta grandi difficoltà, poiché molte persone hanno rapporti familiari, sociali e professionali transfrontalieri e quindi guidano anche in Provincia di Bolzano con una carta di circolazione "straniera". Soprattutto per i pendolari di frontiera, la nuova disposizione risulta del tutto inapplicabile, poiché queste persone hanno la residenza in due Stati e quindi – indipendentemente dallo Stato in cui immatricolano il veicolo – circoleranno sempre illegalmente nell'altro Stato. Anche la polizia stradale è consapevole di questo problema irrisolvibile e consiglia quindi soluzioni assurde come "parcheggiare una seconda auto al Brennero o farsi venire a prendere da un familiare al Brennero". Per le imprese che operano a livello transfrontaliero, le persone con doppia cittadinanza, i lavoratori stagionali e gli operatori turistici la nuova disposizione non è applicabile. In futuro, un lavoratore stagionale dovrebbe reimmatricolare la propria auto più volte all'anno, le persone con doppia cittadinanza non sarebbero più autorizzate ad usare l'automobile dei loro familiari e gli albergatori non potrebbero nemmeno più spostare le macchine dei loro ospiti.

Per questi motivi i sottoscritti invitano

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano a deliberare come segue:

il Consiglio della Provincia

autonoma di Bolzano

*invita**il Parlamento e il Governo*

a modificare il decreto al fine di esonerare dalle nuove norme le persone con comprovate relazioni sociali transfrontaliere.

Die Abgeordneten Knoll und Atz Tammerle haben einen **Ersetzungsantrag** zum Beschlussantrag eingebracht:

"Die italienische Regierung hat im Jänner 2019 im Rahmen des Sicherheitsdekrets neue Bestimmungen im Zusammenhang mit der Straßenverkehrsordnung erlassen. Diese sehen vor, dass alle Bürger (In- und Ausländer), die seit mehr als 60 Tagen einen Wohnsitz im italienischen Staatsgebiet haben, nicht mehr mit einem Pkw fahren dürfen, der im Ausland zugelassen ist. Bei Zuwiderhandlung wird eine Strafe zwischen 712 und 2.848 Euro verhängt, der Zulassungsschein wird eingezogen, das Auto darf nicht weiter benutzt und muss an einem nicht zugänglichen Ort abgestellt werden. Der Besitzer hat nun bis zu 180 Tage Zeit, sein Fahrzeug im Ausland ab- und in Italien anzumelden oder andernfalls eine Sondergenehmigung zu beantragen, es ins Ausland zu verfrachten. Sollte dies nicht geschehen, wird das Auto vom italienischen Staat beschlagnahmt. Für die Umschreibung des Fahrzeuges verlangt der italienische Staat neben den Zulassungskosten (Verwaltungsgebühren, Versicherung) obendrein noch eine Sondersteuer von bis zu 2.500 Euro, sodass Gesamtkosten von 4.500 Euro entstehen können.

Obgenannte Bestimmungen stellen eine grobe Diskriminierung gegenüber anderen EU-Bürgern dar, schränken den freien Personenverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit in der EU ein und sind ein ungerechtfertigter Eingriff in das persönliche Eigentum.

Gerade in einer Grenzregion wie Süd-Tirol sind die Bestimmungen dieses Dekrets nicht anwendbar, denn sie bereiten Bürgern mit grenzüberschreitenden Lebens- und Arbeitsrealitäten wie Grenzpendlern, Menschen mit grenzüberschreitenden Lebensgemeinschaften, Doppelstaatsbürgern, Saisonarbeitern, Unternehmen mit grenzübergreifender Tätigkeit, Tourismustreibenden sowie Bürgern mit Wohnsitzen in zwei Staaten unlösbare Probleme, da nicht jedes Mal beim Grenzübertritt die Autozulassung gewechselt werden kann.

Wie absurd derartige „nationale“ Alleingänge eines Staates im vereinten Europa sind und zu welchen enormen Problemen sie führen, zeigen folgende konkrete Beispiele:

1. Ein junger Süd-Tiroler lebt mit seiner Frau und den Kindern in einer gemeinsamen Wohnung in Meran. Er arbeitet von Montag bis Freitag in München, wo er zu diesem Zwecke ebenfalls mit einem Wohnsitz gemeldet ist. Laut deutschem Gesetz ist er verpflichtet, sein Auto in Deutschland anzumelden, wo er es auch für berufliche Zwecke nutzt. Sobald er am Wochenende mit seinem Auto zur Familie nach Süd-Tirol fährt, wird er ab der Brennergrenze zum Gesetzesbrecher. Für den jungen Familienvater gibt es keine Lösung, denn wenn er das Auto in Deutschland angemeldet lässt, ist er in Süd-Tirol illegal unterwegs, meldet er es hingegen in Italien an, verstößt er in Deutschland gegen die Gesetze. Der Betroffene hat sich an die italienische Straßenpolizei gewandt, die ihm Folgendes geraten hat: „Geben Sie Ihre Arbeit in Deutschland auf und kehren Sie nach Italien zurück, oder kaufen Sie sich ein zweites italienisches Auto, das Sie an der Grenze parken, bzw. lassen Sie sich von Ihrer Frau am Brenner abholen.“

2. Eine deutsche Staatsbürgerin, die in Süd-Tirol lebt, hat Besuch von ihrem krebserkrankten Vater aus Deutschland bekommen, der mit dem eigenen in Deutschland angemeldeten Auto angereist kam. Als die Tochter während eines gemeinsamen Ausfluges mit dem Auto des Vaters weitergefahren ist, weil sich dieser unwohl fühlte, kamen die beiden in eine Polizeikontrolle: Da die Tochter in Italien einen Wohnsitz hat und am Steuer eines ausländischen Autos saß, wurden eine hohe Geldstrafe verhängt und die weitere Benutzung des Autos untersagt. Auf den Hinweis der Tochter, dass ihr Vater sein Auto dringend für die Rückfahrt nach Deutschland benötigt, um dort seine Therapie fortzusetzen, reagierte die italienische Polizei mit Gleichgültigkeit.

3. In Süd-Tirol gibt es viele Fälle von grenzüberschreitenden Lebensgemeinschaften, bei denen die Partner nur über ein gemeinsames Auto verfügen. Wenn dieses Auto beim Partner im Ausland angemeldet ist, darf der in Süd-Tirol lebende Partner mit dem gemeinsamen Auto im Inland nicht mehr fahren. Ebenso trifft das Gesetzesdekret Saisonarbeiter, die ihre Autozulassung im Herkunftsland nicht aufgeben können, nur weil sie einige Monate in Süd-Tirol arbeiten.

Diese Fallbeispiele zeigen deutlich: Dieses Gesetzesdekret läuft den Grundsätzen eines vereinten Europas zuwider und ist praktisch nicht umsetzbar!

Ein Saisonarbeiter müsste demnach zukünftig mehrmals im Jahr das Auto umschreiben, Doppelstaatsbürger dürften das Auto der eigenen Familienangehörigen nicht mehr benutzen, und Gastwirte dürften nicht einmal mehr das Auto ihrer Gäste verstellen.

In den letzten Wochen wurden bereits drakonische Strafen verhängt, die für große Empörung gesorgt haben und für die betroffenen Bürger existenzgefährdend sind. Ein Automechaniker wurde sogar schon bestraft, weil er das Auto eines ausländischen Urlaubsgastes repariert und in der Folge einer Probefahrt unterzogen hatte.

Eingedenk der beschriebenen Problematik haben sich mehr als 50 Personen mit einer offiziellen Beschwerde an die EU-Kommission gewandt, um prüfen zu lassen, ob das Dekret der italienischen Regierung (welches es Bürgern mit Wohnsitz in Italien untersagt, mit einem im Ausland zugelassenen Auto zu fahren) mit den EU-Gesetzen vereinbar ist.

Da das italienische Gesetzesdekret zudem die grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen Süd-Tirol und Österreich negativ beeinträchtigt, wurde auch die österreichische Bundesregierung informiert und um Unterstützung ersucht.

Auch im italienischen Parlament und im EU-Parlament hat es bereits Interventionen gegen das diskriminierende Dekret gegeben.

Nachdem eine betroffene Person gegen die verhängte Strafe Rekurs eingereicht hatte, wurde vom Friedensgericht in Meran nun schließlich festgestellt, dass das Dekret der italienischen Regierung EU-rechtswidrig ist und folglich nicht angewendet werden kann. Die Grundsätze der europäischen Union, welche zuvörderst den freien Personenverkehr und die Niederlassungsfreiheit festlegen, werden durch das Dekret verletzt, und es wird eine diskriminierende Benachteiligung gegenüber anderen EU-Bürgern geschaffen. Die Vollstreckbarkeit der Strafen wurde daher ausgesetzt.

Eine Überarbeitung der Bestimmungen des Dekretes ist somit politisch und juristisch unabdingbar.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Südtiroler Landtag
wolle beschließen:

Der Südtiroler Landtag spricht sich dagegen aus, dass alle Personen, die einen Wohnsitz auf dem italienischen Staatsgebiet haben, grundsätzlich nicht mehr mit einem Auto fahren dürfen, das im Ausland zugelassen ist, und fordert das italienische Parlament und die italienische Regierung daher auf, die gesetzlichen Vorschriften dahingehend abzuändern, dass – im Geiste der europäischen Einheit – auf die besonderen Erfordernisse von Grenzregionen wie Südtirol Rücksicht genommen wird und hierbei zuvörderst Personen mit grenzüberschreitenden Lebens- und Arbeitsrealitäten das Fahren mit einer ausländischen Autozulassung gestattet wird."

"Nel gennaio del 2019 il Governo ha emanato, nell'ambito del decreto sulla sicurezza, nuove disposizioni relative al codice della strada. Tali disposizioni prevedono che tutti i cittadini (italiani e stranieri) che hanno stabilito la residenza in Italia da oltre 60 giorni non possano più guidare un autoveicolo immatricolato all'estero. In caso di inadempienza si applica una multa da 712 a 2.848 euro, il documento di circolazione viene ritirato, la vettura non può più essere utilizzata e deve essere parcheggiata in un luogo non soggetto a pubblico passaggio. Il proprietario a questo punto ha fino a 180 giorni di tempo per cancellare l'immatricolazione del veicolo all'estero ed immatricolarlo in Italia o altrimenti richiedere il rilascio di un foglio di via per l'esportazione oltre confine. In caso contrario, il veicolo viene confiscato dallo Stato. Per la trascrizione del veicolo, oltre alle spese di immatricolazione (spese amministrative, assicurazione), lo Stato applica una tassa speciale fino a 2.500 euro, pertanto la spesa complessiva può arrivare fino a 4.500 euro.

Queste disposizioni costituiscono una grave discriminazione nei confronti di cittadini di altri Paesi membri dell'UE, in quanto limitano la libera circolazione delle persone nonché il diritto di libera scelta del luogo di residenza all'interno dell'UE, e infine costituiscono un'ingerenza ingiustificata nei confronti della proprietà privata.

Soprattutto in una zona di confine come la provincia di Bolzano, le disposizioni di questo decreto non sono applicabili, in quanto causano problemi irrisolvibili ai cittadini con realtà di vita e di lavoro transfrontaliere, come i pendolari di frontiera, le persone con relazioni di coppia transfrontaliere, le persone con doppia cittadinanza, i lavoratori stagionali, le imprese con attività transfrontaliere, gli operatori turistici e i cittadini con residenza in due Stati; infatti non è possibile cambiare l'immatricolazione dell'automobile ogni volta che si varca il confine.

Di seguito si riportano alcuni esempi concreti che dimostrano l'assurdità di tali iniziative isolate di stampo nazionalistico messe in atto da uno Stato dell'Europa unita e quali siano gli enormi problemi che ne derivano:

1. Un giovane della provincia di Bolzano vive con la moglie e i figli in un appartamento in comune a Merano. Lavora dal lunedì al venerdì a Monaco di Baviera, dove a tale scopo ha una seconda residenza. Secondo la legge tedesca, egli è tenuto ad immatricolare la sua auto in Germania, dove la utilizza per lavoro. Quando, nel fine settimana, si reca dalla sua famiglia in provincia di Bolzano, infrange la legge non appena varca il confine del Brennero. Per il giovane padre di famiglia non c'è soluzione, perché se tiene l'auto immatricolata in Germania, viaggerà illegalmente nella nostra provincia, ma se la registra in Italia, violerà la legge in Germania. L'interessato si è messo in contatto con la polizia stradale italiana, che gli ha consigliato quanto segue: "O lei rinuncia al suo posto di lavoro in Germania e torna in Italia, o si compra una seconda auto italiana che parcheggia alla frontiera, o si fa venire a prendere da sua moglie al Brennero".

2. Una cittadina germanica che vive in provincia di Bolzano riceve visita da suo padre malato di cancro, giunto dalla Germania con la propria auto immatricolata in quel paese. Durante una gita insieme, il padre non si sente bene e così la figlia si mette alla guida dell'auto del padre e viene fermata per un controllo dalla polizia: poiché la figlia è residente in Italia e guida un'auto straniera, le viene comminata un'ingente sanzione pecuniaria e le viene vietato di proseguire alla guida dell'auto. La figlia fa notare che suo padre ha urgente bisogno della sua auto per rientrare in Germania e continuare la terapia, ma gli agenti della polizia italiana reagiscono con indifferenza.

3. In provincia di Bolzano ci sono molti casi di rapporti di coppia transfrontalieri in cui i partner hanno a disposizione una sola auto. Se l'auto è registrata presso il partner che vive all'estero, il partner residente in provincia di Bolzano non può più guidare l'auto in Italia. Allo stesso modo il decreto legge colpisce anche i lavoratori stagionali che non possono rinunciare all'immatricolazione dell'automobile nel loro Paese d'origine solo perché lavorano in provincia di Bolzano per alcuni mesi.

Questi esempi concreti dimostrano chiaramente che il decreto legge è in contrasto con i principi dell'Europa unita ed è praticamente impossibile da attuare!

In futuro, un lavoratore stagionale dovrebbe infatti reimmatricolare la propria auto più volte all'anno, le persone con doppia cittadinanza non sarebbero più autorizzate ad usare l'automobile dei loro familiari e gli albergatori non potrebbero nemmeno più spostare le macchine dei loro ospiti.

Nelle ultime settimane sono già state comminate sanzioni draconiane che hanno provocato grande indignazione e hanno messo i cittadini interessati in serie difficoltà economiche. Un meccanico è stato addirittura sanzionato perché ha provato su strada l'auto di un turista straniero dopo averla riparata.

A fronte del problema sopra descritto, più di 50 persone hanno presentato una denuncia ufficiale alla Commissione europea affinché sia verificata la compatibilità con il diritto comunitario del decreto del Governo (che vieta ai cittadini con residenza in Italia di guidare un'automobile immatricolata all'estero).

Dato che il decreto legge italiano ha un effetto negativo anche sulle relazioni transfrontaliere tra la provincia di Bolzano e l'Austria, il Governo federale austriaco è stato informato e invitato a fornire il proprio appoggio.

Anche nel Parlamento italiano e in quello dell'Unione europea ci sono stati interventi contro il decreto discriminatorio.

A seguito del ricorso presentato da un interessato contro la sanzione inflittagli, un Giudice di pace di Merano ha infine stabilito che il decreto del Governo è contrario al diritto comunitario e non può quindi essere applicato. Il decreto viola i principi dell'Unione europea, che sanciscono in primo luogo la libera circolazione delle persone e la libera scelta del luogo di residenza, e discrimina i cittadini degli altri Stati membri dell'Unione europea. L'esecutività delle sanzioni è stata pertanto sospesa.

È quindi politicamente e giuridicamente indispensabile rivedere le disposizioni del decreto.

Per questi motivi i sottoscritti invitano

il Consiglio della Provincia autonoma
di Bolzano a deliberare come segue:

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano si dichiara contrario al principio secondo cui tutte le persone residenti in Italia non possono più guidare un'automobile immatricolata all'estero, e invita pertanto il Parlamento e il Governo a modificare la normativa in modo da tener conto, nello spirito dell'unità europea, delle specifiche esigenze delle zone di confine come la provincia di Bolzano e, in particolare, per consentire alle persone con condizioni di vita e di lavoro transfrontaliere di guidare con un documento di circolazione straniero."

Abgeordneter Knoll, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Inzwischen haben 26 weitere Abgeordnete den Begehrensantrag mit unterzeichnet. Ich verlese den Antrag:

"Ausländische KFZ-Zulassungen. Die italienische Regierung hat im Jänner 2019 im Rahmen des Sicherheitsdekrets neue Bestimmungen im Zusammenhang mit der Straßenverkehrsordnung erlassen. Diese sehen vor, dass alle Bürger (In- und Ausländer), die seit mehr als 60 Tagen einen Wohnsitz im italienischen Staatsgebiet haben, nicht mehr mit einem Pkw fahren dürfen, der im Ausland zugelassen ist. Bei Zuwiderhandlung wird eine Strafe zwischen 712 und 2.848 Euro verhängt, der Zulassungsschein wird eingezogen, das Auto darf nicht weiter benutzt und muss an einem nicht zugänglichen Ort abgestellt werden. Der Besitzer hat nun bis zu 180 Tage Zeit, sein Fahrzeug im Ausland ab- und in Italien anzumelden oder andernfalls eine Sondergenehmigung zu beantragen, es ins Ausland zu verfrachten. Sollte dies nicht geschehen, wird das Auto vom italienischen Staat beschlagnahmt. Für die Umschreibung des Fahrzeuges verlangt der italienische Staat neben den Zulassungskosten (Verwaltungsgebühren, Versicherung) obendrein noch eine Sondersteuer von bis zu 2.500 Euro, sodass Gesamtkosten von 4.500 Euro entstehen können.

Obgenannte Bestimmungen stellen eine grobe Diskriminierung gegenüber anderen EU-Bürgern dar, schränken den freien Personenverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit in der EU ein und sind ein ungerechtfertigter Eingriff in das persönliche Eigentum.

Gerade in einer Grenzregion wie Süd-Tirol sind die Bestimmungen dieses Dekrets nicht anwendbar, denn sie bereiten Bürgern mit grenzüberschreitenden Lebens- und Arbeitsrealitäten wie Grenzpendlern, Menschen mit grenzüberschreitenden Lebensgemeinschaften, Doppelstaatsbürgern, Saisonarbeitern, Unternehmen mit grenzübergreifender Tätigkeit, Tourismustreibenden sowie Bürgern mit Wohnsitzen in zwei Staaten unlösbare Probleme, da nicht jedes Mal beim Grenzübertritt die Autozulassung gewechselt werden kann.

Wie absurd derartige „nationale“ Alleingänge eines Staates im vereinten Europa sind und zu welchen enormen Problemen sie führen, zeigen folgende konkrete Beispiele:

1. Ein junger Süd-Tiroler lebt mit seiner Frau und den Kindern in einer gemeinsamen Wohnung in Meran. Er arbeitet von Montag bis Freitag in München, wo er zu diesem Zwecke ebenfalls mit einem Wohnsitz gemeldet ist. Laut deutschem Gesetz ist er verpflichtet, sein Auto in Deutschland anzumelden, wo er es auch für berufliche Zwecke nutzt. Sobald er am Wochenende mit seinem Auto zur Familie nach Süd-Tirol fährt, wird er ab der Brennergrenze zum Gesetzesbrecher. Für den jungen Familienvater gibt es keine Lösung, denn wenn er das Auto in Deutschland angemeldet lässt, ist er in Süd-Tirol illegal unterwegs, meldet er es hingegen in Italien an, verstößt er in Deutschland gegen die Gesetze. Der Betroffene hat sich an die italienische Straßenpolizei gewandt, die ihm Folgendes geraten hat: „Geben Sie Ihre Arbeit in Deutschland auf und kehren Sie nach Italien zurück, oder kaufen Sie sich ein zweites italienisches Auto, das Sie an der Grenze parken, bzw. lassen Sie sich von Ihrer Frau am Brenner abholen.“

2. Eine deutsche Staatsbürgerin, die in Süd-Tirol lebt, hat Besuch von ihrem krebserkrankten Vater aus Deutschland bekommen, der mit dem eigenen in Deutschland angemeldeten Auto angereist kam. Als die Tochter während eines gemeinsamen Ausfluges mit dem Auto des Vaters weitergefahren ist, weil sich dieser unwohl fühlte, kamen die beiden in eine Polizeikontrolle: Da die Tochter in Italien einen Wohnsitz hat und am Steuer eines ausländischen Autos saß, wurden eine hohe Geldstrafe verhängt und die weitere Benutzung des Autos untersagt. Auf den Hinweis der Tochter, dass ihr Vater sein Auto dringend für die Rückfahrt nach Deutschland benötigt, um dort seine Therapie fortzusetzen, reagierte die italienische Polizei mit Gleichgültigkeit.

3. In Süd-Tirol gibt es viele Fälle von grenzüberschreitenden Lebensgemeinschaften, bei denen die Partner nur über ein gemeinsames Auto verfügen. Wenn dieses Auto beim Partner im Ausland angemeldet ist, darf der in Süd-Tirol lebende Partner mit dem gemeinsamen Auto im Inland nicht mehr fahren. Ebenso trifft das Gesetzesdekret Saisonarbeiter, die ihre Autozulassung im Herkunftsland nicht aufgeben können, nur weil sie einige Monate in Süd-Tirol arbeiten.

Diese Fallbeispiele zeigen deutlich: Dieses Gesetzesdekret läuft den Grundsätzen eines vereinten Europas zuwider und ist praktisch nicht umsetzbar!

Ein Saisonarbeiter müsste demnach zukünftig mehrmals im Jahr das Auto umschreiben, Doppelstaatsbürger dürften das Auto der eigenen Familienangehörigen nicht mehr benutzen, und Gastwirte dürften nicht einmal mehr das Auto ihrer Gäste verstellen.

In den letzten Wochen wurden bereits drakonische Strafen verhängt, die für große Empörung gesorgt haben und für die betroffenen Bürger existenzgefährdend sind. Ein Automechaniker wurde sogar schon bestraft, weil er das Auto eines ausländischen Urlaubsgastes repariert und in der Folge einer Probefahrt unterzogen hatte.

Eingedenk der beschriebenen Problematik haben sich mehr als 50 Personen mit einer offiziellen Beschwerde an die EU-Kommission gewandt, um prüfen zu lassen, ob das Dekret der italienischen Regierung (welches es Bürgern mit Wohnsitz in Italien untersagt, mit einem im Ausland zugelassenen Auto zu fahren) mit den EU-Gesetzen vereinbar ist.

Da das italienische Gesetzesdekret zudem die grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen Süd-Tirol und Österreich negativ beeinträchtigt, wurde auch die österreichische Bundesregierung informiert und um Unterstützung ersucht.

Auch im italienischen Parlament und im EU-Parlament hat es bereits Interventionen gegen das diskriminierende Dekret gegeben.

Nachdem eine betroffene Person gegen die verhängte Strafe Rekurs eingereicht hatte, wurde vom Friedensgericht in Meran nun schließlich festgestellt, dass das Dekret der italienischen Regierung EU-rechtswidrig ist und folglich nicht angewendet werden kann. Die Grundsätze der europäischen Union, welche zuvörderst den freien Personenverkehr und die Niederlassungsfreiheit festlegen, werden durch das Dekret verletzt, und es wird eine diskriminierende Benachteiligung gegenüber anderen EU-Bürgern geschaffen. Die Vollstreckbarkeit der Strafen wurde daher ausgesetzt.

Eine Überarbeitung der Bestimmungen des Dekretes ist somit politisch und juristisch unabdingbar.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag:

*Der Südtiroler Landtag
wolle beschließen:*

Der Südtiroler Landtag spricht sich dagegen aus, dass alle Personen, die einen Wohnsitz auf dem italienischen Staatsgebiet haben, grundsätzlich nicht mehr mit einem Auto fahren dürfen, das im Ausland zugelassen ist, und fordert das italienische Parlament und die italienische Regierung daher auf, die gesetzlichen Vorschriften dahingehend abzuändern, dass – im Geiste der europäischen Einheit – auf die besonderen Erfordernisse von Grenzregionen wie Südtirol Rücksicht genommen wird und hierbei zuvörderst Personen mit grenzüberschreitenden Lebens- und Arbeitsrealitäten das Fahren mit einer ausländischen Autozulassung gestattet wird."

Das Problem der ausländischen Autozulassungen. Dieses Dekret, das von der italienischen Regierung gemacht wurde, wurde eigentlich aus einem ganz anderen Zweck gemacht. Der Zweck dieses Dekretes war es, die Steuerhinterziehung zu unterbinden. Es gibt – das muss man sagen – wie überall Schlaumeier, die daraus ein Geschäftsmodell entwickelt haben, indem sie teilweise Autos im Ausland angemeldet haben, zugelassen haben, diese unter der Hand in Italien auch weiter vermittelt haben und es so effektiv dazu gekommen ist, dass Personen, die überhaupt gar keine Lebensrealitäten oder Beziehungen zum Ausland haben, plötzlich mit einem ausländischen Auto gefahren sind. Das hat natürlich zu Problemen geführt, zum einen steuerrechtlicher Natur, weil die Besteuerung der Autos in den unterschiedlichen Staaten unterschiedlich ist. Die Besteuerung hat nicht mehr im italienischen Staat stattgefunden, sondern in einem anderen Staat. Zum anderen sind es auch die Sicherheitsaspekte, weil gewisse Sicherheitsvorschriften, die vielleicht in Italien gelten, in Rumänien oder in anderen Staaten in der EU nicht in derselben Art und Weise gelten. Bis zu diesem Punkt könnte man das Gesetzesdekret auch noch unterzeichnen oder unterstützen, zumal auch andere Staaten – das muss man ganz offen sagen – auch ähnliche Regelungen haben. Hier bildet Italien ja keine Ausnahme.

Problematisch wird es aber, wenn dieses Gesetz nicht jene bestraft, die eigentlich die Steuerhinterziehung sozusagen im Sinne haben, sondern anfängt, normale Bürger zu bestrafen, die gar keine andere Möglichkeit haben. Denn, wie bereits gesagt, wenn eine Person im Ausland arbeitet und deswegen zwei Wohnsitze hat und dieses Auto im Ausland für Berufszwecke benötigt, ist diese Person gezwungen, das Auto im Ausland anzumelden. Oder wenn eine Person Familienangehörige im Ausland hat, das Auto der eigenen Familienangehörigen nicht mehr verwenden darf. Ich finde den krassesten aller Fälle jenen, wenn der Frau, die das Auto des Vaters einige Minuten oder Stunden gefahren hat, plötzlich das Auto beschlagnahmt wird und der Besitzer nicht mehr selbst mit diesem Auto nach Hause fahren darf, dann hat das nichts mehr mit dem ursprünglichen Sinn des Gesetzes zu tun, dass man die Steuerhinterziehung unterbinden möchte.

Meiner Meinung nach, und das ist meine europäische Überzeugung, bräuchte es hier eine gesamteuropäische Lösung, das heißt, dass in Gesamteuropa einheitliche Gesetzesbestimmungen, was die Besteuerung anbelangt, vorherrschen, also dass nicht ein Staat das Auto billiger besteuert als ein anderer Staat, dass es einheitliche Regelungen gibt, was die Sicherheitsvorschriften anbelangt, weil dann dieses Geschäftsmodell, ein Auto vielleicht in Rumänien anzumelden, von alleine aufhört. Es würde aber den Bürgern, die effektiv grenzüberschreitende Lebensbeziehungen beruflicher oder privater Natur haben, durchaus die Möglichkeit einräumen, auch ein Auto, das in Deutschland, in Frankreich, in Österreich oder wo auch immer gemeldet ist, in einem anderen Staat zu fahren. Die Realität sieht heute so aus, dass Menschen auch über die Grenzen hinweg Lebensbeziehungen haben, dass vielleicht junge Menschen einmal ein halbes Jahr in einem Land arbeiten und dann in ein anderes Land gehen und dort arbeiten, vielleicht auch studieren. Man kann von den Menschen eigentlich nicht erwarten, dass sie jedes Mal das Auto abmelden, vor allem wenn durch die Umschreibekosten, durch die Ökosteuern usw. bis zu 4.500 Euro entstehen. Das muss man sich einmal vorstellen. Das ist für einen normalen Verdiener ja nicht leistbar.

Dann haben wir in Südtirol in den letzten Wochen und Monaten das Problem noch dazu gehabt, dass so viele Personen das Auto umschreiben wollten und deshalb die Vormerkzeiten für die Umschreibung bis zu 6 Wochen gedauert haben. Das heißt, dass ich ein Auto habe, das ich beruflich brauche, darf aber 6 Wochen lang nicht mehr mit diesem Auto fahren. Eine Ungarin hat mir zum Beispiel gemeldet, dass man zu Beginn des Jahres das ungarische Auto in Südtirol noch abmelden konnte. Diese Bestimmung wurde auch geändert, das heißt das Auto kann nur noch in Ungarn abgemeldet werden. Das Auto ist ihr in Südtirol beschlagnahmt worden. Sie durfte also mit dem ungarischen Auto nicht mehr nach Ungarn zurückfahren, um das Auto in Ungarn abzumelden, sondern von der Polizei wurde verlangt, dass ein Verwandter von ihr von Ungarn nach Südtirol kommt, das Auto übernimmt und nach Ungarn fährt, dort abmeldet und mit einer Probekennzeichen wieder nach Südtirol zurückfährt, um es dann in Südtirol anmelden zu können. Das ist für normale Bürger undurchführbar.

Deswegen ersuchen wir mit diesem Begehrensantrag die italienische Regierung, eine Sonderregelung zu treffen für die Personen, denen es nicht um die Steuerhinterziehung geht, sondern die, besonders in den Grenzregionen, keine andere Möglichkeit haben. Da auch andere Kollegen sich für dieses Anliegen eingesetzt haben – wir finden, dass das nicht eine parteipolitische Angelegenheit sein sollte –, haben wir diesen Vorschlag von mehreren Kollegen gerne aufgegriffen, dass dieser Antrag von mehreren Parteien und Abgeordneten mitunterzeichnet wird, weil wir glauben, dass dann auch das Zeichen an die italienische Regierung ein wesentlich stärkeres sein wird.

URZì (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): In primo luogo una volta tanto, invece di attendere una presa di posizione da parte del governo provinciale, della Giunta provinciale, mi attendo una presa di posizione da parte dei rappresentanti del Governo nazionale che qui in aula siedono, quindi la Lega e il Movimento 5 Stelle, che rispetto a questo decreto ovviamente possono vantare la paternità, in modo che il dibattito sia arricchito di valutazioni e argomentazioni.

Detto questo, concordo su un aspetto, un passaggio dell'intervento del collega Knoll, quando ha detto che lui è per una soluzione europea, che valga sull'intera Unione Europea, poi però non si può presentare – e ringrazio peraltro per avere proposto anche al nostro gruppo la possibilità di sottoscrivere il documento, questo lo apprezzo molto come gesto – un documento che chiede tutt'altro, non chiede una soluzione europea, chiede una soluzione *ad hoc* solo per alcune aree in particolare di confine e in particolare la nostra, nello specifico e quindi non propone né una soluzione nazionale, né una soluzione europea, ma una soluzione-tampone solo per alcuni casi. Dimostro alcune incongruenze rispetto a questa posizione, perché quando si cita nell'illustrazione il caso di un giovane della Provincia di Bolzano, che vive in un appartamento a Merano, lavora da lunedì a venerdì a Monaco e ha lì una seconda residenza, il collega Knoll, e gli altri firmatari, dicono che secondo la legge tedesca è tenuto a immatricolare la sua auto in Germania, dove la utilizza per lavoro. Io posso dire che secondo la legge italiana è tenuto a immatricolare l'auto in Italia e quindi non è che si può dire che siccome la Germania costringe a immatricolare l'auto in Germania, allora è giusto che l'Italia non costringa a immatricolare l'auto in Italia. È la stessa identica cosa, allora ecco che la soluzione deve essere europea, perché proprio ella motivazione si dice che non regge la richiesta che è stata proposta.

Oppure l'altro caso del meccanico che guida l'auto del turista tedesco o olandese, che si è rotta, e poi incorre nella sanzione, ma non succede a Merano o a Bolzano, può succedere anche a Palermo o a Caltanissetta, nel senso che è un tema che non riguarda l'aspetto transfrontaliero – peraltro come ha risolto il

problema? Siccome erano le cronache, era il collega Knoll con la sua automobile targata Austria e siamo preoccupati perché i giornali avevano scritto che ha un'auto targata Austria. Io capisco che la cosa possa creare un'evidente difficoltà -, io non nego questa difficoltà, ma la soluzione sia europea.

È la proposta che è quindi incongruente, perché il problema non è un problema dell'Alto Adige, il problema è eventualmente un problema più generale, ma non si può dire che il problema dell'Italia è perché la Germania costringe a fare la stessa cosa che fa l'Italia, perché questa non è una motivazione, una giustificazione sufficiente per poter chiedere un intervento di questo tipo.

Per questa ragione, e solo per questa ragione, presidente, non potrò votare a favore di questo documento.

PRÄSIDENT: Nachdem es bereits 13.00 Uhr ist, unterbreche ich die Sitzung bis 14.30 Uhr.

ORE 12.59 UHR

ORE 14. 32 UHR

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir fahren mit der Behandlung des Begehrensantrages Nr. 4/19 fort.

Frau Hochgruber Kuenzer, bitte.

HOCHGRUBER KUENZER (Landesrätin für Raumordnung und Landschaftsschutz, Denkmalschutz - SVP): Danke, Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Natürlich unterstützen wir das alle und ich glaube jeden von uns trifft es in seiner Familie, wenn es diese Problematik, die der italienische Staat 2019 einführen wollte, aus welchem Grund auch immer, gibt. Es trifft – das kann ich einfach sagen – immer die Kleinen, die ausländischen Arbeiter, die aus anderen EU-Ländern zu uns kommen und hier arbeiten und dann Schwierigkeiten haben, das Auto mitzunehmen. Das trifft auch Menschen – dem kann ich nur zustimmen –, und zwar gerade uns als Grenzland, die im Bundesland Tirol arbeiten. Im Beispiel sind Extrembeispiele aufgezeigt, aber es ist eigentlich so, dass man in Familien teilweise zu Hause zwei Autos stehen hat und mit einem außerhalb nicht fahren kann, wenn man arbeiten geht, vor allem wenn es das Bundesland Tirol anbelangt. Für mich ist das nicht nachvollziehbar.

Ich glaube die Leute haben einfach achselzuckend reagiert und es ist richtig, dass wir als politische Vertreter im Land neben den römischen Vertretern und Parlamentarier, die sich dort einsetzen, auch die Stimme erheben und sagen, so nicht. Diese Maßnahme ist, glaube ich, nicht in Stein gemeißelt, die der italienische Staat damit praktisch getroffen hat. Das sollten wir so schnell wie möglich gemeinsam mit einem Begehrensantrag und mit der Intervention der römischen Abgeordneten ändern.

Eines, dem ich sehr viel abgewinnen hat, ist, dass eine europäische Lösung gesucht werden soll. Ich bin davon überzeugt, dass es bei freiem Warenaustausch doch möglich sein muss, dass wir auch bei den Kennzeichen eine freie Fahrt - wir haben nicht mehr die Grenzen - möglich sein muss. Hier sollten wir, denke ich, auch in eine andere Richtung gehen. Man könnte beim zukünftigen Dreier-Landtag beantragen, dass wir auf europäischer Ebene in diese Richtung gehen. Der Europagedanke muss von unten nach oben getragen werden. Wir merken es, wenn Europa so weit weg ist, gerade deshalb, wenn jetzt Europawahlen sind und viele Menschen nicht mehr wissen, was sie damit anfangen sollen. Ein ganz kleines Beispiel wäre ein gemeinsames Kennzeichen dahingehend, ich weiß, ich bin Europäer bzw. Europäerin.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Io mi trovo un po' in difficoltà, perché ho firmato comunque questa mozione e perché sono d'accordo che potrebbero essere introdotte delle norme che fanno sì che questo divieto diventi un po' più morbido, però dobbiamo vedere qual è stata l'intenzione del Governo all'interno del decreto-sicurezza, quello di limitare una grandissima evasione ed elusione fiscale che era diffusissima qui nel nostro territorio.

Io ricordo quando portavo mia figlia dalla Tagesmutter a Egna e tanti miei colleghi imprenditori, la portavano con un *Porsche* targato EBE, targato Rosenheim, non pagando le tasse. Questo tra l'altro è un danno per la Provincia, perché la tassa automobilistica è provinciale.

Al di là di questi piccoli esempi che abbiamo visto e che meritano attenzione, c'è comunque sotto una grossa elusione ai danni della Provincia e su questo il decreto ha posto un rimedio.

Poi dopo anche negli esempi fatti, conoscendo un po' per esperienza, perché siamo stati in Polizia anche con il collega Repetto, se una macchina viene fermata perché un padre sta male o così, io ho esperienza che la Polizia italiana su queste cose è più flessibile della Polizia tedesca, non è un luogo comune, però io vorrei vedere l'effetto contrario di un italiano che guida in Germania un'auto con targa italiana. Sicuramente verrebbe sequestrata se la legge prevede il sequestro e l'esempio anche del meccanico, anche lì provengo da una famiglia di meccanici, quando un meccanico fa un test su una macchina, deve avere la targa prova, non può andare in strada con una macchina, probabilmente anche difettosa, senza la targa prova, questo è un obbligo che esiste in Italia, esiste in Germania e secondo ma anche in Germania sarebbe incorso comunque in un sequestro della macchina senza targa prova, che è proprio fatta per coprire l'assicurazione della macchina.

Detto questo, sono convinto che si può ammorbidire la situazione, per chi in famiglia ha una macchina o due macchine, o comunque famiglie che lavorano transfrontaliere, comunque bisogna stare attenti a non stravolgere poi il senso di questa norma, che era quello di evitare l'evasione fiscale, perché appena noi apriamo un piccolo varco, io sono sicuro che subito arriva dentro la macchina, il *Porche* che ha più di 100 kW, dunque c'è un'altra forma di elusione che subito entra perché noi abbiamo fatto una piccola eccezione per la nostra provincia. Grazie!

UNTERHOLZNER (Team Köllensperger): Diese Maßnahme zeigt einmal mehr, wie europafreundlich unsere römische Regierung ist. Wir leben in Europa, wir predigen für Europa, wir plädieren für Europa und genau das Gegenteil wird hiermit erreicht. Es darf einfach nicht sein, dass man in der heutigen Zeit, wenn ich einen Führerschein in Italien, in Deutschland oder Österreich habe, in irgendeinem europäischen Land nicht mehr fahren darf. Wenn ein Auto irgendwo in Europa zugelassen wurde, die Steuern und die Versicherung bezahlt, dann muss es einfach befahrbar sein.

Zum Zweiten. Was Kollege Nicolini bezüglich des Probekennzeichens gesagt hat, das stimmt. Die Automechaniker haben in der Regel Probekennzeichen, aber das ist kein Muss. Es gibt zig-Fälle. Meran ist die Hochburg mit den ganzen Ahndungen. Es gibt derzeit über 50 beschlagnahmte Autos nur in der Gegend von Meran. Eines ist unter anderem auch von meiner ex-Firma betroffen. Wir haben in Deutschland zwei Firmen, haben logischerweise Fahrzeuge im Firmenpool und die Südtiroler Arbeiter dürfen mit diesen Autos nicht mehr nach Italien fahren. Das ist ein kompletter Nonsens. Einige andere Unternehmen haben mich kontaktiert und gefragt, wie sie damit umgehen sollen. Sie haben in Deutschland eine Filiale, fahren mit dem in München zugelassenen Auto und dürfen mit dem eigenen Auto nicht mehr fahren, weil das Auto auf die Münchner Firma zugelassen ist. Deshalb sind solche Aktionen gut und da sollten wir wirklich alle zusammenhalten. Das dürfen wir einfach nicht dulden. Wir sollten "ohne Wenn und Aber" einen starken Akzent setzen. Das geht komplett kontraproduktiv gegen Europa und nicht für Europa. Danke!

VETTORI (Lega Alto Adige – Südtirol): Stimolati dalla richiesta del cons. Urzi, in quanto forza di Governo romano, dobbiamo prendere le difese del decreto-sicurezza – è il nuovo corso del partito. Il decreto-sicurezza, nella tematica della targa e dell'immatricolazione delle auto, è una misura che è nata per monitorare un attimo quel flusso di auto che arrivano dalla Romania. Noi sappiamo poi che la forma di controllo dell'immatricolazione delle auto è data semplicemente – come ricordava bene il cons. Nicolini – per combattere l'evasione fiscale, perché se una persona abita, risiede nel territorio nazionale, è qui che deve pagare le tasse e non cercare tutti gli *escamotage* possibili per sfuggire ai doveri che un buon cittadino deve avere nei confronti dello Stato in cui risiede. Detto questo poi, noi ci stiamo impegnando a livello di tassazione per rendere la pressione fiscale una pressione più lieve nei confronti delle imprese e dei cittadini italiani. Sulla mozione del collega Knoll, come Lega noi voteremo contro, sapendo benissimo però che in ambito romano ci sono già delle consultazioni e dei colloqui per venire incontro a tutta quella categoria di persone che, abitando in zone di confine, o chiamati transfrontalieri, hanno la necessità di avere una deroga rispetto a questo articolo del decreto-sicurezza. È una cosa che si sta già portando avanti a livello di Governo centrale a Roma e quindi ben venga da parte nostra e da parte dei nostri onorevoli nel consesso romano di portare al più presto delle notizie favorevoli rispetto a questa discussione, però noi convintamente non possiamo andare contro quello che è uno dei capisaldi del decreto-sicurezza.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Man erkennt sicher die Absicht dahinter, dass es hier darum geht, Steuersünder herauszufischen, dass diese sozusagen nicht mehr die Möglichkeit haben, den Staat um bestimmte Steuern, die ihm zustehen, herzubringen. Es ist so, dass es über das eigentliche Ziel hinaus geht und das ist zu viel des Guten.

Das Gesetz wurde gemacht. Jetzt geht es um konkrete Fälle, besonders in Südtirol in einem Grenzgebiet kommt man dann drauf, dass es einzelne Fälle gibt. Es sind nicht nur einzelne Fälle in dem Sinne von wenigen, sondern es gibt individuelle Fälle, die nicht passend sind, wo das mehr Schwierigkeiten als Sinnhaftigkeit mit sich bringt. Die Problematik bei diesem Gesetz gilt es hier aufzuzeigen und den Vertretern in Rom aufzuzeigen, dass es besonders für Grenzgebiete schwierig ist, so eine Art von Gesetz zu machen.

Die Problematik ist jene, dass in anderen Ländern zwar auch vorgesehen ist, dass der Wohnsitz mit der Meldung des Fahrzeuges zusammenstimmen muss, aber der Unterschied ist, dass dort nicht vorgesehen ist, dass man als Ansässiger nicht mit einem Auto fahren darf, das ein anderes Kennzeichen hat. Das ist der Unterschied und das ist das, was bei dem Ganzen über das Ziel hinausschießt. Dadurch haben wir die Problematiken im Gastgewerbe mit den ausländischen Mitarbeitern, auf die wir angewiesen sind, dass diese große Ängste haben, nach Südtirol zu kommen. Wir laufen Gefahr, dass diese sich auch anders überlegen, ob sie überhaupt noch nach Südtirol kommen, weil es diese Problematiken gibt. Die ganze Umschreibung, die finanzielle Problematik, auch das bringt Probleme mit sich, wo man sich möglicherweise entscheidet, irgendwo anders einen Arbeitsplatz zu suchen. Das bringt weitere Probleme für Südtirol mit sich dahingehend, dass wir einen großen Mangel an notwendigen Mitarbeitern haben.

Wir haben beispielsweise auch Korrespondenzen zugeschickt bekommen, wo Personen bei den verschiedenen Behörden wie zum Beispiel in der Gemeinde, bei der Polizei nachgefragt haben, wie sie sich in dieser Situation verhalten sollen, wenn sie beispielsweise einige Zeit in Südtirol wohnen und beruflich verbringen. Wenn in zwei Gemeinden nachgefragt wurde, dann haben sie von beiden Gemeinden unterschiedliche Antworten bekommen. Wenn sie bei den Carabinieri und der Gemeindepolizei nachgefragt haben, dann haben sie auch unterschiedliche Rückmeldungen bekommen. Unterm Strich muss man sagen, dass aber keine klare und keine brauchbare Antwort dabei war. Hier sieht man, wie absurd dieses Gesetz in der Anwendung ist. Das Ungerechte dabei ist, dass gleich schon von den Polizeikräften hart durchgegriffen und mit Sanktionen gleich das Auto den Menschen regelrecht beschlagnahmt wird. Diese Ungerechtigkeit, und dass das Ganze wirklich in Bezug auf die EU nicht im Einklang ist. Dies gilt es aufzuzeigen mit einem starken Zeichen aus dem Südtiroler Landtag, indem wir diesem Beschlussantrag zustimmen, damit wir auch für Rom aufzeigen können, dass es für Südtirol in einem Grenzgebiet einfach notwendig ist, eine Ausnahmeregelung zu finden.

ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung, Ladinische Kultur, Verkehrsnetz, Mobilität - SVP): Mit der Änderung von Artikel 93 des Gesetzesdekretes vom Oktober 2018 ist diese neue Regelung eingetreten. In unserem Grenzgebiet hat das zu massiven Problemen geführt, das stimmt. Das hat zu Schwierigkeiten für unsere Familien, für unsere Betriebe geführt. Allerdings ist es so, wie es vorhin angedeutet worden ist, dass diese Regelung nicht eine Regelung ist, die jetzt neu frei erfunden worden ist, sondern es ist wieder einmal eine Schwachstelle in der europäischen Zusammenarbeit und in der europäischen Integration. Diese Regelung gilt zum Beispiel auch in Deutschland, in Österreich und in anderen europäischen Staaten. Das heißt, wo muss das eigene Auto zugelassen sein? Da gibt es sicherlich Schwierigkeiten. Natürlich hat die Änderung des Gesetzesdekretes wieder einmal, das ist meine persönliche Meinung, die Anforderung übertroffen. Das hat für uns zu vielen Problemen geführt.

Unsere Südtiroler Parlamentarier in Rom haben sich bereits eingesetzt. Ich nenne hier zum Beispiel zwei Anfragen direkt im Senat am 7. und 19. Februar in der Verkehrskommission. Allerdings sind hier noch keine konkreten Antworten von Seiten der Regierung da. Anschließend gab es auch Treffen mit den verschiedenen Ministerien. Wir haben das Thema sehr ernst genommen gleich am Anfang schon und haben unsere schriftliche Meldungen bereitgestellt. Es laufen derzeit Gespräche – das, was der Kollege Vettori vorhin angesprochen hat, ist wahr - auf Regierungsebene, wo man speziell für einige Situationen Änderungen einführen möchte, das heißt Ausnahmeregelungen bei grenzüberschreitender Kooperation, Arbeit, familiäre Gründen oder, wie Sie es, Kollege Knoll, vorhin gesagt haben, Saisonarbeit. Diesbezüglich sollten neue Regelungen kommen. Es ist so, dass in der nächsten Regionenkonferenz auch dieses Thema auf der Tagesordnung sein wird, das heißt wir möchten uns als Südtirol in dieser Konferenz auch dafür einsetzen, dass wir gerade das, was in diesem Begehrensantrag gefordert wird, nochmals einbringen und dementsprechend auch mit der Un-

terstützung des Landtages diesen Begehrensantrag vehement verteidigen. Von dem her ist es, glaube ich, sehr sinnvoll, dass wir diese gemeinsame Stimme auch weitergeben.

Ein Punkt noch im konkreten Falle. Die Regelung, die es im europäischen Kontext und in anderen Staaten auch gibt, gibt es auch aus dem Grund, dass man in den verschiedenen Staaten sonst nicht genau nachweisen kann, ob die einzelnen Fahrzeuge versichert sind. In Italien ist man zurzeit nicht in der Lage zu kontrollieren, ob das Auto in einem anderen Staat versichert ist und umgekehrt. Ich glaube schon, dass das wieder ein Thema ist, das man auf europäischer Ebenen lösen müsste, weil sich dann die Kennzeichenfrage sehr viel leichter lösen würde. Das ist wieder einmal ein Thema, wo europäische Integration nicht konkret umgesetzt wird. Ich hoffe, dass diese Anregung auch auf europäischer Ebene eingebracht werden kann. Aus diesem Grund finde ich es richtig, dass wir weiterhin unsere Parlamentarier stärken, sich weiter aktiv zu machen, um eine Lösung zu finden.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich danke allen Kollegen, die diesen Antrag mit unterzeichnet und sich an der Diskussion beteiligt haben. Es ist, glaube ich, wichtig festzustellen, dass es inzwischen ein Gerichtsurteil gibt. Das Friedensgericht in Meran hat festgestellt, dass diese Regelung EU-rechtswidrig ist. Deswegen wurde die Vollstreckung der Strafen ausgesetzt. Das ist, glaube ich, schon auch ein wichtiger Schritt, den man der Regierung entgegenhalten kann. Also das ist nicht nur, weil wir uns das wünschen oder weil wir gerne mit einem ausländischen Kennzeichen fahren würden, sondern weil die Regelung in dieser Form effektiv EU-rechtswidrig ist. Das ist, glaube ich, auch die Argumentation, auf die man aufbauen muss.

Ich möchte jetzt auf zwei Punkte eingehen, die von den Vorrednern genannt wurden. Die europäische Lösung, die Kollegin Hochgruber Kuenzer genannt hat, wäre mir auch die liebste, dass man sagt, man hat eine europäische Kennzeichenregelung oder zumindest einen Austausch auch der Versicherungsdaten, weil es effektiv ein Problem ist, dass man nicht weiß, ob das Auto in einem anderen Land versichert ist oder nicht, aber es wäre technisch möglich, dass man die Versicherungsdaten aushändigt. Man braucht sich nur mal ein bisschen vorstellen, wenn das in anderen Bereichen auch greifen würde, dass beispielsweise kein Flugzeug über Italien fliegen darf, das nicht in Italien gemeldet ist, sodass es jedes Mal zum Grenzflughafen runterfliegen müsste. Wir könnten das ja weiterspinnen. Ein Mobiltelefon darf nur von einem Staatsbürger benützt werden, wenn das in Italien gemeldet ist. Das kann ich auf alle Bereiche des Lebens ausweiten und bis ins Absurde führen.

Der Kollege von der Fünf-Sterne-Bewegung hat zu Recht darauf hingewiesen, was mit den sogenannten Schlaumeiern ist, die mit ausländischen Kennzeichen fahren, weil sie aus steuerlichen Gründen ein Rosenheimer Kennzeichen usw. haben. Ich habe dem Begehrensantrag bewusst das Gesetzesdekret beigelegt, weil genau diese Personen ausgenommen sind. Dort stehen wortwörtlich die Worte "Leasingwagen sind von dieser Bestimmung ausgenommen" drinnen und diese Personen haben alle Leasingwagen. Genau diejenigen, die man eigentlich mit diesem Dekret bestrafen wollte, sind von dieser Bestimmung ausgenommen. Bestraft werden die unschuldigen Bürger, die gar keine andere Möglichkeit haben.

Der Kollege Urzi hat zwar gemeint, dass, wenn Deutschland das verlangt, Italien das auch verlangen kann. Gerade da sieht man, dass man eine Regelung finden müsste auch bilateral. Ich würde mir eine europäische Lösung wünschen. In der derzeitigen Konstellation der EU, wo die EU die Zeiteinstellung jedem Staat alleine überlassen will, ob Winter- oder Sommerzeit, sind wir meilenweit davon entfernt, eine europäische Regelung für ein EU-Kennzeichen oder für eine Autozulassung zu finden. Deswegen wird der Weg, glaube ich, in die Richtung gehen, dass man versucht, bilateral zwischen den Staaten Lösungen zu finden. Das einfachste wäre, meiner Meinung nach, dass sich die Staaten die Daten austauschen und gegenseitig das Fahren mit einem ausländischen Auto anerkennen. Das betrifft genauso die Italiener, die in Deutschland und Österreich leben und arbeiten.

Wir haben aufgerufen, dass sich Menschen an dieser Beschwerde der EU-Kommission beteiligen sollen. Es haben sich sehr viele Italiener aus Italien beteiligt, die beispielsweise darauf aufmerksam gemacht haben, dass sie aus einer Familie aus einem oberitalienischen Raum stammen, wie zum Beispiel eine Eisbacherfamilie, die in Deutschland lebt, das ganze Jahr über dort einen Betrieb hat, in Italien nicht den Wohnsitz aufgeben möchte, weil in Italien Familienangehörige leben und sie in den Sommerferien immer wieder nach Italien zurückkommen. Dadurch, dass sie in Deutschland leben und arbeiten, haben sie ihre Autos in Deutschland angemeldet, können aber nicht mehr in ihre eigene Heimat zurückkommen mit dem italienischen Auto. Das betrifft die Italiener genauso.

Wenn sich das die Staaten bilateral anerkennen würden, dann wäre das relativ leicht zu lösen. Es braucht hier einfach nur ein bisschen auch Fingerspitzengefühl, dass man der Regierung auch zu verstehen gibt, dass mit diesem Dekret einfach die Falschen bestraft werden und dass man eine Regelung für die Menschen gerade in Südtirol findet. Das betrifft die Schweiz, die Grenzpendler im Vinschgau, Österreich mit der Nähe zu Nord- und Osttirol, aber auch Deutschland und dann vielleicht noch ein bisschen die Saisonarbeitskräfte, die aus Ungarn, der Slowakei usw. kommen. Das ist relativ einfach zu lösen, wenn man an die Sache bilateral mit ein bisschen guten Willen herangehen möchte. Deshalb eine Bitte an die Lega. Wenn Ihr schon nicht zustimmen könnt, dann ersuche ich, auf die Regierung zu intervenieren, um auf diese besondere Situation in Südtirol aufmerksam zu machen, dass es hier nicht darum geht, Steuerhinterziehung zu schützen, sondern einfach für Menschen, die in einer grenzüberschreitenden Lebenssituation sind, das Leben zu erleichtern.

Der Kollege Urzì hat mich persönlich genannt. Deswegen möchte ich persönlich darauf antworten. Die Hälfte meiner Familie stammt aus Nordtirol. Ich habe in Nordtirol einen Betrieb, ein Unternehmen, habe deswegen auch dort mein Auto, weil ich es für betriebliche Zwecke nutze und habe es dort auch angemeldet. Ich muss es irgendwo anmelden. Wir haben die Regelung für meine Familie getroffen. Wir haben zwei Autos, ein Auto haben wir in Nordtirol angemeldet, eines in Südtirol, aber das ist keine praktische Lösung. Wenn man hier mit ein bisschen guten Willen eine Lösung findet, die den Studenten, den Arbeitern, den Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft, den grenzüberschreitenden Lebensbeziehungen einfach die Möglichkeit einräumt, hier legal auf dem Weg zu sein, dann tun wir, glaube ich, den Menschen einen Gefallen. Wenn wir eine europäische Lösung finden, dann ist es umso besser, denn dann gibt es auch keine Steuerhinterziehung.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Begehrensantrag Nr. 4/19 ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 27 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen genehmigt.

Punkt 6 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 59/19 vom 4.3.2019, eingebracht vom Abgeordneten Urzì, betreffend: Öffentliche Parteienfinanzierung durch das Land."**

Punto 6) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 59/19 del 4/3/2019, presentata dal consigliere Urzì, riguardante: Finanziamento pubblico provinciale ai partiti."**

In der Sitzungsfolge des Südtiroler Landtages im Dezember 2016 wurde der Gesetzentwurf Nr. 106 „Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen 2017-2019“ behandelt und genehmigt. Bei der Debatte im Plenum brachte die Landtagsfraktion „L'Alto Adige nel cuore“ eine Tagesordnung ein, in der der Landtag dazu aufgefordert wird, „jedwede Möglichkeit einer öffentlichen Parteienfinanzierung durch das Land, die im Rahmen der Ausarbeitung des gegenständlichen Gesetzentwurfs in Aussicht gestellt wurde“, auszuschließen.“

Während der Debatte im Plenum ergriffen zahlreiche Abgeordnete das Wort, darunter auch Sven Knoll (Südtiroler Freiheit), laut dem man die Kosten der Politik nicht mit den Kosten für die Politiker verwechseln sollte: „Wir könnten diesem Antrag zustimmen, unter der Voraussetzung, dass ihn der Einbringer abändert, und zwar in dem Sinn, dass aus einem Nein zur öffentlichen Parteienfinanzierung ein Ja zur öffentlichen Parteienfinanzierung wird. Wir sind der Ansicht, dass man Politik-Kosten und Politiker-Kosten nicht vermischen sollte.“

Der Abgeordnete fügte hinzu: „Die Demokratie lebt nicht davon, dass sie die billigste Regierungsform haben sollte, sondern die beste Regierungsform. Wir erleben leider in ganz Europa eine postdemokratische Gesellschaft, in der nicht mehr die Frage gestellt wird, wer es am besten macht, sondern wer es am billigsten macht. Das ist eine Demokratie, die ich für gefährlich halte, denn diese Demokratie stellt sich im Grunde genommen selbst in Frage. Es geht hier nicht um Privilegien von Parteien, sondern es geht um die Grundsatzfrage, der wir uns als Politiker ganz offen stellen müssen: Was darf eine Demokratie kosten bzw. was muss eine Demokratie kosten, um funktionieren zu können? Parteien sind keine selbstausgewählte elitäre Gruppen, die sich anschicken, über die Bevölkerung hinweg zu regieren, sondern Parteien sind der Spiegel der Gesellschaft. Sie sind das einzige Korrektiv, das alle fünf Jahre vom Wähler selbst bestimmt wird. Es sind die Wähler, die entscheiden, wer in den Landtag gewählt wird, welcher Partei und welchem Politiker sie das Vertrauen schenken und welcher Partei und welchem Politiker nicht. Ich

bin davon überzeugt, dass es zur politischen Arbeit dazu gehört, die Arbeit durch finanzielle Zuschüsse zu ermöglichen. Es geht um Recherchetätigkeit, um Dienstleistungen, um den Kontakt zu den Bürgern aufrecht zu erhalten, um Sprechstunden in den Bezirken abzuhalten usw. Natürlich geht es auch um Kommunikationstätigkeit. Gewisse Dinge müssen nach außen kommuniziert werden können.“

Der Abgeordnete nannte als Beispiel Nordtirol, wo die öffentliche Parteienfinanzierung als Unterstützung zugunsten der Demokratie gilt: „Wenn wir uns beispielsweise die Situation im Bundesland Tirol anschauen, das bestimmt nicht in Verdacht steht, in Saus und Braus zu leben und das Geld beim Goldenen Dachl hinunterzuschmeißen, dann sieht man, dass dort ein ganz anderer Zugang zur Demokratie besteht. Dort gibt es eine öffentliche Parteienfinanzierung, die als Mehrwert der Demokratie und nicht als Verschwendung von Steuergeldern verstanden wird. In Italien ist die Parteienfinanzierung abgeschafft worden, aber das Gehalt der Politiker auf einem gewissen hohen Niveau gehalten worden, um die Parteienfinanzierung durch einen Beitrag vonseiten der Politiker zu ermöglichen. Das sage ich jedem immer ganz offen, wenn darüber diskutiert wird, wie viel ein Politiker verdienen darf. Wenn wir alles abzählen, was an Ausgaben getätigt werden muss, dann bleibt mir persönlich ein monatliches Gehalt von 2.300 Euro übrig. Dann diskutiere ich mit den Bürgern darüber, ob das zu viel oder zu wenig ist. Das wird nicht kommuniziert, und deshalb bin ich der Überzeugung, dass die Demokratie etwas kosten darf und kosten muss. Es ist wichtig, eine Diskussion darüber zu führen, ob eine Demokratie etwas kosten darf oder soll oder ob sie dazu degradiert werden soll, dass schlecht oder gar nicht bezahlte Abgeordnete nur noch das absegnen, was ihnen die Regierung vorlegt. Eine solche Demokratie halte ich für gefährlich. Ich bin froh, dass die Verfassungsreform abgelehnt worden ist, denn wenn sie angenommen worden wäre, dann hätte das bedeutet, dass sämtliche Zuwendungen an die Fraktionen gestrichen worden wären. Es wäre also nicht mehr möglich gewesen, in der bisherigen Form Personal anzustellen. Eine juristische Recherche zu einem Gesetzentwurf wäre auch nicht mehr möglich gewesen. Das ist nicht meine Vorstellung von einer gut funktionierenden Demokratie.“

Anschließend ergriff der Abgeordnete Pius Leitner das Wort, der sich fragte, ob die Parteien von Privatpersonen finanziert werden sollten. Dazu erklärte er Folgendes: „Dem ist eigentlich nicht viel hinzuzufügen. Wir sehen das ähnlich und haben das auch immer betont. Wer soll die Parteien finanzieren? Privaters, der Stronach? Bei uns würde sich sicher auch jemand finden, der sich den Luxus und den Spaß leistet, in die Politik zu gehen und eine eigene Partei zu erfinden. Der Herr Berlusconi? Keine Ahnung, ... Das kann es sicher nicht sein! Solange wir die repräsentative Demokratie haben, sind damit sicher auch Kosten verbunden. Im Bundesland Tirol gibt es die Parteienfinanzierung des Landes. Es wird ja oft das Tiroler Modell hergenommen, bei dem die Abgeordneten weniger verdienen. Wenn man das in Relation mit Parteiabgaben usw. stellt, dann gibt es diese in Tirol natürlich nicht. Wenn man das Tiroler Modell eins zu eins übertragen würde, dann wäre ich sofort dafür.“

Der Abgeordnete begründete wie folgt seine Gegenstimme: „Wir sollten in aller Transparenz und vor den Augen der Öffentlichkeit eine sachliche Diskussion führen, und zwar auch was die Gehälter anbelangt. Ich wiederhole, dass für Letzteres der Landtag zuständig wäre. Das sollte in einem gesamten Rahmen abgewickelt und transparent dargestellt werden. Dann werden wir bei der Bevölkerung möglicherweise mehr Zustimmung erfahren, wie wenn man immer nur Detailregelungen macht, bei denen keiner genau durchblickt. Das ist unbedingt notwendig. Deshalb stimmen wir diesem Antrag nicht zu. Durch den Ausgang des Referendums wurde ja verhindert, dass die Fraktionen gar nichts mehr erhalten. Viel ist es ja eh nicht. Wie gesagt, die Diskussion soll sachlich und vor den Augen der Öffentlichkeit abgehalten werden.“

In ihrer Wortmeldung erinnerte die Abgeordnete Foppa daran, dass sie 1993 mit Überzeugung für die Abschaffung der Parteifinanzierung gestimmt habe. Diese Finanzierung sei dann mittels Rückerstattung der Wahlkampfausgaben erhalten geblieben, die 2017 abgeschafft werden, und die Lage sei undurchsichtiger geworden. Die Abgeordnete Foppa erklärte, es sei eine der ersten Wahlen gewesen, an der sie teilnahm, als sie 1993 eine von denjenigen war, die mit großer Überzeugung für die Abschaffung der Parteienfinanzierung stimmten. Diejenigen, die damals schon im Landtag saßen, hätten das Ganze aus einem anderen Blickwinkel gesehen, während sie selbst eine von den Bürgerinnen gewesen sei, welche die Art und Weise, mit der die Parteien die Fi-

nanzen handhabten und die Gelder ausgaben, satthatten. Nach 1993 habe sich die Situation noch weiter verschlimmert, da damals die öffentliche Parteienfinanzierung abgeschafft wurde, diese aber doch anderweitig erfolgte. Es sei allgemein bekannt, so die Abgeordnete, dass in Italien viele Jahre lang das System der Rückerstattung der Wahlkampfausgaben vorherrschte. Dieses System verliere heute immer mehr an Bedeutung und 2017 dürften die letzten Rückerstattungen von Wahlkampfausgaben ausgezahlt worden sein. Danach seien keine öffentlichen Finanzierungen mehr vorgesehen und die Parteien könnten nach Belieben Missbrauch treiben. Allerdings gebe es bisher noch nicht viele demokratische Alternativen zur Sammlung von politischen Ideen. Es bestehe andererseits die Möglichkeit, dass einige Parteien – und einige der Abgeordnete seien schließlich Vertreter der Parteien – eine Arbeit für Demokratie, Politik und Vertretung leisten. Oft seien die Grünen eine Art kleine Volksanwaltschaft im Umwelt- und Sozialbereich, und daher leisten sie; ihrer Meinung nach; eine wichtige Arbeit für die Gesellschaft.

Heute überlebten die Parteien noch dank der restlichen Rückerstattungen der Wahlausgaben, der indirekten Finanzierung durch die gewählten Vertreter und auch aufgrund der Abzweigung von manchen Geldern, die Fraktionen und Abgeordnete erhalten. In diesem Bereich sei die Lage undurchsichtiger geworden. Die Grünen seien für eine transparente öffentliche Finanzierung. Die Arbeit einer Partei müsse als solche demokratisch neu bewertet werden und die Partei müsse zur Rechenschaftslegung verpflichtet sein. Die Grünen seien der Ansicht, dass vor der Finanzierung ein Jahresprogramm vorgelegt werden sollte. Gegenüber Alessandro Urzi sagte die Abgeordnete, dass sie nicht wisse, ob seine Partei vom Parlament anerkannt sei. Wer im Landtag sitzt, wisse, dass es eine regelrechte Odyssee ist, eine Anerkennung als politische Partei zu erhalten. Eine unnötige Odyssee für diejenigen, die keine Vertretung im Parlament haben: Sie hätten weder Zugang zum 2-Promille-Steuersatz, noch die Möglichkeit, die Spenden abzusetzen. Die Abgeordneten der Grünen würden ihrer Partei circa 25.000 € pro Jahr geben und könnten zuletzt gar nichts absetzen, weil dies nur jenen zustehe, die im Parlament vertreten sind. Das derzeitige Finanzierungssystem sei nicht nur schwierig und schwerfällig, sondern auch von unglaublicher Langwierigkeit und vor allem von absurden Schikanen geprägt. Die Abgeordnete fügte als Anekdote Folgendes hinzu: Die Grünen seien für ihre Hartnäckigkeit bei der Geschlechterfrage bekannt; jedes Jahr führe dies zu Problemen, weil der parlamentarische Ausschuss stets mitteile, dass nicht genügend Mittel aus dem Parteibudget für die Förderung der Frauenvertretung in der Politik zur Verfügung gestellt würden. Derzeit bestehe diesbezüglich ein undurchsichtiges und ungerechtes System, denn die von einer im Parlament vertretenen Partei ausgeführte Arbeit könnten auch die Partei der Grünen erledigen, nur müsste sie sich selbst finanzieren. Die Grünen seien für ein transparentes System, das machbarer und glaubhafter wäre, wenn es auf lokaler Ebene verwaltet werden würde. Auch sie pflegen laut der Abgeordneten Beziehungen zu den Tiroler Kollegen, die ein Zehnfaches des hiesigen Budgets hätten. Sie würden 1 Million € an Finanzierungen verwalten, hierzulande seien es hingegen nur 100.000 €, die den Spenden entstammen. Die Tiroler Kollegen könnten sich entspannt und professionell ihrer Arbeit widmen und würden dabei ein Politikergehalt beziehen, das bedeutend geringer und somit den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber korrekter sei. Dies wäre ein viel einfacheres, korrekteres und transparenteres System und deshalb könne der Vorschlag des Abgeordneten Urzi nicht unterstützt werden.

Andreas Pöder stimmte hingegen für den Vorschlag von Abgeordneten Urzi und erklärte dazu Folgendes: „Ich kann dem Antrag zustimmen, wenngleich er inhaltlich etwas schwierig umzusetzen ist. Der Landtag kann nicht von vornherein dazu verpflichtet werden, über irgendetwas nicht zu diskutieren. Wenn hier irgendjemand einen Gesetzentwurf über Parteienfinanzierung einbringt, dann wird darüber diskutiert werden müssen. Der Landtag als Gesetzgebungsorgan kann nicht dazu gebracht werden, über ein Thema nicht zu diskutieren. Es gibt die staatliche Parteienfinanzierung, von der in den letzten Jahren einige Parteien Nutznießer waren. Mittlerweile sind nur mehr die Parlamentsparteien übriggeblieben. Alle haben mit der staatlichen Parteienfinanzierung Probleme, denn es müssen zertifizierte Bilanzen abgegeben werden. Man schickt also eine zertifizierte Bilanz nach Rom, und dann kommt noch die Nachfrage nach Dokumentationen, obwohl die Bilanz von einer Consop-Gesellschaft zertifiziert worden ist. Das ist ein völlig irrsinniges System, aber was soll's.“

Der Abgeordnete Pöder fuhr fort: „Wenn man auf Landesebene ein Parteienfinanzierungsgesetz aushandeln will, dann wird das sehr schwierig werden, denn die Mehrheitspartei tendiert natürlich dazu, ein solches Gesetz auf sich selbst zuzuschneiden, so wie beim Wahlgesetz. Die Opposition wird nur deshalb mit ins Boot geholt, um eine Alibi-Funktion zu haben. Eine solche Diskussion ist zu vermeiden, denn in diesem Antrag geht es ja nicht um die Kosten für das Funktionieren des Landtages oder um die Kosten für die Fraktionen. Hier geht es um eine Parteienfinanzierungsdebatte. Wenn Parteien miteinander in Verhandlung treten, um ein Gesetz zur Finanzierung der Parteien zu machen, dann wird das nach außen hin als Kuhhandel verstanden. Deshalb kann ich diesem Antrag unter der Einschränkung zustimmen, dass er nichts bewirken wird.“

Dies alles vorausgeschickt und berücksichtigt

verpflichtet
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung,

sich nicht dazu bereit zu erklären, eine Gesetzesinitiative zwecks Einführung einer öffentlichen Finanzierung der Parteien und/oder politischen Bewegungen durch das Land einzubringen oder zu unterstützen.

Nella sessione di dicembre 2016 del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano è stato discusso e poi approvato il disegno di legge n. 106 "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per gli esercizi 2017, 2018 e 2019"; durante la discussione in aula il Gruppo consiliare "L'Alto Adige nel cuore" ha presentato un ordine del giorno per chiedere al Consiglio "di dichiarare che debba essere esclusa ogni ipotesi di introduzione di un sistema di finanziamento pubblico provinciale ai partiti, ventilato nell'ambito della discussione preparatoria del disegno di legge in oggetto."

Durante il dibattito in aula hanno preso la parola numerosi consiglieri, tra cui Sven Knoll, esponente di STF, che ha chiesto di non confondere i costi della politica con i costi dei politici: "Potremmo accogliere questa richiesta a patto che il presentatore la modifichi in modo tale che il no ai finanziamenti pubblici ai partiti diventi un sì ai finanziamenti pubblici ai partiti. Siamo del parere che i costi della politica non dovrebbero essere confusi coi costi dei politici."

Il consigliere ha poi aggiunto: "La democrazia non implica avere la forma di governo più economica, bensì quella migliore. In tutta Europa viviamo purtroppo in una società postdemocratica, in cui non ci si chiede più chi faccia le cose nel modo migliore, ma chi le faccia nel modo più economico. Credo che questa democrazia sia pericolosa, perché in fondo mette in discussione sé stessa. Non si tratta di privilegi dei partiti, ma di una questione fondamentale che da politici dobbiamo porci: quanto può e deve costare una democrazia per poter funzionare? I partiti non sono raggruppamenti elitari di persone intenzionati governare la popolazione scavalcandola. I partiti sono piuttosto lo specchio della società. Sono l'unico correttivo che ogni cinque anni può essere definito dagli elettori stessi. Sono gli elettori che decidono chi viene eletto in Consiglio provinciale, in quale partito o politico riporre o meno la propria fiducia. Rendere possibile il lavoro politico tramite contributi finanziari è un qualcosa di intrinseco alla politica, e di questo sono convinto. Si tratta di fare ricerche, fornire servizi, curare i rapporti coi cittadini, organizzare incontri nei comprensori ecc. Ovviamente è anche necessario fare attività di comunicazione. Determinate cose devono poter essere comunicate all'esterno."

Il consigliere ha portato l'esempio del Tirolo, dove il finanziamento pubblico dei partiti è ritenuto un sostegno alla democrazia. Ha detto Knoll: "Se ad esempio osserviamo il Land Tirolo, che di certo non può essere accusato di vivere nel lusso e di buttare i soldi dalla finestra, capiamo che lì c'è un approccio diverso alla democrazia. Lì i partiti ottengono finanziamenti pubblici, che però sono intesi come valore aggiunto della democrazia e non come sperpero. In Italia il finanziamento ai partiti è stato abolito, ma la retribuzione dei politici è rimasta elevata per consentire il finanziamento dei partiti attraverso un contributo da parte dei politici stessi. Questo lo dico sempre apertamente a tutti quando si discute di quanto un politico possa guadagnare. Detraendo tutte le spese, a me personalmente restano 2.300 euro al mese. Dopodiché discuto con i cittadini se questa cifra sia troppo alta o troppo bassa. Questo non viene comunicato e per questo sono convinto che la democrazia debba e possa avere un suo costo. È importante parlare di quanto la

democrazia possa o debba costare o se debba essere degradata fino al punto che i consiglieri, retribuiti male o per niente, approvino tutto ciò che l'esecutivo gli presenta. Credo che una tale democrazia sia pericolosa. Sono felice che la riforma costituzionale sia stata respinta, perché se fosse stata approvata, tutti i finanziamenti ai gruppi consiliari sarebbero stati aboliti. Quindi non sarebbe stato più possibile quindi assumere personale con le modalità finora utilizzate. Anche un approfondimento giuridico su un disegno di legge non sarebbe stato più pensabile. Questa non è la mia idea di una democrazia funzionante."

In seguito, è intervenuto il consigliere Pius Leitner che si è chiesto se devono essere i privati a finanziare i partiti. Ha dichiarato: "C'è poco da aggiungere. Anche noi la pensiamo in modo simile, e lo abbiamo sempre sottolineato. Chi deve finanziare i partiti? I privati? Il signor Stronach? Anche da noi si troverebbe sicuramente qualcuno che si concede il lusso e il piacere di andare in politica e fondare il proprio partito. Berlusconi? Chissà... Ma non è possibile! Finché avremo la democrazia rappresentativa, vi saranno sicuramente anche costi ad essa collegati. Nel Land Tirolo esiste il finanziamento provinciale ai partiti. Spesso si parla del modello tirolese, in cui i consiglieri guadagnano meno. Ma in Tirolo i politici non danno un contributo al partito. Se volessimo adottare il modello tirolese in toto, allora sarei subito favorevole.

Proseguendo nel suo intervento, ha così motivato il suo voto contrario: "Dovremmo promuovere un dibattito pubblico trasparente e oggettivo, anche in merito alle retribuzioni. Ripeto che per queste ultime sarebbe competente il Consiglio provinciale. Tutto ciò dovrebbe svolgersi in un contesto trasparente. Così facendo otterremmo probabilmente un maggiore consenso della popolazione piuttosto che concentrandoci soltanto sulle regolamentazioni specifiche, che nessuno capisce appieno. Ciò è strettamente necessario. Per questo non approviamo questa proposta. Con l'esito negativo del referendum è stato evitato che i gruppi consiliari non ottengano più niente. Comunque, non prendono tanti soldi. Come detto poc'anzi, la discussione dovrebbe avvenire in modo oggettivo e in pubblico."

Nel suo intervento la consigliera Brigitte Foppa ha ricordato di aver votato con convinzione per l'abolizione del finanziamento ai partiti nel 1993, finanziamento poi rientrato attraverso il rimborso elettorale, che cadrà nel 2017, e le cose sono meno trasparenti. Ha dichiarato Foppa: "Io ero tra coloro che nel 1993 era una delle prime volte che andavo a votare ha abolito con grande gusto il finanziamento ai partiti. Chi era già in questo Consiglio probabilmente aveva già un'altra visuale, io ero fra quei cittadini che si erano stufati da come i partiti gestivano le finanze e impiegavano i soldi. Abbiamo visto pagine ancora più brutte dopo il 1993, se è per quello, anche perché in quella occasione è stato abolito il finanziamento pubblico ai partiti, che è rientrato da altre porte. Sappiamo tutti che in Italia c'è stato, per molti anni, il sistema del rimborso elettorale e oggi, dato che anche quello sta scemando, mi sembra che nel 2017 arriveranno gli ultimi rimborsi elettorali, poi non ci sarà più nessun finanziamento pubblico, quindi i partiti possono fare tutti gli abusi di questo mondo, però abbiamo visto che intanto non ci sono ancora molte alternative democratiche al raccoglimento di idee politiche e dall'altra c'è anche la possibilità che dei partiti, e credo che alcuni di noi che sono anche rappresentanti di partiti, facciamo un lavoro per la democrazia, un lavoro politico e un lavoro di rappresentanza. Spesso noi Verdi siamo anche una specie di piccola 'difesa civica' per cause ambientali o per cause sociali, quindi credo che nel nostro piccolo stiamo facendo un lavoro abbastanza importante per la società.

Oggi i partiti stanno ancora in piedi soprattutto per questi resti di rimborsi elettorali, per il finanziamento indiretto attraverso gli eletti e anche per la deviazione di qualche denaro che arriva ai gruppi parlamentari o ai consiliari. Su questo le cose sono diventate meno trasparenti. Noi siamo sostenitori di un finanziamento pubblico trasparente, il lavoro di un partito deve essere rivalutato democraticamente per quello che è, e deve rendere conto del lavoro che fa. Noi saremmo dell'idea che bisogna fare un programma annuale e poi c'è il finanziamento. Tra l'altro non so, Alessandro Urzi, se tu hai un partito riconosciuto dal Parlamento, perché chi in quest'aula sa che trafila è avere un riconoscimento come partito politico, sa che è una via crucis ottenere questo riconoscimento. Per chi non ha una rappresentanza in Parlamento è una via crucis inutile, perché non abbiamo né l'accesso al 2 per mille né la possibilità di detrarre le nostre donazioni. Noi come consiglieri Verdi diamo circa 25 mila euro all'anno al nostro partito e alla fine non possiamo detrarre nulla, perché queste detrazioni sono limitate a chi ha una rappresentanza in Parlamento.

Quindi il sistema di finanziamento attuale non è solo difficile, pachidermico, con lungaggini assurde e vessazioni ancora più assurde - solo come aneddoto vi posso dire che noi Verdi, ci conoscete che rompiamo sempre le scatole sulla questione delle donne - tutti gli anni abbiamo problemi perché la commissione parlamentare ci scrive che non stanziamo abbastanza parte del budget del nostro partito per incentivare la rappresentanza delle donne in politica! Attualmente su questo abbiamo un sistema non trasparente e ingiusto, perché il lavoro che fa un partito rappresentato in parlamento, lo possiamo fare anche noi dovendoci autofinanziare. Noi saremmo per un sistema trasparente molto più possibile e plausibile se gestito localmente. Anche noi abbiamo rapporti con i colleghi in Tirolo che hanno un budget dieci volte più alto del nostro, collega Urzi, governano un milione di euro di finanziamenti contro i nostri 100 mila euro generato dalle nostre offerte, quindi possono fare un lavoro un po' più rilassato, più professionale e possono contare su uno stipendio da politici molto più basso e quindi molto più corretto rispetto agli altri cittadini. Sarebbe un sistema molto più semplice, più corretto e trasparente per cui non possiamo sostenere la tua proposta."

Andreas Pöder ha invece accolto la proposta di Urzi dichiarando: "Approvo la proposta, anche se dal punto di vista contenutistico è difficilmente attuabile. Il Consiglio provinciale non può essere obbligato a priori a non discutere di un determinato argomento. Se qualcuno presenta un disegno di legge sul finanziamento ai partiti, allora bisognerà pur discuterne. Il Consiglio provinciale, in quanto organo legislativo, non può essere obbligato a non discutere di un argomento. Vi sono finanziamenti ai partiti da parte dello Stato, di cui hanno beneficiato alcuni partiti negli ultimi anni. Nel frattempo, questi spettano soltanto ai partiti con una rappresentanza in parlamento. Il finanziamento ai partiti da parte dello Stato è problematico per tutti, poiché devono essere presentati bilanci certificati. Si invia un bilancio certificato a Roma e poi arriva la richiesta di ulteriori documenti, nonostante il bilancio sia stato certificato da una società Consob. È un sistema folle, ma cosa ci possiamo fare?"

Pöder ha poi rilevato che: "Concordare una legge sui finanziamenti ai partiti a livello provinciale sarebbe molto difficile, perché il partito di maggioranza una tale legge la progetterebbe su misura, così come nel caso della legge elettorale. L'opposizione verrebbe coinvolta affinché funga da alibi. Una tale discussione è da evitare, perché questa proposta non riguarda i costi per il funzionamento del Consiglio provinciale o quelli relativi ai gruppi consiliari. Qui si tratta di un dibattito sul finanziamento ai partiti. Se i partiti negoziassero tra di loro una legge sul finanziamento a sé stessi, questo all'esterno verrebbe percepito come un mercanteggiamento. Per questo posso approvare la proposta sapendo che non avrà alcun effetto.

Tutto questo premesso e considerato,

*il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
impegna la Giunta provinciale*

a dichiararsi indisponibile a presentare o sostenere una iniziativa legislativa tesa a introdurre una forma di finanziamento pubblico provinciale ai partiti e/o movimenti politici.

Für die Landesregierung wird sich der Landeshauptmannstellvertreter Schuler einbringen.

Der Abgeordnete Urzi hat das Wort, bitte.

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente. Io sono disponibile anche a rinviare il documento, se deve essere trattato dal presidente della Provincia. Domani il presidente è presente, o è giustificato?

CONSIGLIERE: *(interrompe)*

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Fino a domani a mezzogiorno è giustificato?

ABGEORDNETER: *(unterbricht)*

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Kommt er später? Am Nachmittag oder morgen?

ABGEORNETE: (*unterbrechen*)

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Eh, siamo al limite. Cosa vogliamo fare?

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): (*unterbricht*)

PRÄSIDENT: Risponde il vicepresidente.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Va bene. Allora, presidente, in estrema sintesi, qui si tratta di un documento che è rivolto all'aula e che chiede – partiamo dalla fine – un impegno del Consiglio provinciale nei riguardi della Giunta, quindi della maggioranza, affinché si dichiari – la Giunta, quindi la maggioranza – indisponibile – la Giunta, quindi la maggioranza – a presentare un'eventuale iniziativa legislativa tesa a introdurre una forma di finanziamento pubblico provinciale ai partiti e/o movimenti politici. Quindi che la Provincia, che la Giunta, la maggioranza, si dichiari per il no a una qualunque iniziativa che riguardi il finanziamento pubblico ai partiti, ma anche che la Giunta provinciale si dichiari indisponibile a sostenere quest'iniziativa legislativa, cioè anche se dovesse provenire da parte dell'opposizione, per esempio, o per iniziativa consiliare, anche da parte di rappresentanti della stessa maggioranza, cosa che succede – il cons. Lanz decidi di presentare un disegno di legge, lo può fare non necessariamente come maggioranza, ma come consigliere – è successo tante volte, dopo abrogheremo una legge, per esempio quella sulla toponomastica, che non fu presentata dalla Giunta, ma fu presentata proprio dal suo omologo di allora, cioè l'allora capogruppo della Volkspartei, Steger, in quanto consigliere, quindi iniziativa consiliare e non iniziativa di governo provinciale.

Quindi la sintesi è che questo Consiglio voterà e voterà dicendo: “maggioranza” – perché questo è l'impegno che vogliamo che si assuma – “voti perché tu stessa in quanto Giunta e tu stessa in quanto maggioranza non debba sostenere o presentare iniziative che vadano nella direzione del finanziamento pubblico provinciale ai partiti”, e qui ci sono solo due modi per votare: o SÌ o NO.

Perché presento quest'iniziativa? Bisogna anche spiegarlo, perché se no non avrebbe senso, quest'iniziativa nasce dal fatto che nel corso della passata legislatura si è aperto un interessante dibattito proprio sul finanziamento pubblico ai partiti, si è aperto a livello nazionale ma si è aperto anche a livello locale. E si è aperto a livello locale dopo che a livello nazionale, i diversi Governi succedutisi, poi infine il Governo Letta, introdussero delle norme che sostanzialmente andavano a esaurire il finanziamento pubblico nazionale, dello Stato ai partiti, attraverso una serie di misure che anno per anno avrebbero dovuto essere introdotte e avrebbero esaurito, come è successo, le quote di finanziamento ai partiti.

Nello stesso tempo sono state introdotte anche delle modifiche di cui potremo parlare più tardi, che riguardano le altre modalità di finanziamento dei partiti.

Chiuso il rubinetto a Roma, per capirci, allora qualcuno ah detto: “allora apriamo a Bolzano, se Roma non ci passa dei denari per finanziare i partiti” – non la politica, perché la politica la si finanzia per esempio attraverso il finanziamento alle istituzioni e anche ai gruppi consiliari, dal mio punto di vista scellerato furono gli atti che introdussero limitazioni all'attività e alle potenzialità di iniziativa e di spesa dei gruppi consiliari, tutto ciò seguì le sappiamo ben note vicende, ma scellerato fu perché di fatto fu sostanzialmente detto allora con quelle iniziative che i gruppi consiliari organizzati nei Consigli regionali e provinciale nel nostro caso, non avrebbero più potuto contare su risorse – oggi sono praticamente ridotte al nulla – per poter svolgere la propria azione istituzionale e politica di controllo, quindi riconoscendo uno strapotere, questo frutto di una demagogia collettiva e di una grande follia collettiva nazionale, favorendo lo strapotere delle maggioranze politiche, ovunque esse si dovessero collocare, a Roma, a Viterbo, a Bolzano, piuttosto che a Palermo. Così oggi abbiamo, per esempio, una maggioranza politica che gode di tutte le risorse che vengono messe a disposizione dell'apparato istituzionale, della Giunta, del governo provinciale, tutto l'apparato e l'opposizione che deve fare da sola, pagando di tasca sua sostanzialmente tutto quello che ha intenzione di mettere in campo.

Allora torniamo indietro: si disse “chiodiamo il rubinetto a Roma, allora troviamo una modalità per aprirlo a Bolzano, pensiamo a un finanziamento provinciale dei partiti”. Questo è stato parte del dibattito politico, in sede di commissioni legislative, se ne è parlato anche in Consiglio provinciale – riporto alcuni stralci della discussione in Consiglio provinciale – e allora io dico, a inizio di legislatura, poniamo dei paletti. Vogliamo dire con chiarezza che se nel quadro generale è stabilito che il finanziamento pubblico ai partiti non debba esserci, ebbene non deve esserci nemmeno nel quadro particolare, perché sarebbe singolare e curioso che a livello

nazionale in tutta Italia ciò di fatto fosse stato superato, nel bene o nel male, si può discuterne, ma si pensasse di poterlo introdurre solo grazie alle risorse e all'opportunità dell'autonomia provinciale per i partiti politici a livello locale, qualunque partito politico sia.

Ci è sembrata tanto questa iniziativa un'iniziativa calata tanto nel contingente, nell'attualità con partiti comunque in enorme difficoltà economica, dopo la chiusura delle fonti di finanziamento nazionale e grazie all'introduzione delle nuove forme di finanziamento che passano attraverso le libere contribuzioni degli iscritti, o dei militanti, o dei sostenitori che possono versare la loro quota, o attraverso l'8 per mille. Queste sono le forme di finanziamento.

È vero, sono forme di finanziamento che privilegiano, pur essendo ormai limitate esclusivamente a questo, i partiti iscritti nell'albo che viene riconosciuto dei partiti politici, quindi i grandi partiti. Qui in questa sala possiamo citare la Volkspartei, la Lega, i 5 Stelle credo che abbiano rinunciato, ma loro hanno Rousseau, il Partito Democratico – grazie per l'onestà intellettuale – e basta. Tutti gli altri – L'Alto Adige nel cuore, Team Köllensperger, Süd-Tiroler Freiheit, i Verdi, i Freiheitlichen, se vogliono avere fonti di finanziamento, aprono il portafoglio i consiglieri o vanno a pregare i militanti, chiedendo di pagare. Non c'è la possibilità, in dichiarazione dei redditi, di dare un contributo, non c'è la possibilità di detrarre il contributo che viene dato al partito politico, è a fondo perduto.

Ma questo è un altro tema, il tema è: "È giusto che, eliminato il finanziamento pubblico nazionale ai partiti, si pensi, o si possa pensare in Alto Adige di introdurre un sistema di finanziamento provinciale ai partiti?"

Parlo contro il mio interesse, ma preferisco, a questo punto continuare a dover sostenere da solo, attraverso coloro che ci credono, la nostra attività politica, come vorrei che lo facessero tutti gli altri partiti a livello locale.

Per concludere, presidente, questo è un impegno rivolto alla maggioranza, perché è il fulcro dell'attività di questo Consiglio, se la maggioranza si impegna a non presentare una legge e a non sostenerne, diciamo che il più è fatto. E o vorrei che questo impegno venisse assunto, chiaro, trasparente e credo che anche molto rigoroso nei confronti dei nostri concittadini.

Poi se si vuole, a livello anche centrale, nazionale, più generale pensare a una forma di parificazione dei partiti, movimenti politici locali e territoriali rispetto ai partiti nazionali, bene questo sarebbe per me un giusto passo, diciamolo, peraltro anche i piccoli partiti, minuscoli partiti, invisibili partiti a livello locale che hanno espresso un consigliere a livello regionale o provinciale a Bolzano, sono sottoposti alle stesse identiche regole di trasparenza, correttezza, come è giusto che sia, vigilanza, controllo da parte di revisori, certificati CONSOB, eccetera, dei partiti nazionali. Quindi – ho citato prima l'Alto Adige nel cuore e non Fratelli d'Italia, ma l'Alto Adige nel cuore che esiste in quanto soggetto politico, è paragonato al partito Democratico, che è uno dei piccoli partiti nazionali, sempre più piccolo, però c'è, è paragonato alla Lega Salvini, è paragonato anche alla Volkspartei, nel senso che ha gli stessi obblighi pur non avendo nessun tipo di beneficio. E su questo credo che effettivamente sai debba ragionare, ma questo è un altro discorso. Qui siamo pronti a votare SÌ o NO, lo vogliamo o non lo vogliamo il finanziamento pubblico provinciale ai partiti? Io voterò NO e chiedo a tutti di votare NO. Grazie!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Bevor ich mit meinem Redebeitrag beginne, hätte ich zunächst eine Frage zum Fortgang der Arbeiten, und zwar an den Landtagspräsidenten, ob dieser Beschlussantrag in dieser Form überhaupt zulässig ist. Meiner Meinung nach werden Anträge und Gesetzentwürfe von Abgeordneten eingereicht. Ich glaube nicht, dass man jemanden, wenn er Mitglied der Landesregierung ist, konditionieren kann, keinen Antrag oder keinen Gesetzentwurf einzureichen. Auch die Regierungsmitglieder sind Abgeordnete. Wenn jetzt der Landtag das annehmen würde, dann möchte ich wissen, was passieren würde, wenn ein Regierungsmitglied sagt, ich stimme dagegen und möchte mein Recht ausüben, diesen Antrag einzureichen. Dann würde man ihn konditionieren und ihm dieses Rechtes berauben. Das ist eine Grundsatzfrage, wobei ich das Präsidium bitte zu klären, ob das zulässig ist. Meiner Auffassung nach kann der Landtag eine Meinung für oder gegen etwas äußern und die Landesregierung ersuchen, das zu tun. Aber die Landesregierung zu konditionieren, einen Antrag nicht einzureichen, weil ihn nicht die Landesregierung, sondern die Abgeordneten einreichen, dann frage ich mich, ob das von der Geschäftsordnung zulässig ist. Ich hätte zuerst gerne eine Antwort.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Sull'ordine dei lavori, presidente. Rapidissimamente, solo per dire che, come ho voluto illustrare, è un impegno che il Consiglio vorrebbe assegnare alla Giunta

provinciale, votano i singoli consiglieri, consegnano l'impegno, la letterina dei desideri ai componenti della maggioranza e della Giunta, in cui chiedono di impegnarsi in questa direzione. Come tutte le altre mozioni – e concludo, presidente –, questa per me è la mia interpretazione, ogni mozione è un'espressione di volontà, ma non un impegno, nel senso che se poi lo si fa o non lo si fa, questo dipende dalle volontà politiche e si auspica sempre che una mozione venga poi rispettata. Però, quindi, non è vincolante in alcun modo, ovviamente lo è sul piano morale, etico, politico, ma solo questo.

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Zum Fortgang der Arbeiten. Auch ich wäre der Meinung des Kollegen Knoll, denn dieser Antrag, wie er formuliert ist, würde genau in diese absurde Situation führen, dass wir die Landesregierung beauftragen, nicht initiativ zu werden. Der Landtag ist eigentlich das gesetzgebende Organ und es steht jedem Abgeordneten zu, unabhängig ob er Mitglied oder nicht Mitglied der Regierung ist, einen Antrag vorzulegen. Würde man dies so annehmen, dann würde es bedeuten, dass die Regierung nicht initiativ wird, das heißt aber nicht, dass das Thema nicht in den Landtag kommen würde. Deshalb ist ein Beschlussantrag in dieser Form in Bezug auf die Sinnhaftigkeit schon äußerst fragwürdig.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Sull'ordine dei lavori. Tutte e due le cose sono un po' problematiche, assessore, perché anche obbligare e impegnare il Consiglio a non discutere una legge, è problematico. In questo senso è meglio impegnare la Giunta a non presentare una legge, comunque io ho detto prima al cons. Urzi che questa mozione è un po' problematica. Io capisco il segnale politico che contiene. Sono convinto che un sistema locale di finanziamento non sia neanche possibile, però votare una mozione sul niente, per impedire il niente ... non so ...

A questo punto chiederei al presidente di decidere se è possibile ammettere all'ordine del giorno questa mozione.

PRÄSIDENT: Ich habe die Geschäftsordnung konsultiert und glaube sagen zu können, dass dieser Antrag zulässig ist.

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Giustamente il collega Knoll, mi segnalava – e aveva ragione dal suo punto di vista – che probabilmente l'equivoco, assessore, è dato dal "verpflichtet" e l'"impegna", nel senso che un *verpflichtet* significa impegna, ma forse qualcosetta di più.

Pflicht è dovere, vincola ... sto traducendo male, perché non è il mio lavoro, per carità, il giusto senso è l'impegno: il Consiglio impegna la maggioranza, la Giunta. Una volta che è consegnato l'impegno, il Consiglio è legittimato a votare gli impegni che vuole e forse è questo l'elemento che ha creato l'equivoco, se si legge "impegna" forse è diverso rispetto alla sensibilità che nasce dal leggere "verpflichtet". Grazie.

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Zum Fortgang der Arbeiten. Ich bleibe dabei, unabhängig ob zulässig oder nicht zulässig, dass Beschlussanträge in dieser Form ein Armutszeugnis für den Landtag sind. Das würde heißen, dass grundsätzlich, wenn man ihn durchliest, die Landesregierung zuständig wäre, Gesetze einzubringen. Das ist ja vielfach der Fall, aber das wäre die ureigenste Aufgabe des Landtages.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wenn der Antrag vom Präsidium als zulässig erklärt wird, dann erkennen wir das an, auch wenn mir das nicht ganz nachvollziehbar erscheint.

Kollege Urzi, ich glaube, dass es in der Demokratie manches Mal auch den Mut braucht, sich der Bevölkerung zu stellen und auch der Bevölkerung ganz klar zu kommunizieren, dass Demokratie kostet. Gerade wir als Politiker sollten uns nicht diesem Hexentreiben hingeben, dass wir glauben, alles muss billiger hergegeben werden und darf überhaupt nichts mehr kosten und damit gleichzeitig die Botschaft vermitteln, dass unsere Arbeit – damit meine ich jetzt nicht die parteipolitische Arbeit, sondern die politische Arbeit im Sinne der Vertretung des Volkes hier im Landtag – keinen Wert mehr hätte. Deswegen sage ich mit aller Deutlichkeit für meine Fraktion, dass wir für eine öffentliche Finanzierung sind. Deswegen sage ich das mit aller Deutlichkeit hier auch im Bewusstsein, da Menschen diese Landtagssitzung hier verfolgen, dass wir uns dafür aussprechen werden, dass es eine öffentliche Finanzierung auch der Parteien gibt.

Denn die Parteien sind nicht irgendetwas Losgelöstes, die Parteien sind nicht – das habe ich schon einmal gesagt – irgendeine Institution, die versucht, in die Taschen der Bürger hineinzugreifen, sondern die Parteien sind die gewählten Vertretungen des Volkes, die in einer Demokratie in der höchsten Ausübung der demokratischen Rechte in einer freien und demokratischen Wahl gewählt wurden, um sie hier im Landtag vertreten zu können. Der italienische Staat hat sich in den letzten Jahren und Monaten leider immer mehr einer Entwicklung hingegeben, wo man versucht, die Parteien auszulöschen. Eine Parteienvielfalt ist Ausdruck von Demokratie. Eine Demokratie, in der es keine Parteien mehr gibt, ist keine Demokratie mehr. Das ist eine Diktatur. Das ist die billigste Form der Regierung; keine Frage. Da brauche ich mich nicht mit Für und Wider auseinandersetzen, da braucht es keinen öffentlichen Wettstreit der Ideen, der auch Geld kostet. Da gibt es eine gleichgeschaltete Meinung und diese haben alle zu verfolgen. Das ist nicht meine Auffassung von Demokratie. Ich bin der Meinung, dass wir nicht in einer Gesellschaft leben sollten, in der einige Unternehmer vielleicht hergehen und sagen: "Ich hätte gerne, dass dieser Antrag im Landtag angenommen wird, ich gebe Euch als Partei eine Spende, bitte schaut, dass das durchgeht." Das ist nicht meine Auffassung von Demokratie. Das freie Mandat bedeutet auch, dass jeder, unabhängig von welcher Partei er kommt, hier im Landtag die gleichen Chancen hat, seine Ideale, seine Werte und auch seine Wähler zu vertreten.

Wenn ich mir anschau, dass es in Deutschland, Österreich und in anderen bewusst demokratischen Ländern seit Jahrzehnten die gute Tradition einer öffentlichen Parteienfinanzierung gibt, dann ist diese nicht ohne Grund eingeführt worden. Wir haben in anderen Parteien gelebte Demokratie. In Italien versucht man, die Parteien immer kleiner zu halten und nur noch die großen Parteien zu etablieren und das ist einfach antidemokratisch. Wir haben mit dieser Regelung in Italien, was die Parteienfinanzierung anbelangt, die absurde Situation, dass gerade wieder wir hier in Südtirol als Grenzregion nicht einmal mehr Spenden von Personen annehmen dürfen, die aus dem Ausland kommen. Das heißt ein Südtiroler, der in Innsbruck wohnt, darf in Südtirol keiner Partei mehr eine Spende geben. Das hat, vom europäischen Gedanken ganz einmal abgesehen, nichts mehr mit Demokratie zu tun.

Deswegen hier an den Landtag und auch an die Mehrheit die klare Botschaft, wenn es hier gewünscht wird, einen Südtiroler Weg zu gehen, dann sind wir dabei, weil Demokratie kosten darf und kosten soll.

LOCHER (SVP): Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ganz genau in die gleiche Kerbe schlagen, wie es der Abgeordnete Knoll gemacht hat. Wir sind ein Land, das eigentlich sehr flexibel ist und im Grunde genommen auch mit allen flexibel ist, das heißt, dass wir auch verschiedene Beiträge Verbänden und Organisationen geben, die sich organisieren können, die was machen können, was weiterbringen sollen und auch etwas in Bewegung bringen sollen. Bei uns ist die Politik immer der Kritik ausgesetzt, dass man zu viel verdienen würde, dass man zu viel machen würde und dass man das, was man macht, falsch machen würde. Im Grunde genommen sind wir eigentlich immer wieder einer großen Kritik ausgesetzt.

Mein Thema wäre, und das frage ich mich, dass man das vor allem auf das Wesentliche beschränken würde, das heißt Parteienfinanzierung um die Arbeit zu bezahlen. Das ist eigentlich im Grunde genommen das höchste Gut, Arbeit zu bezahlen. Ich sage immer, wir als Politiker werden auch von den Parteien unterstützt und geben das Geld, das wir verdienen, wieder zurück, damit man die Angestellten oder irgendwas anderes finanzieren kann. Das ist, glaube ich, der größte Nonsense, über den wir immer reden und diskutieren. Wenn man im Verhältnis auch andere Positionen hernimmt – man muss keine Managerposition oder sonst irgendwas hernehmen -, dann verdienen eigentlich ganz viele Leute auch ein sehr schönes und gutes Geld, das heißt, dass diese nicht der Kritik ausgesetzt sind und sich eigentlich nicht der Öffentlichkeit stellen müssen und dem eigenen Unternehmen nichts abgeben müssen. Wir verdienen zwar das Geld, das uns die öffentliche Hand gibt, arbeiten auch für die öffentliche Hand, versuchen das Beste zu machen, aber geben das Geld in dieser Form wieder irgendwie weiter.

Was mich bei der ganzen Sache am meisten stört, ist, dass wir uns von einem italienischen Staat lenken lassen. Er hat uns fest im Griff und lenkt uns und sagt, was wir eigentlich tun sollen. Wo geht das dann hin? Das ist das größte Problem. Meistens passiert es, dass die großen oder größeren Parteien von irgendjemandem finanziert werden oder Sponsorenbeiträge erhalten, was eigentlich nicht sein sollte. Das größte Problem ist, dass dann eine Finanzierung hinzukommt, die eigentlich nicht sein sollte. Das ist eigentlich der größte Nonsense von der Politik. Irgendjemand, der im Grunde genommen nicht einmal prädestiniert wäre, die Politik zu sponsern, sponsort die Politik, das heißt, dass dies eigentlich nicht gerade das Richtige wäre.

Parteien sind wichtig. Das ist die Meinungsfreiheit. Parteien machen Vorschläge, erarbeiten Vorschläge und versuchen diese Vorschläge weiterzubringen. Das ist Demokratie. Wenn wir den Schülern erklären, dass

wir ein Land haben, in dem Wohlstand ist, in dem Arbeit ist, in dem eigentlich jeder leben und wohnen kann, dann ist das eigentlich auch das Verdienst der Parteien und der Vielfalt der Parteien. Das heißt sie haben die Vorschläge gemacht, die Meinungen geäußert. Demokratie lebt auch, glaube ich, von den Parteien. Parteien sammeln Ideen. Das Wichtigste ist es, dass in der Partei die verschiedenen Gegebenheiten, auch die verschiedenen Wünsche und Ideen zusammenkommen und das dann weitergebracht wird. Das ist gelebte Demokratie. Die Parteien sind hier, Ideen zu sammeln, aber es ist nicht unbedingt die Aufgabe, dass die Politiker die Parteien finanzieren. Darüber soll man reden, diskutieren und man soll auch zu einer Lösung kommen und man sich vor allem nicht von einem italienischen Staat lenken lassen, was wir machen und tun sollen. Das ist der größte Nonsens.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Sicuramente è interessante questa discussione, perché è abbastanza accademica, nel senso che dal mio punto di vista il Consiglio provinciale non può legiferare su un finanziamento dei partiti, anzi, il legislatore, e voi – chi c'era – lo avete fatto nella precedente legislatura, ha stretto i cordoni della borsa su tutta la questione del regolamento sui gruppi consiliari, perché c'era il rischio – e la Corte dei Conti è andata avanti in questa direzione – che attraverso i gruppi consiliari si andassero a finanziare i partiti. Perciò il legislatore ha sempre tirato il freno a mano in funzione di trovare ogni tipo di situazione che potesse finanziare i partiti, tant'è che anche nelle cosiddette partecipate, non possono partecipare i consiglieri che sono uscenti almeno da due anni, cioè c'è tutta una normativa che chiude veramente le porte su eventuali finanziamenti. L'ultima norma che è stata legiferata dal Parlamento nazionale, addirittura rende ancora più difficile il finanziamento pubblico ai partiti, perché c'è tutto un ragionamento di siti che devono essere pubblici, cui se io do dei soldi adesso al mio partito, e ne do anche tanti a mio modo di vedere, devo apparire sul sito e il partito mi deve comunicare che gli sto dando questi soldi; se un finanziatore è privato, appare anche lui e non è che sia tanto felice di apparire anche lui su questo sito, perciò sicuramente il finanziatore privato che dà questi soldi, non li dà.

Perciò il problema – e qui sono d'accordo con chi mi ha preceduto – è che la questione è che la democrazia costa, che i partiti sono importanti, perché sono anche inseriti nella Costituzione italiana come elemento di democrazia, perciò qualcosa deve essere trovato, ma penso – e come ho detto, questa è una discussione accademica – che questo Consiglio provinciale non possa assolutamente legiferare in questa direzione.

Io comunque appoggerò questa mozione, perché è stata ammessa, perciò qualcosa bisognerà votare e voto a favore.

VETTORI (Lega Alto Adige – Südtirol): Questa diventa una discussione accademica quando bisogna parlare dell'ovvio, perché facciamo fantapolitica, fantastoria su quello che potrebbe essere, ma che al lato pratico non è, perché vige una legge nazionale che dice che il finanziamento pubblico ai partiti non è più ammesso, quindi quella è la legge a cui noi tutti facciamo riferimento – compreso Fratelli d'Italia, che insieme a tanti altri partiti prende il 2 per mille, non l'8 per mille, se no qua saremmo lo Stato Vaticano, saremmo tutti quanti Chiesa cattolica – però, mi dispiace dirlo, qui veramente entriamo in quel paradosso della caccia alle streghe del pauperismo spinto dove “oddio i politici sono tutti degli arraffoni”, che non si dia più neanche un centesimo a un politico, perché il finanziamento com'era inteso – poi naturalmente ci sono state delle deviazioni sul percorso – era inteso per evitare che i politici fossero ricattabili, a libro paga, esponenti di quel circuito tanto vituperato che è il lobbismo, che ogni volta che si parla di lobbismo all'interno di un'aula politica bisogna nascondersi sotto i banchi, perché “oddio, chissà quale parola mai nominabile abbiamo detto!”

Questa è una mozione che secondo me non sarebbe neanche da votare perché al lato pratico va contro una legge nazionale e comunque non rientra nelle prerogative dell'autonomia andare a fare una legge riguardo un finanziamento ai partiti, ma soprattutto è una mozione fatta per dare la stura alla grancassa e dire “vediamo, contiamo chi è più puro dei puri e non vuole il finanziamento pubblico ai partiti”, avessimo un reale problema, una reale proposta da discutere, sarebbe opportuno e doveroso andare a discutere questa proposta, ma qui veramente è *desiderata* magari per questa legislatura e per le prossime non si vedranno nemmeno, quindi cosa facciamo? Sembrano le letterine a Babbo Natale: “vorrei la pace nel mondo” e tutti ci diciamo favorevoli alla pace nel mondo. Questo secondo me non è lo spirito giusto per portare avanti una discussione delicata e importante come quella del finanziamento pubblico ai partiti. Grazie!

AMHOF (SVP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es mag sein, dass der Staat die öffentliche Parteienfinanzierung abgeschafft hat. Nichtsdestotrotz glaube ich, dass man sehr wohl darüber nachdenken sollte, ob

wir hier in Südtirol nicht einen eigenen Weg gehen können. Ich finde es nämlich eine extrem falsche Entscheidung, die der Staat gegangen ist. Eine Demokratie – hier habe ich es mit Ihnen, Kollege Knoll – darf und muss etwas kosten dürfen und Parteien sind in einer Demokratie wichtige politische Akteure. Ohne diese funktioniert unsere Demokratie nicht. Deshalb ist es, glaube ich, wichtig, in jeglicher Form zu schauen, dass wir wieder eine Parteienfinanzierung auf den Weg bringen, eine aufstellen. Warum? Schauen wir uns heute die Parteienfinanzierung in Italien an. Diese funktioniert über die 2 Promille, die für viele Parteien, die hier im Südtiroler Landtag sitzen, nicht einmal zugänglich ist. Sie funktioniert dadurch, dass wir selber als politische Funktionäre, als Abgeordnete diese Partei mitfinanzieren und in der Hauptsache werden die Parteien in Italien und auch in Südtirol von privaten Spenden finanziert. Ist das der richtige Weg, wenn private Parteien Politik finanzieren? Das macht ein System unglaublich schwerfällig, es konditioniert ein System sagen wir mal so, denn das ist eigentlich der richtige Ausdruck. Und das ist, glaube ich, nicht der Weg, den wir als Demokratie einschlagen und eingeschlagen haben wollen. Gerade deshalb plädiere ich dafür, dass wir hier Möglichkeiten suchen, um wieder eine öffentliche Parteienfinanzierung auf den Weg zu bringen und aufzustellen. Vielen Dank!

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mich wundert es auch, dass diese Form überhaupt mit der Geschäftsordnung kompatibel ist, weil das fast so klingt als würden wir die Landesregierung auffordern, das böse Wort in Zukunft nicht mehr zu verwenden. Was passiert, wenn ein Antrag gestellt wird, dass man von vornherein die Landesregierung, egal wie gut etwas ausgearbeitet ist und jetzt unabhängig vom Thema selber, auffordern kann, nicht zuzustimmen oder dagegen zu sein, etwas zu unterstützen, was noch gar nicht auf dem Tapet ist. Das wundert mich ein bisschen.

Anscheinend geht es, glaube ich, mehr darum, dass der Kollege Urzì hören möchte, wie die Parteien hier im Landtag zur Parteienfinanzierung stehen. Wahrscheinlich geht es in dieser Debatte darum, sonst hätte er den Antrag anders formuliert oder zumindest gesagt: "Liebe Parteien, wie steht Ihr dazu, denn ich als Alessandro Urzì bin klar dagegen."

Ich habe es im Wahlkampf auch schon gesagt und da ist es nie populär, über Geld oder besonders über Parteienfinanzierung zu reden. Ich hatte auch im Wahlkampf bei einer Diskussionssendung kein Problem – da waren auch andere Vertreter der jetzt gewählten Parteien dabei – zu sagen, dass es, wie es einige Vorredner auch schon gesagt haben, in Demokratien einfach sein muss, dass Parteien ihrer Aufgabe nachkommen. Was ist die Aufgabe von Parteien, damit eine Demokratie funktionieren kann? Das ist Aufklärung, das ist Bürgerinformation. Wir befinden uns im Wettstreit, im Wettbewerb der besten Ideen für ein Land und da müssen die Bürger auch informiert und betreut werden können. Anders werden wir unsere Ideen auch nicht an den Mann, an die Frau bekommen. Das geht gar nicht anders. Nehmen wir das Beispiel von Österreich oder Deutschland her, die jetzt genannt worden sind. Dort ist man in Sachen Demokratie, im Ranking weit vor Italien. Was die Korruption anbelangt, steht man dort weit hinter Italien. Das zeigt uns ja auch einiges.

Wo entwickeln wir uns hin, wenn morgen, wie in den USA, die großen Konzerne sozusagen die Wahlkämpfe und die Politik mitbestimmen, indem sie dies finanzieren? Bei uns werden es vielleicht weniger die großen Konzerne, sondern die großen Interessensverbände und Interessensgruppierungen sein, die die Politik künftig maßgeblich unterstützen werden, wenn eine Parteienfinanzierung komplett vom Tisch ist, weil wir uns nicht getrauen zu sagen, dass Demokratie etwas kostet.

Kollege Urzì, es wäre billiger, wenn Du alleine für Südtirol alles schalten und verwalten könntest. Das käme den Bürgern billiger und wir wären alle umsonst. Ich weiß nicht, ob es gut für dieses Land wäre, wenn Du das alleine machen würdest, aber eine Diktatur ist natürlich günstiger, rein auf der Habenseite, was den Haushalt anbelangt. Ob das im Sinne der Bürger ist, das bezweifle ich stark.

Wir Freiheitliche stehen für eine transparente Parteienfinanzierung, auch wenn sie auf Provinzebene möglich wäre, und zwar aus dem Grund - ich muss den Satz überziehen -, weil wir eben nicht mit den staatlichen Parteien und mit der Situation in Italien zu vergleichen sind, auch was die Ausnahme mit den Promilleregungen anbelangt, wo die meisten Parteien nicht davon profitieren und das auch hernehmen können. Da sind wir außen vor. Deswegen ist es im Sinne der Demokratie wichtig, dass wir die Bürgerinnen und Bürger informieren, hinausgehen und unsere Ideen sozusagen auch ins Land tragen können, um dann hier auch als Abgeordnete davon profitieren zu können.

KÖLLENSPERGER (Team Köllensperger): Grundsätzlich vom Prinzip her ist eine öffentliche Finanzierung natürlich gerechtfertigt. Die prinzipielle Frage, die sich hier stellt, ist, ob es nicht besser wäre, eine öffentliche, angemessene, transparente, kontrollierte Finanzierung zu haben anstelle jener, die heute schon

stattfindet, eine private durch Unternehmer, durch Lobbys, wenig transparent und wenig kontrollierbar. Offenbar gibt es so ein Abkommen Lega-SVP, wo so etwas Ähnliches schon drinnen steht, dass man über eine öffentliche Parteifinanzierung in dieser Legislatur diskutieren will. Deswegen dürfte, glaube ich, die Linie grundsätzlich schon klar sein.

Grundsätzlich ja, Demokratie darf etwas kosten, wie es meine Vorredner gesagt haben. Grundsätzlich ist es für die Demokratie sowieso besser, wenn gleiche oder präzise Regeln für alle gelten. So hat jeder eine Chance, auch die kleinen territorialen Parteien. Denn es ist klar, wenn die Finanzierung privat läuft, dann haben die großen Parteien und vor allem die Regierungsparteien einen ganz, ganz klaren Vorteil. Verbände, Lobbys, Unternehmer gehen natürlich dorthin, wer am Hebel der Macht sitzt. Und das benachteiligt die Opposition und vor allem die kleinen Parteien. Es würde auch wahrscheinlich aufhören, dass man hier Posten und Pöstchen schafft zu 600 und 1.000 Euro, die dann meistens sowieso dazu dienen, dass sie der Partei abgeführt werden. Es würde auch aufhören, dass die Abgeordneten die Parteien selber zahlen, was im Grunde genommen auch wieder eine Art der öffentlichen Finanzierung ist, die auf dem Gehalt der Abgeordneten lastet, aber im Grunde genommen trotzdem öffentliches Geld ist.

Die Frage, die sich schon stellt, ist jene nach Transparenz, Angemessenheit und Kontrolle, also hier ist vieles zu klären. Das Prinzip kann man teilen. Es geht hier aber um eine Landesfinanzierung. Das Land soll das aus eigenem Haushalt finanzieren. Wir wissen, wie die Regeln hier im Land geschrieben werden. Es geht darum, wie das aussehen soll. Man braucht einen Vorschlag, um zu sagen, da kann man einverstanden oder nicht einverstanden sein, auch wenn man das Prinzip teilt. Die Art, wie das gemacht wird, kann hier ganz grundlegend etwas ändern. Eine öffentliche Finanzierung soll nicht dazu dienen, dass Parteien ihre Altlasten und Schulden mit öffentlichen Geldern sanieren, sondern dass die Demokratie, die Arbeit im Landtag hier und die Arbeit der Parteien nicht im Landtag, sondern die Arbeit der Parteien finanziert werden kann durch klare Regeln.

Insgesamt ist es so, dass die private Finanzierung jetzt auch mit den neuen Regeln aus Rom viel, viel schwerer geworden ist. Auch Renzi hatte das schon mit dem Hintergedanken, die Oppositionsparteien in den Regionen ganz klar zu schwächen. Er wollte in seiner Verfassungsreform sogar den Landtagsfraktionen die Gelder nehmen. Aber auch jetzt ist es so, dass man alle Spenden über 500 Euro deklarieren muss, dass man ein Register für alle kleinen Spenden, sogar für 10 Euro führen muss, dass man die Eintragung der Wählerlisten holen muss. Das lohnt sich schon fast gar nicht mehr, also die Regeln sind in Rom so verschärft worden, dass es für die Parteien schwierig ist, sich zu finanzieren. Deswegen ist es klar, dass, je schwerer es wird, desto mehr der Ruf nach einer öffentlichen Finanzierung laut und auch vertretbar wird.

Wie gesagt, das Prinzip können wir teilen. Wir haben uns darüber ausführlich unterhalten, aber die Frage, die wir noch geklärt haben wollen, ist über die Regeln einer Landesfinanzierung. Welche Konditionen? Wie hoch soll diese sein? Wer kontrolliert das? Wie wird das wirklich transparent gehandhabt? Wenn diese Regeln gegeben sind, dann sind wir bereit, das auch öffentlich zu unterstützen. Bevor diese Regeln nicht auf dem Tisch liegen, werden wir uns hier enthalten in der Erwartung, dass uns einmal das Thema konkretisiert wird. Wir werden diesem Vorschlag aus diesem Grund nicht zustimmen, da wir die Türe zu einer Finanzierung offen lassen wollen und möchten, dass diese Diskussion dann hier im Landtag transparent geführt wird.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Anche se si tratta di una discussione accademica, non potevo esimermi dal prendere la parola come Movimento 5 Stelle, visto che è stato uno dei nostri cavalli di battaglia e sono contento comunque che è uscito questo argomento, perché così è diventato esplicito che l'SVP, il PD e altri gruppi, sono a favore del finanziamento pubblico dei partiti.

Noi abbiamo fatto un *referendum* contro il finanziamento pubblico dei partiti a stragrande maggioranza, allora penso il 90% della popolazione, anche in Alto Adige, ha votato contro il finanziamento pubblico dei partiti, quindi io mi auguro che si possa fare un'altra volta un altro *referendum* – che tra l'altro ho sentito parlare di dittatura, si va in dittatura se non c'è il finanziamento pubblico del partito, si rischia la dittatura. Io credo che il *referendum* sia la suprema forma di democrazia e un *referendum*, quando i cittadini decidono, deve essere rispettato. Io siamo al servizio dei cittadini e mi chiedo: "Si può fare politica anche senza finanziamento pubblico dei partiti? Si possono ottenere dei successi?" Noi con il Movimento 5 Stelle siamo la dimostrazione, noi non soltanto non abbiamo preso il finanziamento pubblico dei partiti, ma rinunciamo anche a grossa parte del nostro stipendio, con una politica sobria siamo riusciti a diventare il primo partito d'Italia.

Io credo che non ci sia correlazione tra il fatto di fare un buon lavoro e ricevere dei soldi pubblici, ovvio che per lavorare qualcosa ci vuole. Io credo che comunque riceviamo già abbastanza rispetto al lavoro che

dobbiamo fare, d'altronde io vorrei proprio interpellare i nostri votanti, mi piacerebbe fossero qui a sentire i nostri discorsi, se sono d'accordo su quanto la politica costa o se avrebbero qualcosa da dire. Io credo che comunque si riesca a fare una buona politica anche con pochi soldi, ci sono adesso tanti mezzi che ce lo permettono e prenderei anche in considerazione uno dei grandi problemi che è l'astensionismo. L'astensionismo distanzia i cittadini dalla politica. Perché c'è questa grossa distanza? Soprattutto perché la grande forbice di redditi sta facendo sì che ci sia gran parte della popolazione che vive sotto un certo reddito e un'altra piccola parte che invece ha dei redditi molto alti. Essendo i politici in questa prima parte, allora dimostrano la distanza con i cittadini, quindi avere stipendi molto alti e dare più soldi alla politica, fa sì che ci sia un aumento di questa distanza, dopodiché sono d'accordo che ci possono essere delle regole per il finanziamento. Il finanziamento volontario esiste, è giusto che sia sottoposto a delle forti regole di trasparenza, altrimenti si rischia veramente che vinca chi ha più soldi. Mi auguro comunque che non si mettano le mani al finanziamento pubblico ai partiti e che venga accolta questa mozione. Grazie!

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Cari colleghi e care colleghe, a mozione conclusa, dibattito abbastanza confuso, nel senso che c'è chi dice "facciamo una riflessione", però io vi faccio presente che qui siamo per decidere, per confrontarci su decisioni e quindi il collega Urzì ci chiede di votare contro anticipatamente una decisione che ancora non c'è, di cui non conosciamo i termini e altri dicono che bisogna riflettere. Poi si fa anche della confusione sul merito, per esempio qualcuno ha parlato degli stipendi dei politici, quelli ci sono, nessuno te li tocca, collega Locher, qualcun altro ha parlato dei finanziamenti ai gruppi, quelli ci sono, nessuno li tocca, anzi il *Landtag* dà progressivamente, se mettete in fila tutti i bilanci del Consiglio provinciale, vedete come è gonfiato il bilancio e le spese del Consiglio provinciale, credo che rispetto a due o tre legislature fa siano raddoppiate, quindi c'è un finanziamento ai gruppi e all'attività della politica, del legislativo, eccetera.

Poi c'è il problema del finanziamento ai partiti, non ai gruppi consiliari, ai partiti e questo invece è stato riformato. Io penso, come il cons. Repetto, che sul finanziamento ai partiti, tanto per non far confusione, il Consiglio provinciale non ha alcuna competenza, questa è una competenza statale, non si gira intorno a questo, non ha alcuna competenza. Poi ci può essere sempre la riforma dello Statuto di autonomia, in modo tale che noi ci finanziamo e i trentini no, oppure i veronesi no. Ma pensate che sia concepibile una roba del genere, per cui noi andiamo alle elezioni parlamentari con un finanziamento ai partiti, mentre i veronesi o i lombardi no, questa è competenza statale, io sono abbastanza sicuro su questo e non c'è possibilità di fare esperimenti.

Il sistema statale è stato riformato e prevede un finanziamento ai partiti, col principio però della libera scelta, attenzione, sono soldi sottratti alle tasse perché il 2 per mille si sposta dalle tasse ai partiti – infatti il Movimento 5 Stelle era contro anche al 2 per mille –, ma c'è però la clausola della scelta volontaria, io scelgo di dare, i miei soldi delle tasse non vengono presi d'ufficio e spostati sui partiti, magari in proporzione a quanti voti prendono, per cui i partiti grossi prendono un sacco di soldi e i partiti piccoli si accontentano delle briciole, ma i partiti ricevono quanto i cittadini vogliono dare. Poi c'è l'offerta detraibile e poi ci sono le norme di trasparenza. Io credo che all'interno di questo, ovviamente, come si dice sempre, i nostri parlamentari a Roma, avrebbero parecchio da dire, per esempio perché non allarghiamo il 2 per mille alla possibilità di detrarre anche ai partiti presenti nei Consigli regionali? 20 anni fa c'era questa roba, poi Renzi, giustamente, l'ha tolta perché voleva far fuori tutti i partiti e lasciarne due soli.

Quindi io credo che ci siano ambiti di lavoro, all'interno però di questa cosa, poi c'è tutto il tema del finanziamento alla politica, e quindi anche a tutti i cittadini, comitati che fanno politica, non solo ai partiti. È stata cancellata per esempio la possibilità di mandare della posta politica, degli stampati a prezzo ridotto, adesso costa un'ira di Dio.

Io credo quindi che ci sia possibilità di lavorare, ma nel contributo credo in Parlamento nazionale, questa mozione a mio parere ha poco senso, quindi noi ci asterremo, perché non vogliamo votare qualcosa che veramente non si capisce che cosa sia.

LANZ (SVP): Werter Kollege Nicolini! Das ist sicher noch eine Erfahrung, die Sie machen werden, aber es ist ein Unterschied, die Nummer 1 zu werden und dann die Nummer 1 zu bleiben. Was die Fünf-Sterne-Bewegung momentan aufführt, ist eine Marschrichtung in ein komplettes Chaos. Wir haben einen Verkehrsminister, der durch Tunnels fährt, die es noch nicht gibt. Wir haben Berater im Gesundheitswesen, die beleidigende Aussagen gegenüber einer ganzen Bevölkerung machen, nur weil sie hier nicht einen Job gekriegt haben. Wenn wir das als gute Politik bezeichnen, dann haben Sie recht. Dann müssen wir die Finanzierung

wegmachen, dann müssen wir aber auch die Gremien abschaffen und dann können wir einen Mann hinstellen, der über Populismus sich für eine Woche nach oben schwemmt und dann wieder nach unten.

Ich entnehme diesem Antrag vom Kollegen Urzi, dass es sowohl für ihn als auch für die Kollegen Nicolini, Repetto und auch Dello Sbarba klar ist, dass, egal was in Zukunft passiert, ihre Gruppierungen auf öffentliche Gelder verzichten werden. Das nehme ich so zur Kenntnis. Das wurde heute so gesagt. Dann kann man den Schritt weitermachen. Man kann immer wieder eine Aussage den anderen in den Mund legen und sich - und das ist geschickt gemacht, wo man weiß, dass die Mehrheit in eine Richtung stimmt - als Saubermann präsentieren, aber dann unterm Strich eventuell davon profitieren. Wenn man A sagt, dann sollte man auch B sagen und auch zu dem stehen.

Ich entnehme den ganzen Wortmeldungen, dass im Raum schwirrt, dass es schon ein Abkommen gibt für öffentliche Parteienfinanzierungen zwischen Lega und SVP. Ich kann Ihnen sagen, dass es dieses nicht gibt. Ich nehme aber gerne den Auftrag mit, der hier von allen bekundet worden ist, die in diese Richtung denken, dass man eine Initiative startet und das eventuell in Absprache mit allen vorbereitet. Wir kennen alle die Thematik. Wir können uns drehen und wenden wie wir wollen. Wir können das bezeichnen wie wir wollen, aber ich glaube, dass die Bevölkerung auch ein Recht hat. Und das sind klare Aussagen und nicht irgendwelche schwammigen Definitionen und dass wir hin- oder herschwimmen und uns irgendwo lächerlich machen. Entweder stehen wir zu dieser Arbeit, die wir machen und machen sie vernünftig. Heute behandeln wir einen Beschlussantrag, bei dem wir nicht wissen, ob er rechtens oder nicht rechtens, der eine ganze Gruppe von gewählten Mandataren ihres Rechtes beraubt, weil wir denen a priori verbieten, in eine gewisse Richtung zu denken. Das kann es nicht sein, denn dann können wir diesen Landtag komplett auflösen.

In diesem Sinne wird auch die SVP-Fraktion, wie es schon angekündigt worden ist, gegen diesen Beschlussantrag stimmen. Ich glaube gehört zu sagen, dass auch der Kollege Urzi dagegen stimmt. Stimmt das? Nicht! A favore, gut. Danke!

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich weiß, dass es Tradition ist, dem Fraktionssprecher der stärksten Partei das letzte Wort zu lassen. Ich möchte nur noch darauf replizieren, weil der Kollege Lanz gesagt hat, dass man den anderen Leuten nicht etwas in den Mund legen soll, das sie nicht gesagt haben. Für unsere Fraktion und auch für die Partei, die ich jetzt 10 Jahre vertreten habe, ist es nicht so, dass wir im Hinblick auf Parteienfinanzierung auf irgendwelche populistische Wellen aufspringen. Das haben wir nie getan. Und wir haben auch sehr deutlich gesagt, dass eine öffentliche Parteienfinanzierung in einer gewissen Form für uns richtig ist. Der Kollege Dello Sbarba hatte seine Zeit zu Ende, sonst hätte er noch hinzugefügt, dass wir zum Beispiel intern hierzu eine lange Debatte geführt und auf jeden Fall gesagt haben, dass wir dafür sind, dass die 2-Promille-Parteienfinanzierung bleiben soll, was auch in gewisser Form eine öffentliche Finanzierung ist, weil es sonst Steuergelder wären, die wir sogar auf die Regionalparteien ausdehnen möchten. Dies zum Ersten.

Zum Zweiten sind wir auch dafür, dass auf jeden Fall eine Absetzbarkeit der Parteispenden existieren soll.

Zum Dritten wären wir auf jeden Fall dafür - das hat der Kollege Dello Sbarba nicht mehr geschafft zu sagen, aber das wollte er -, für Parteien auch gewisse Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen wie beispielsweise Räumlichkeiten. Ein Haus der Politik wäre etwas, das wir zum Beispiel immer wieder denken, wo Parteien, Leute, die Lust haben, die Demokratie differenziert zu bearbeiten, wo sie die Möglichkeit dazu kriegen, ohne auf irgendwelche Hintertüren angewiesen zu sein oder auf irgendwelche Finanzierungen, die man nicht nachverfolgen kann und die wahrscheinlich sehr viel eher von Partikularinteressen getrieben sind als von Allgemeininteressen. Das sollte, glaube ich, einen Konsens finden, ohne dass wir uns hier etwas vorhalten. Das ist ein sehr seriöser Ansatz, der uns in den meisten Bereichen kennzeichnet und den wir auch zu diesem Thema vorbringen.

Allerdings gibt es einen formellen Vorbehalt gegenüber dieser Formulierung des Beschlussantrages. Daher haben wir beschlossen, uns bei der Abstimmung der Stimme zu enthalten.

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns alle einig, dass die Parteien ein wichtiger Teil des demokratischen Systems und auch des demokratischen Prozesses sind. Es geht nicht nur darum, dass man bei Wahlen auf Gemeinde-, Landes- oder Staatsebene entsprechende Kandidaten nominiert, denn auch diese Aufgabe muss jemand übernehmen, sondern es geht auch um den Wettbewerb, um sachliche und

ideelle Ziele. Wir wissen, wenn man in die Runde schaut, dass Parteien für bestimmte Werte stehen oder zumindest stehen sollten. Jeder, der zur Wahl, in unserem Fall zur Landtagswahl, geht und zum Beispiel die Grünen wählt, dann weiß er im Großen und Ganzen, für welche Werte die Kandidaten und Kandidatinnen dieser Liste stehen und hat somit schon eine erste Orientierung. Nicht nur das, denn das erleben wir dann auch in der Folge. Hier geht es auch - und das ist Teil des Parlamentarismus - um ideelle Ziele und sachliche Debatten, wo auch diese Unterschiede der einzelnen Parteien entsprechend zutage treten.

Die Parteien kosten etwas und dieser Mechanismus kostet auch etwas und muss etwas wert sein. Wer finanziert diese Kosten? Eine Möglichkeit besteht über die Mitglieder, aber wir wissen, dass das immer schwieriger wird, vor allem für Parteien, die sich neu diesem Wettbewerb stellen und noch nicht eine entsprechende Mitgliederzahl haben. Die Mandatare, auch das ist eine Möglichkeit, von dem auch Gebrauch gemacht wird, das aber wiederum für ein Ungleichgewicht sorgt. Die Vertreter der einzelnen Parteien werden in einem unterschiedlichen Ausmaß – so kann ich mir das vorstellen - zur Finanzierung ihrer Partei beitragen müssen oder beitragen, sodass auch dadurch Unterschiede entstehen. Es gibt die Möglichkeit über Spenden. Hier rümpfen einige die Nase, wenn es darum geht, Spenden zuzulassen. Auch die kleinen Spenden sind, Frau Foppa, wenn man sie über die 2 Promille bei der Steuererklärung abgibt, am Ende Steuergelder.

Eines ist, ob es um die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln geht oder ob öffentliche Mittel am Ende fehlen, weil die Spenden abgeschrieben werden können oder ob es um die öffentliche Finanzierung geht, die heute hier zur Debatte steht.

Es geht hier nicht darum, Kollege Dello Sbarba, ob das jetzt rechtlich zugelassen ist oder nicht. Das wird man, wenn es soweit ist, entsprechend zu prüfen haben. Es geht auch nicht, Kollege Köllensperger, um die Form. Das ist heute nicht das Thema, sondern es geht darum, ob man hier mehr oder weniger verbieten will, darüber überhaupt nachzudenken. Das sollten wir, glaube ich, nicht tun. Wir sollten auch eine Debatte zulassen, auch Vorschläge zulassen. Dann wird dieses Gremium, dieses Parlament entscheiden, ob man diesen Weg gehen will oder nicht, nach rechtlicher Prüfung, nachdem die Vorschläge geprüft werden, aber wir sollten uns nicht a priori diese Auflage machen, überhaupt nicht darüber nachdenken zu dürfen. Dies zum einen.

Zum anderen. Kollege Urzì, die Frage der Form. Ich habe vorhin schon gesagt, dass es der Regierung untersagt würde, initiativ zu werden, im anderen wäre es weiter möglich. Zudem haben Sie zu Recht darauf hingewiesen, dass es auch der Regierung verboten würde, dies entsprechend zu unterstützen. Auch das würde nicht funktionieren, weil wir hier nicht als Regierungsmitglieder abstimmen, sondern als Abgeordnete und hätten dasselbe Recht, über jedes Thema abzustimmen, das hier eingebracht wird. Auch wenn es so sein sollte, dass wir hier als Regierungsmitglieder von einer Abstimmung ausgeschlossen wären, dann könnte es niemals sein, dass ein Parlament der Regierung verbietet, in eine Richtung abzustimmen und ihr das freie Mandat auch nehmen würde.

Deshalb ist dieser Beschlussantrag aus zwei Gründen abzulehnen, zum einen, wie gesagt, dass wir hier zumindest die Debatte zulassen sollten und zum anderen, dass das, schon von der Form her, eine absurde Situation heraufbeschwören würde.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): lo richiedo subito la votazione nominale e nel verbale, che generalmente viene confezionato in maniera molto precisa e puntuale, ma anche correggendo alle volte delle incertezze linguistiche, chiederei in questo caso che venisse invece scritto puntualmente quello che sto dicendo, perché è un'espressione che ormai fa parte del gergo comune ed è ormai entrata a far parte anche di una visione culturale.

Oggi ho sentito un dibattito da supercazzola con scappellamento a destra, io capisco, questo non lo conoscono tutti i colleghi magari anche di lingua tedesca, è un film famoso dove c'era un attore altrettanto famoso – Tognazzi – che per trattenerne le persone con cui interloquiva, senza dire assolutamente nulla, usava proprio questa espressione in maniera estremamente seria, come ho sentito dall'ass. Schuler, dai diversi colleghi che sono intervenuti. La supercazzola con scappellamento a destra, nel senso che linguisticamente sembra di sentire qualcosa di italiano, non vuol dire assolutamente nulla e questa è diventata un'espressione ormai da enciclopedia, intendo dire, è un'espressione ormai riconosciuta, quindi prego nei verbali di lasciare esattamente questa dizione, di non correggerla con altre meno chiare.

E questa supercazzola che ci avete fatto è per non dire – non è volgare, eh, non so come si può tradurre, in tedesco credo che non ci sia, non è volgare, quindi non ho detto nulla di volgare, è un'espressione proprio per trattenerne l'interlocutore senza dirgli assolutamente nulla e si dice proprio "facendogli la supercazzola" –

quindi vuol dire che qui non si è avuto il coraggio di rispondere a una semplice domanda posta: “ma sei favorevole o sei contrario?”

È partita qui la supercazzola con scappellamento, nel senso che non si è capito se uno è favorevole o se è contrario, perché nelle risposte si è detto tutto e il contrario di tutto e l'interlocutore, che sono io, rimane a bocca aperta e cerca di capire che cosa hanno detto i colleghi che sono intervenuti e francamente non l'ho capito, perché “Sì è inammissibile, però è ammissibile”, “Effettivamente è discutibile, però no, non è discutibile”, “È discutibile, non adesso, è discutibile, ma sarebbe discutibile dopo”, “Sì, sarebbe discutibile dopo, ma se la premessa fosse il fatto che ci fosse una proposta che è stata fatta, ma adesso non c'è e quindi ...”. Tutto e il contrario di tutto, tutto perché c'è la difficoltà a dire sì o no. Qualche collega ha avuto il coraggio di dire sì o no, legittimo, grazie collega, Lei che ha grande chiarezza dice quello che pensa e dice coerentemente qual è il suo voto, collega al mio fianco, altri ci hanno fatto la supercazzola.

Allora io, presidente, volevo ricordare che il dibattito non nasce per niente, ai colleghi che hanno detto “non sta nelle competenze, però forse sì anche”, cioè “non sta nelle competenze però certo che se si fa una modifica dello Statuto, poi dopo può stare nelle competenze”, quindi in linea teorica può stare nelle competenze, no? Quindi può stare nelle competenze, potrebbe stare, potrà stare, forse sta. Sta nelle prerogative nel momento in cui nella scorsa legislatura in prima commissione legislativa c'è stata un'intera giornata dedicata all'argomento, allora di che cosa si è parlato? E quando in Consiglio provinciale già abbiamo discusso dell'argomento la scorsa legislatura con altri interlocutori, di cosa si è parlato? Era nell'ambito della manovra di bilancio l'ipotesi che venisse presentata una serie di emendamenti per verificare la possibilità di introdurre bla, bla, bla. Quindi vuol dire che se n'è parlato in sede legislativa e abbiamo sentito da numerosi colleghi, che facendosi la supercazzola, comunque alla fine ci hanno detto che si potrebbe discuterne, ma non adesso, ma forse domani, ma quando ne discuteremo poi decideremo. Allora, ci vuole tanto a dire se sul principio si è d'accordo o contrari?

A scanso di equivoci, io ho ribadito, io sono favorevolissimo al finanziamento alla politica, alla democrazia, lo dico con regole diverse rispetto a quelle attuali, che sono – lo sappiamo, lo abbiamo vissuto anche sulla nostra pelle – assolutamente mostruose, ma che riguardano l'attività dei gruppi consiliari all'interno delle istituzioni. Oggi c'è una maggioranza che ha il totale potere e una minoranza – signori anche dell'opposizione, che siete così distanti da questa sensibilità – che è invece completamente sprovvista di ogni tipo di strumento, e ci sono grandi partiti nazionali che possono ripianare i loro debiti con il 2 per mille, con le altre forme di contribuzione e ci sono liste civiche che invece questo non lo possono fare.

Allora, presidente, ci vuole poco, basta votare o sì o no e tutto sarà chiaro, chi è a favore sull'ipotesi che possa essere introdotto e chi no. Questa è la legenda del voto. Grazie!

LANZ (SVP): Zum Fortgang der Arbeiten. Nachdem die Replik für mich leider unverständlich war, untersuche ich um eine kurze Unterbrechung der Sitzung für eine Sitzung des Fraktionssprecherkollegiums.

PRÄSIDENT: Dem Antrag wird stattgegeben. Vorrei salutare le classi 2E e 2D della Scuola alberghiera Ritz di Merano con la professoressa Sabrina Gazzini. Benvenuti in Consiglio provinciale.

Vorsitz der Vizepräsidentin | Presidenza della vicepresidente: Rita Mattei

PRESIDENTE: Grazie ragazzi di essere qui. Vi comunico che la seduta viene interrotta per dieci minuti per una riunione dei capigruppo.

ORE 16.03 UHR

ORE 16.15 UHR

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Josef Noggler

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir stimmen über den Beschlussantrag Nr. 59/19 namentlich, wie vom Abgeordneten Urzi und zwei weiteren Abgeordneten beantragt, ab. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung -
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)

Abgelehnt mit 16 Nein-Stimmen, 3 Ja-Stimmen und 9 Stimmenthaltungen. Anwesend 32 Abgeordnete, 28 abstimmende Abgeordnete, 4 nicht abstimmende Abgeordnete (Mattei, Vettorato, Vettori, Widmann).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Nicolini, Repetto, Urzi.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Alfreider, Amhof, Atz Tammerle, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Knoll, Ladurner, Lanz, Leiter Reber, Locher, Mair, Noggler, Renzler, Schuler, Vallazza.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Dello Sbarba, Faistnauer, Foppa, Köllensperger, Ploner Alex, Ploner Franz, Rieder, Staffler, Unterholzner.

Punkt 7 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 61/19 vom 7.3.2019, eingebracht vom Abgeordneten Repetto, betreffend die Sozialbetreuer."**

Punto 7) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 61/19 del 7/3/2019, presentata dal consigliere Repetto, riguardante gli operatori socioassistenziali."**

Der Beschluss der Landesregierung vom 18 Dezember 2018 Nr. 1419 „Seniorenwohnheime Südtirols“, Anlage A, sieht im Artikel 31 Absatz 2 vor, dass mindestens 45 Prozent der Personaleinheiten, die in einer Einrichtung in der direkten Betreuung tätig sind, dem Berufsbild der Sozialbetreuer/der Sozialbetreuerin angehören müssen. Das bedeutet, sie müssen ein Maturadiplom besitzen und zusätzlich einen zweijährigen Lehrgang an den Landesfachschulen für soziale Berufe besucht und ein einjähriges Praktikum absolviert haben. Dieses Berufsbild wird nur in Südtirol anerkannt.

Es gibt aber ein anderes Berufsbild, das italienweit anerkannt wird, nämlich das des Pflegehelfers/der Pflegehelferin, für das es auch in den Landesfachschulen Lehrgänge gibt, die jedoch nur ein Jahr dauern.

Wenn ein Pflegehelfer/eine Pflegehelferin die Qualifikation als Sozialbetreuer/Sozialbetreuerin erlangen will, muss ein dreijähriger Lehrgang besucht werden.

Wenn der Gesetzgeber einen qualitativ hochwertigen, hoch professionellen Dienst anbieten will, indem er ein Berufsbild mit einer dreijährigen Ausbildung festlegt, das sowohl in den Betreuungseinrichtungen als auch mit Menschen mit Behinderungen arbeiten kann, dann sieht die Realität aber komplett anders aus.

Die öffentlichen Seniorenwohnheime in Südtirol und insbesondere in der Landeshauptstadt schaffen es nicht, die Stellen der Pflegehelfer/der Pflegehelferinnen zu besetzen, was dazu führt, dass die Heimplätze gekürzt werden müssen, da die gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien (Artikel 37 Absatz 2 Buchstabe a) nicht eingehalten werden können. Dadurch wiederum werden die Wartelisten länger.

Um dieser Situation Abhilfe zu schaffen, sieht Artikel 37 Absatz 6 des genannten Beschlusses die Möglichkeit vor, auch Pflegehelfer/Pflegehelferinnen (also ein Berufsbild mit einer geringeren Ausbildung) einzustellen, um die vorgesehenen 45 % der Sozialbetreuer/Sozialbetreuerinnen zu besetzen, und zwar bis zu folgendem Ausmaß: In den ersten fünf Jahren bis zu 20 %, in den darauf folgenden 5 Jahren nur bis zu 10 %, sofern der Personalmangel an Sozialbetreuern/Sozialbetreuerinnen weiter besteht.

Nach diesen zehn Jahren dürfen aber in dieser Einrichtung keine Pflegehelfer/Pflegehelferinnen mehr für die direkte Betreuung angestellt werden.

Es ist klar, dass es sich hierbei in erster Linie um ein „Berufungsproblem“ handelt, da immer weniger Personen dazu bereit sind, diese wertvolle und wichtige Aufgabe zu übernehmen, die in Zukunft aufgrund der Alterung der Gesellschaft immer notwendiger sein wird. Man muss aber auch hervorheben, dass diese Bestimmung recht strikt ist, zumal im öffentlichen Arbeitsmarkt auch noch andere Kriterien zu erfüllen sind (z. B. Zweisprachigkeit und Proporz).

Die konventionierten Privatstrukturen sind hier flexibler. Zum Beispiel hat die jüngste Eröffnung des Grieserhofs viele Fachkräfte angezogen, die zuvor in öffentlichen Heimen mit befristeten Ver-

trängen angestellt und dort dienstverpflichtet waren. Dies hat in den anderen Seniorenwohnheimen große Probleme verursacht.

Man sieht also, dass der Beschluss von 2018 es nicht ermöglicht, dieses Problem flexibel anzugehen, und dass sich dadurch diese Notsituation in ganz Südtirol ausbreitet.

Aus diesen Gründen

verpflichtet
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung,

- den Prozentsatz der in den Seniorenwohnheimen angestellten Sozialbetreuer/Sozialbetreuerinnen im Verhältnis zu den Pflegehelfern/Pflegehelferinnen zu überdenken, und z. B. von 45 % auf 30 % herabzusetzen;
- den Lehrgang abzuändern, damit Personen, die mehrere Jahre lang als Pflegehelfer/Pflegehelferinnen gearbeitet haben, einen einjährigen und nicht mehr einen dreijährigen Lehrgang absolvieren müssen, um in das Berufsbild eines Sozialbetreuers/einer Sozialbetreuerin aufsteigen zu können.

Dadurch könnten sie nach Ablauf der 10 Jahre in den öffentlichen Wohneinrichtungen angestellt werden, in denen sie als Pflegehelfer/Pflegehelferinnen bereits tätig waren.

Es sollen außerdem geeignete Kommunikationsformen gefunden werden, um diese Lehrgänge attraktiv zu machen, damit der Bedarf an Arbeitskräften in diesem wichtigen Bereich abgedeckt werden kann.

La delibera della Giunta provinciale del 18 dicembre 2018 n. 1419 "Residenze per anziani dell'Alto Adige" ALLEGATO A prevede all'art. 31, comma 2, che il 45% dell'unità operativa nell'assistenza diretta debba avere delle caratteristiche di professionalità come la qualifica di operatore/trice socioassistenziale (OSA) e cioè essere in possesso di un diploma di maturità e oltre a questo della frequenza di un corso di due anni presso le scuole provinciali per le professionali sociali e un anno di tirocinio. Questa qualifica è solo riconosciuta nella nostra Provincia.

Si fa presente che esiste un'altra figura professionale, identificata a livello nazionale, che è l'operatore sociosanitario (OSS) che viene formato anche nelle scuole provinciali ma frequenta i corsi solo per un anno.

Se l'OSS vuole passare alla qualifica di Osa deve frequentare un corso di tre anni.

Se la volontà del legislatore è quella di offrire un servizio di elevata qualità professionale, individuando una figura che frequenti un corso di tre anni per essere assunta sia nelle strutture residenziali, sia nel settore dell'handicap, la realtà è totalmente diversa.

Le strutture residenziali pubbliche per anziani in Provincia di Bolzano, e specialmente nella città capoluogo, non riescono a coprire la pianta organica per questi operatori assistenziali, con il rischio di dover diminuire i posti offerti agli anziani in quanto non si ottemperano i parametri previsti dalla normativa (art. 37, comma 1, lettera a) e la conseguenza di aumentare la lista di attesa.

Per ovviare a questa crisi di vocazioni l'art. 37, comma 6 della delibera in questione, prevede la possibilità di assumere una qualifica più bassa (OSS) coprendo con un 20% la percentuale del 45% per i primi 5 anni e se la situazione di mancanza di personale OSA dovesse persistere negli ulteriori 5 anni, si potrà estendere l'assunzione degli OSS solo per il 10%.

Però decorsi i 10 anni non potranno essere più assunti per l'assistenza diretta operatori sociosanitari (OSS) in quella struttura.

È evidente che in primis c'è un problema di vocazioni per svolgere questo prezioso ed importante lavoro che nel futuro sarà sempre più richiesto dal mercato per un oggettivo aumento della popolazione anziana, ma si deve anche sottolineare che questa norma è comunque rigida in un mercato del lavoro pubblico che deve soddisfare altri requisiti (ad es. bilinguismo e proporzionale).

Le strutture private convenzionate hanno invece maggiori flessibilità e ad esempio la recente apertura del Grieserhof ha richiamato una serie di operatori che lavorano nelle strutture pubbliche a tempo determinato e nel regime di precettazione, creando non pochi disservizi nelle altre case di riposo.

Come si vede c'è una problematicità che l'ultima delibera del 2018 non permette di affrontare in modo flessibile, rendendo questa emergenza, che sta colpendo tutta la Provincia, strutturale.

In relazione a quanto scritto,

*il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
impegna la Giunta Provinciale*

- *a rivedere la percentuale degli "OSA" impiegati nelle residenze per anziani rispetto agli "OSS" passando ad esempio dal 45% al 30%*
- *a modificare il corso che dovrebbe passare da tre anni ad uno a favore del personale che ha svolto il lavoro di operatore socio-sanitario per diversi anni, permettendo loro avanzare nella qualifica operatori socio-assistenziali.*

Questo permetterebbe dopo i 10 anni che gli stessi possano essere assunti nelle strutture pubbliche residenziali dove hanno effettuato il servizio occupando i posti OSA.

Si individui inoltre una forma di comunicazione attrattiva per la frequentazione di questi corsi formativi affinché si soddisfi la domanda di questi fondamentali posti di lavoro.

Der Abgeordnete Repetto hat das Wort, bitte.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie presidente. Questa mozione nasce attraverso un lungo percorso dovuto a una conoscenza specifica sul mondo delle residenze per anziani dell'Alto Adige e soprattutto nell'ambito dei grandi centri abitati. Voi sapete che all'interno delle residenze per anziani lavorano come operatori socio-assistenziali due tipi di operatori, gli operatori che vengono chiamati operatori/operatrici socio-assistenziali, con l'acronimo OSA, che sono in possesso di un diploma di maturità e oltre a questo della frequenza di un corso di due anni presso le scuole provinciali per le professioni sociali e un anno di tirocinio. Questa qualifica è riconosciuta essenzialmente solo nella nostra provincia e prevede, attraverso l'allegato A dell'articolo 31, comma 2 della delibera della Giunta provinciale 18 dicembre 2018, perciò di una recente delibera, che in realtà riprende vecchi regolamenti, che all'interno delle case di riposo, o per meglio dire residenze per anziani, tra chi lavora nell'ambito degli operatori assistenziali deve esserci almeno il 45% di queste figure, perciò questa è una figura che ha un certo tipo di qualifica e poi viene coadiuvata da un'altra figura che è l'operatore socio-sanitario, l'acronimo è OSS, che viene formato anche questo nelle scuole provinciali, ma frequenta essenzialmente solo un corso di un anno, una cosa molto più leggera. All'interno perciò delle case di riposo ci sono queste due figure, ma cosa sta accadendo nelle strutture? Nelle strutture sta accadendo che queste figure, man mano che nel tempo funzionano le case di riposo, all'interno ci sono liste di attesa, purtroppo la maggior parte degli utenti delle case di riposo sono con problemi di deambulazione, addirittura allettati, cioè sono quasi lungodegenti, è un lavoro per il quale c'è una mancanza di vocazione per la formazione di queste figure professionali, tant'è che, ad esempio, faccio un esempio sulla città di Bolzano dove abbiamo la più grande casa di riposo, che è quella a Don Bosco, che ospita oltre 180 utenti, e nelle altre case di riposo pubbliche abbiamo esattamente 139 precettati. Cosa vuol dire? La precettazione è la copertura di un posto che è necessario e perciò vengono presi questi con delle qualifiche che però non hanno alcuni requisiti che sono pertinenti della nostra provincia, cioè il patentino oppure la proporzionale.

Questo è un problema serio, perché nel tempo queste sono figure che hanno contratti annuali, a tempo determinato, che vengono rinnovati, naturalmente hanno la giustificazione che è un lavoro necessario per cui è necessario avere questi operatori, però la struttura non ha mai una sua fisionomia consolidata nell'ambito degli operatori. Questa situazione, al di là della città di Bolzano, come ho premesso, si sta allargando a macchia d'olio intanto nella Bassa Atesina e comincia anche nell'ambito della città di Merano.

Ma al di là di questo c'è un altro tipo di problematica, che queste persone che sono precettate, queste 139 persone precettate, che erano anche un po' di più nel passato, con l'apertura delle nuove case di riposo convenzionate, tipo Grieserhof o in futuro sarà aperta Waldner, ad esempio, o a Merano ci sarà un'altra nuova casa di riposo che stanno costruendo vicino al Palace Hotel. Queste nuove case di riposo convenzionate andranno ad assorbire queste figure che sono attualmente precettate, perché comunque hanno le qualifiche previste e riconosciute, perciò vanno ulteriormente a diminuire il lavoro che c'è all'interno delle strutture residenziali.

L'altro aspetto è se un operatore socio-sanitario, cioè OSS, che ha fatto un corso di un anno vuole salire nell'ambito della qualifica, attraverso l'OSA, cioè attraverso questi che devono fare un corso di tre anni, lui comunque deve fare un corso di altri due anni per specializzarsi. Questo corso naturalmente viene fatto nelle ore di lavoro, pertanto la struttura gli deve dare i permessi per poter frequentare il corso per poter avere questa

maggiore qualifica, naturalmente questo crea un problema nella struttura dove lui lavora, perché crea un vuoto che deve essere sostituito.

Perciò come vedete, la situazione è un problema che effettivamente c'è, esistente, è un problema di natura di mancanza di vocazioni, di spinta nell'ambito delle scuole provinciali di avvicinare i giovani a questa professione, che non è solo una professione per le case di riposo, ma è anche nell'ambito dell'*handicap*, è anche nell'ambito della gestione di socio-pedagogico nell'ambito di minori. Perciò uno dei grandi problemi, appunto, è questo della mancanza di vocazioni, perciò spingere le giovani generazioni a muoversi in questa direzione, ma il problema attuale, il problema immediato è invece quello di poter avere e poter avere un sistema almeno tampone che possa mettere, non dico a regime tutte queste case di riposo, queste case per residenza per anziani, ma creare la possibilità, che ad esempio questi OSS possano avere, conseguire la qualifica di OSA in tempi abbastanza rapidi, attraverso il loro lavoro che svolgono quotidianamente e nello stesso tempo cercare di ridurre, se è possibile, la percentuale che ho detto all'inizio, che nelle case di riposo è prevista appunto dal regolamento provinciale, che il 45% deve essere coperto da questi operatori socioassistenziali, poterli ridurre a una percentuale più bassa per un periodo breve, affinché si possa arrivare a regime.

Questo è a grandi linee, sperando di essere stato chiaro, il problema, il problema è un problema esistente, reale, concreto, che penso che la Giunta provinciale e il Consiglio provinciale se ne possa fare carico per trovare delle soluzioni, perché, come noi sappiamo, possiamo trovare tutte le soluzioni possibili e immaginabili per fare in modo che si possano allontanare il più possibile gli anziani dalle case di riposo se sono messi bene fisicamente, non hanno problemi di nessun genere, perciò possono vivere nella propria abitazione, con tutte le assistenze, piuttosto che andare poi alla casa di riposo, però il problema delle case di riposo, il problema delle residenze per anziani esiste proprio nell'ambito dell'assistenza. Questo è un problema molto grave, un problema che sta portando al collasso anche alcune strutture, su cui si può intervenire a livello burocratico, alleggerendo un attimo la situazione, come io faccio la proposta.

Naturalmente questa mozione è aperta a qualsiasi tipo di proposta che può provenire dall'aula del Consiglio, proprio perché il tema è talmente delicato e talmente attuale e urgente, che deve essere in qualche modo affrontato nei prossimi mesi a venire. Grazie!

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Der Fachkräftemangel, den wir landauf landab spüren, hat nun auch das Hohe Haus erreicht. Ich danke dem Kollegen Repetto, dass er dieses Thema hier aufwirft.

Hier geht es um die Berufsgruppe der Sozialbetreuer/Sozialbetreuerinnen. Man kann davon ausgehen, dass diese Berufsgruppe in Zukunft, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wachsen muss, weil der Anteil von alten Menschen an der Gesellschaft zunimmt. Deshalb ist es richtig, dass man sich jetzt überlegt, wie man dieser Situation eines eventuellen Fachkräftemangels, den man jetzt schon spürt, für die Zukunft vorbeugen kann. Man muss jetzt beginnen, darauf zu reagieren und reagieren kann man auf verschiedene Art und Weise. Man kann organisatorische Maßnahmen ergreifen, man kann mehr Flexibilität in den Verhandlungen beweisen und man kann auch finanzielle Flexibilität an den Tag legen.

Heute geht es darum, eine organisatorische Maßnahme zu ergreifen. Diese organisatorische Maßnahme betrifft diese Berufsgruppe der Sozialbetreuer und der Pflegehelfer. Es ist so, dass die Sozialbetreuer eine relativ hoch gestellte Berufsgruppe ist, die sozusagen im gerontopsychiatrischen Bereich arbeiten, vor allem in den Seniorenheimen und die Pflegehelfer, wie vorhin angedeutet, mit einer Zusatzausbildung auch in diese Position kommen können. Im gerontopsychiatrischen Bereich, wo ältere Menschen meistens Demenzprobleme haben, braucht es natürlich eine hohe Qualifikation. Das kann man nicht so ohne weiteres downgraden.

Bei dieser Gelegenheit beantrage ich eine getrennte Abstimmung nach Punkten.

Der erste Punkt des beschließenden Teils ist eher kritisch zu sehen, weil wir durch diese Maßnahmen die Anzahl, die Quote von Fachkräften in den Seniorenwohnheimen absenken würden. Das ist angesichts der Situation und angesichts der zukünftigen Situation momentan sicherlich nicht der richtige Schritt.

Der zweite Punkt des beschließenden Teils ist aus meiner Sicht eine sehr intelligente Maßnahme, nämlich die Zugangsschwelle der PflegehelferInnen, die heute etwas tiefer sind, durch die Zusatzausbildung auf das Niveau der SozialbetreuerInnen zu bringen. Das ist ein sehr guter Vorschlag, weil diese PflegehelferInnen meistens schon viele Jahre im Berufsleben stehen und sich somit bereits etabliert haben, was die Praxis betrifft.

Nun gibt es aber noch eine Bemerkung, die ich anfügen möchte. Aus meiner Sicht wäre die Schaffung eines ganz neuen Berufsbildes ganz wichtig. Aus den Seniorenwohnheimen hört man den Begriff "Alltagsbegleiter". Heute ist es so, dass die Fachkräfte, wie wir sie haben, SozialbetreuerInnen und PflegehelferInnen sehr stark sozusagen in diesem gerontopsychiatrischen Tätigkeitsfeld beheimatet sind und sich nicht um die älteren Menschen kümmern können. Sie können vielleicht einmal mit ihnen Kartenspielen, auch ein Glas trinken oder einen Ratscher machen. Diese haben nicht die Zeit dazu. Die älteren Menschen brauchen genau diese Ansprache. Um diese Ansprache zu bekommen, bräuchte es ein neues Berufsbild. Wenn man in die Seniorenheime hineinhört, dann hört man immer wieder sagen, es bräuchte so etwas wie einen Alltagsbegleiter/eine Alltagsbegleiterin, die niederschwellig hineinkommen können. Sie brauchen keine besondere hochwertige Ausbildung, sondern sie müssen Freude im Umgang mit Menschen haben, im Umgang mit älteren Menschen. Diese würden dann die SozialbetreuerInnen und PflegehelferInnen enorm entlasten, sodass sich diese auf ihre hoch qualifizierte Arbeit konzentrieren können. Danke!

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das Fehlen an Fachkräften, das Fehlen an Pflegepersonal ist, glaube ich, der Politik nicht erst seit dieser Legislaturperiode bekannt, sondern das weiß man seit längerem. Man weiß, dass sich das Problem in Zukunft noch sehr stark verschärfen und vergrößern wird. Ich denke, dass wir hier ganz viele Maßnahmen setzen müssen. Wenn wir wissen, dass wir in diesen Bereichen einen Notstand haben, dass wir für diese Berufsbilder viel zu wenige Bewerber haben, dann heißt das nichts anderes, als dass man diese Berufsbilder so attraktiv machen muss, so aufwerten muss, dass wir wieder Leute bekommen, dass wir sie notfalls auch von anderen Ländern bekommen, die in Zukunft bei uns in diesen Bereichen tätig werden. Ich denke, dass wir ein gesamtes Maßnahmenpaket in ganz verschiedenen Ausrichtungen gestalten müssen, um hier die Berufe wieder aufzuwerten. Es sind dabei die Arbeitszeiten, vor allem Frauen, die flexible Arbeitszeiten wünschen und es für sie einfach viel idealer sind, dass man diese Möglichkeiten schaffen muss, dass der Gehalt passen muss. Das ist einer der Grundkriterien, der Grundlagen für die Wahl eines Berufes. Es ist nicht immer nur das, dass man es gerne tut, sondern die Arbeit muss auch dementsprechend belohnt werden und die Wertschätzung, die wir gegenüber den Pflegekräften mitbringen und die wir zeigen. Das muss einfach in ein Gesamtpaket hineinpassen.

Der Vorschlag geht in diese Richtung, dass man hier flexibel ist, um einen Notstand ausgleichen zu können. Ich glaube das vom Kollegen Repetto so zu verstehen, dass er damit gemeint hat, dort, wo wir jetzt eine Notsituation haben, weil zu wenig Fachpersonal da ist, auch den Prozentsatz sozusagen zu erhöhen, dass wir auch mit Pflegehelfern das aufbessern bzw. auffangen können. Das ist, glaube ich, die Intention hinter dem Antrag.

Auch die Form, wie sie der Kollege Staffler genannt hat, der Alltagsbegleiter wäre auch eine weitere Maßnahme, die hier anzudenken wäre.

Der Vorschlag, vor allem in Absatz 2 des beschließenden Teils, den einjährigen Kurs anzubieten, dass jene, die bereits tätig sind und in den Seniorenwohnheimen arbeiten, auch die Möglichkeit haben, über einen einjährigen Kurs sich weiterbilden zu können. Da fällt für mich auch die Zweisprachigkeit usw. hinein, dass man das alles als Maßnahmen setzt, die man in diesem Kurs anbietet und sozusagen begleitet, dann hinführt, dass sie sich selber die Kategorie aufbessern können.

In diesem Sinne können wir den Antrag unterstützen, wobei es im ersten Punkt schon ein bisschen zu präzisieren wäre. Wenn man die Wörter "zum Beispiel" hineinschreibt, dann ist das ein bisschen schwammig. Das müsste man schon klarer formulieren.

RIEDER (Team Köllensperger): Meine Vorredner haben einiges schon angedeutet.

Ich möchte aber auf einen anderen Punkt hinweisen. Wenn wir von Altersheimen und von Pflege reden, dann reden wir auch immer und müssen immer auch von Qualität reden. Wir kennen den Fachkräftemangel. Wir haben das alles gehört, aber es kann nicht sein, dass wir aufgrund des Fachkräftemangels Qualitätsreduktion und weniger Qualität in der Pflege in Kauf nehmen müssen.

Aus meiner Sicht ist es richtig und wichtig, dass der Personalschlüssel, also diese 45 Prozent aufrecht bleiben. Es müssen SozialbetreuerInnen sein. Warum müssen es SozialbetreuerInnen sein und können nicht PflegehelferInnen ihre Aufgaben übernehmen? Wir müssen uns nur kurz anschauen, was die Aufgaben der verschiedenen Berufsbilder sind. Die Aufgabe von PflegehelferInnen sind hauswirtschaftliche Tätigkeiten und persönliche Hygiene, Mitarbeit zur Sicherstellung der Grundbedürfnisse im sozialen und sanitären Bereich und Mitarbeit bei pflegerischen und therapeutischen Maßnahmen. Die Aufgaben der SozialbetreuerInnen sind

Pflege, Betreuung und Begleitung und – das, was jetzt kommt, ist ganz wichtig - prophylaktische Maßnahmen, Verabreichung von Medikamenten laut schriftlicher Anweisung, hauswirtschaftliche Versorgung, Anregungen zur Freizeitbetreuung und Vermittlung sozialer Kontakte, Unterstützung im täglichen Leben und beim Rehabilitationsprogramm. Also hier kurz zusammengefasst die unterschiedlichen Aufgaben.

Wenn wir von Altersheimen reden, dann reden wir nicht nur von großen Einrichtungen. Ich komme aus dem Pustertal. Dort gibt es manche Einrichtungen, die kleiner sind, wie zum Beispiel in St. Johann, wo meine Mutter untergebracht war. Natürlich leiden all diese Einrichtungen unter dem Pflegenotstand. Aber wenn sie die Qualität der Betreuung aufrechterhalten wollen, dann brauchen sie mindestens, wenn schon sehr viele KrankenpflegerInnen fehlen, SozialbetreuerInnen, denn die SozialbetreuerInnen können im Altersheim die Pflege mehr unterstützen, vor allem auch wichtig, sie können den Nachtdienst übernehmen und sie können auf schriftliche Anweisung vom Arzt Medikamente verabreichen, vorbereiten und diese Aufgaben übernehmen.

Aus diesem Grund ist es für uns wichtig, bei der Ausbildung klar zu bleiben. Bei der Ausbildung ist es so – ich habe mir die verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten angeschaut -, dass wir hier zwischen der Vollzeitausbildung und der berufsbegleitenden Ausbildung unterscheiden müssen. Dann geht es auch um die Voraussetzungen, die gebraucht werden.

Kurz zusammengefasst: Wir brauchen Qualität. In Absatz 2 stehen die Wörter ", die mehrere Jahre lang als Pflegehelfer/Pflegehelferinnen" gearbeitet haben. Man müsste spezifizieren wie viele Jahre das sind. Weiters stehen dort die Wörter "einen einjährigen und nicht mehr einen dreijährigen Kurs absolvieren müssen". Man müsste spezifizieren, ob das ein Vollzeitkurs oder es nur berufsbegleitend ist, also wir werden diesem Antrag nicht zustimmen, denn es geht uns hauptsächlich um die Qualität.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Die Kollegin Rieder hat etwas angesprochen, das ganz richtig ist. Es geht hier nicht so sehr um die Frage, ob wir diesen Menschen zutrauen, dass sie in einem Jahr oder in drei Jahren etwas lernen, sondern es geht darum, was in diesen Kursen vermittelt wird.

Wir brauchen uns nur folgendes Beispiel vor Augen führen. Wenn wir einen Facharztmangel in einem Bereich haben, dann kann ich auch nicht hergehen und sagen, jetzt stelle ich nur Mediziner an, die die Vorklinik hinter sich gebracht haben, mir fehlen die Fachärzte und ich kann nicht irgendjemand anderen anstellen. So ist es in diesem Bereich halt auch. Wir haben gerade im Pflegebereich Bedarf an Personen, die die Patienten oder die Senioren begleiten, wenn es um die Eingabe von Medikamenten geht, die auch ein Grundwissen über die Wechselwirkung von Medikamenten haben müssen. Da kann ich nicht einfach sagen, ich stelle jemanden an, weil dieser schon drei Jahre in dem Bereich tätig war, wenn in der Substanz die Ausbildung fehlt.

Man müsste darüber nachdenken - und da sind wir immer wieder beim leidigen Europaproblem - , die Kriterien der Ausbildung zu vereinheitlichen, dass man sich anschaut, was ich an Grundkenntnissen vermittele. Dann schaue ich, ob ich in der Lage bin, die Grundkenntnisse in diesem Land zu erlernen, ob ich diese Bausteine, die zu dieser Ausbildung gehören, in dem einen Jahr bereits vermittelt habe. Dann geht es ja gut. Aber wenn das in einem Jahr nicht vermittelt worden ist, sondern dort das ganze System der Ausbildung anders aufgestellt worden ist und in einer Spannweite von drei Jahren vermittelt wird, dann kann ich nicht hergehen und sagen, ich habe eine Ausnahmesituation und akzeptiere, dass sie das nur mit der einjährigen Ausbildung bekommen, weil wir vor allem auch der Realität ins Auge sehen müssen, dass Ausnahmesituationen in Südtirol sehr oft zu Normalsituationen werden. Wenn sich das einmal sozusagen etabliert hat, dass wir hier eine Ausnahmeregelung zur Norm gemacht haben, dann werden diese einjährigen Ausbildungen im Grunde genommen in Südtirol zum Standard werden.

Wir brauchen uns das Ganze nicht schönreden. Den Mangel an Pflegekräften gibt es einfach, nur den lösen wir nicht, indem wir die Pflegestandards herunterschrauben, sondern wir müssen sie in der Form lösen, indem wir einheitliche Standards auch auf europäischer Ebene für die Pflegeausbildung und wenschon nicht auf europäischer Ebene zumindest in unserem näheren Umfeld schaffen. Wir brauchen uns nur die Krankenpflegeausbildung anschauen, wenn wir immer davon reden, dass wir einen Ärzte- und Pflegemangel haben. Wenn jemand beispielsweise in Innsbruck eine Pflegeausbildung macht, dann vergeht ein Jahr, bis er diese in Südtirol absolvieren kann und alles anerkannt bekommt. Das trägt auch dazu bei, dass wir hier einen Pflegemangel haben. Wir könnten in sehr, sehr vielen Bereichen tätig sein.

Deswegen ersuche ich um getrennte Abstimmung, weil wir dem ersten Teil, was die Reduzierung angeht, nicht zustimmen können und auch nicht zustimmen wollen, weil das einfach zur Norm und dann nicht mehr umgesetzt und nicht mehr umgedreht wird. Wir haben heute schon das Problem mit der Zweisprachigkeit

in den Südtiroler Krankenhäusern. Das ist gerade bei der Seniorenbetreuung ein sehr, sehr großes Problem. Senioren haben das Recht, in ihrer Muttersprache zu sprechen, haben oft auch aufgrund ihrer schulischen Ausbildung in der Vergangenheit auch nicht die Sprachkenntnisse. Das führt zu einer sozialen Vereinsamung, wenn sich der Mensch nicht mit seinen Pflegekräften in der eigenen Sprache unterhalten kann. Wir können nicht einfach sagen, dass es egal ist, was man für eine Sprache spricht, Hauptsache er hat irgendjemanden. Da schrauben wir die eigenen Standards herunter und das sollte nicht das Ziel einer Pflege in Südtirol sein.

AMHOF (SVP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal möchte ich mich für die Einbringung eines so wichtigen Themas auch hier in die Aula bedanken.

Ich habe heute in einem Südtiroler Medium gelesen, dass das Land Tirol für eine Pflegereform bis hin zum Jahr 2020/22 knapp 108 Millionen Euro zusätzlich zu den bereits getätigten Ausgaben zur Verfügung stellen will. Warum sage ich das? Weil wir alle erkannt haben, dass dies eine der ganz, ganz großen Herausforderungen für unsere Politik in unserem Land wird, wie wir auch mit alten Menschen in diesem Land umgehen, die dieses Land aufgebaut haben. Ich denke, dass auch wir als Land Südtirol eine Strategie brauchen, wie wir dem Fachkräftemangel im soziosanitären Bereich gegenüberreten. Wir müssen Menschen ausbilden, wir müssen verschiedene Berufsbilder, verschiedene Ausbildungswege definieren. Wir haben heute bereits einen Berufsmix von Sozialfachkräften, von PflegerInnen, von Sozialpädagogen, also es gibt heute schon einen bunten Mix an Menschen, die im soziosanitären Bereich arbeiten. Aber wir müssen uns auch überlegen, wie wir neue Einstiegsmöglichkeiten in diese Berufe gewährleisten für Menschen, die sich im Laufe ihres Lebens umbilden wollen und hier attraktive Einstiegsmöglichkeiten schaffen. Ich denke, dass wir aber auch neue Berufsbilder schaffen sollen bzw. neue Ausbildungswege. Hier denke ich vor allem verstärkt an duale Ausbildungen in diesem Bereich, damit wir Menschen viel früher in das Berufsleben bringen, anstatt zu lange im theoretischen Bereich hängen zu lassen.

Der Beschlussantrag von Sandro Repetto zielt in erster Linie auf den Ausbildungsbereich ab. Ich denke, dass Ausbildung wichtig ist. Wir brauchen gut qualifiziertes Personal. Hier geht es darum, dies nicht zu kürzen, sondern qualitativ hochwertig zu machen. Zum anderen spricht er die Standards an. Hier wäre ich sehr vorsichtig. Hier schließe ich mich der Kollegin Rieder an, die gesagt hat, dass wir heute in unseren Heimen viel größere Herausforderungen bei der Betreuung von Menschen haben. Die Menschen, die dort untergebracht sind, die Seniorinnen und Senioren haben zum Teil einen viel höheren Pflegebedarf wie sie ihn früher hatten. Deshalb ist, glaube ich, dieser Betreuungsschlüssel mehr als richtig. Ich würde niemals von diesem Betreuungsschlüssel weggehen. Das dürfen wir nicht. Wir müssen uns dann den Vorwurf gefallen lassen, dass wir die Standards für Senioren senken, und das ist nicht der richtige Weg. Wir müssen andere Strategien finden. Deshalb bin ich auch nicht dafür, diesen Beschlussantrag in dieser Form anzunehmen. Danke!

LOCHER (SVP): Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass uns in nächster Zeit kein Thema so beschäftigen wird wie die Pflege. Wir wissen heute, dass wir, wenn wir die Arbeitsstellen in den Südtiroler Gemeinden hernehmen, 4.400 Beschäftigte haben und im Pflegebereich 3.300. Das heißt, dass wir annähernd die gleichen Stellenplätze, wie in den Gemeinden vorgesehen, haben. Das ist eine Zahl, die beachtlich ist und in den nächsten Jahren steigen wird.

Die Frage ist, wie wir das lösen. Kollege Repetto, ich gebe dir fast recht, weil ich glaube, dass es so ist, wie wir es in den Gemeinden meistens erlebt haben: Woher mit den Pflegekräften? Das heißt, dass wir sie nirgends finden. Was machen wir? Wir untergeben fast alles, das heißt an die Zweisprachigkeit ist gar nicht zu denken und auch nicht an die Ausbildung. Das ist – ich will nicht von einem Notstand reden – eine sehr prekäre Situation. Was haben die einzelnen Gemeindeverwaltungen gemacht? Sie haben alles erdenkt, die Stiftungsverwaltungen gemacht, um diese Situation überhaupt noch im Griff zu haben. Das ist viel mehr als wir hier im Landtag wissen, wie die Situation aussieht.

Ich möchte daran erinnern, dass heute in vielen Pflegeheimen ohne freiwillige Arbeit, freiwillige Unterstützung niemals der Dienst in dieser Form gewährleistet werden kann, und zwar einmal aus finanziellen Gründen und zweitens aus familiären und vor allem menschlichen Gründen. Das heißt, dass nach wie vor viele Pflegekräfte hier sind, die weder die Sprache beherrschen noch die Ausbildung haben und im Grunde genommen die freiwilligen Personen, die aushelfen, die wertvollsten Kräfte in den Pflegeheimen sind.

Deshalb sage ich, ganz unabhängig davon, ob der Beschlussantrag angenommen wird oder nicht, dass der Denkanstoß, Kollege Repetto, sehr, sehr gut ist. Das muss ich ganz einfach sagen. Der Denkanstoß ist sehr, sehr gut, wo man sich etwas überlegen muss. Es geht nicht um freiwillig, machen wir, beschließen wir

und denken wir darüber nach und wieder darüber nach, dann werden wir schon eine Lösung finden, wenn heuer nicht und nächstes Jahr auch nicht, vielleicht in zwei oder drei Jahren, immer reden, reden, reden. Das ist manchmal das Problem. Wir reden zu viel und handeln zu wenig. Das ist manchmal das ganz große Problem und vergessen eigentlich, was im Grunde draußen in den Pflegeheimen passiert.

Was kommt noch auf uns zu? Jetzt sind die Jahrgänge im Pflegeheim, die während der Kriegs- bzw. Optionszeit geboren sind. Jetzt kommen die Jahrgänge, die in der Nachkriegszeit geboren sind und das sind vielfach mehr Jahrgänge, die auf uns zukommen und die eine Pflege brauchen. Im Grunde soll es nicht wieder so sein, dass wir wieder diskutieren, wieder alles zerreden, alle eine andere Meinung haben. Es geht darum, dass wir die Verpflichtung haben, etwas zu unternehmen, was eigentlich sinnvoll ist. Es sind, glaube ich, einige sehr gute Ansätze dabei. Ich werde mich der Fraktion anschließen, aber der Vorschlag ist bei beiden Ansätzen sehr, sehr gut. Das muss ich schon sagen. Man merkt einfach, lieber Kollege Repetto, dass Du Dich mit dieser Materie sehr beschäftigt hast. Ich glaube, dass vor allem in den Städten eine ganz andere Situation ist wie zum Beispiel in den ländlichen Gemeinden. Danke!

HOCHGRUBER KUENZER (Landesrätin für Raumordnung und Landschaftsschutz, Denkmalschutz - SVP): Werte Kolleginnen und Kollegen! Zum Thema ältere Mitmenschen Folgendes. Ich möchte nicht von alten Menschen reden, sondern das sind unsere Mitmenschen und wir sind nur ein Stück des Weges weiter vorne. Wir gehen alle in diese Richtung. Das beschäftigt uns und soll uns auch beschäftigen. Wir sollen Wege und Möglichkeiten finden, dass diese älteren Menschen nicht ihre persönlichen Werte aufgeben müssen, weil sie es aus eigener Kraft nicht mehr schaffen, das Leben selber zu gestalten. Das ist einmal die Grundvoraussetzung.

Das Zweite, das ich einbringen möchte, ist Folgendes. Eine große Wertschätzung jenen Menschen gegenüber, die heute den Dienst der Pflege und Betreuung der älteren Menschen machen. Auch das sollte nicht außer Acht gelassen werden, denn bei manchen Stellungnahmen hört man heraus, dass sie zu wenig gut betreut werden. Die Menschen, die in der Betreuung sind – ich kenne viele davon und die Kollegin Rieder weiß das ganz sicherlich auch -, geben ihr Bestes un das Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr. Dass auch diese Menschen Unterstützung von der öffentlichen Seite, von der Politik brauchen, Anerkennung brauchen, das gilt für mich als selbstverständlich. Ihr Dienst ist nicht mehr wegzudenken.

Ich wäre nicht dafür, dass man sagt, wir sollten den Anteil der Fachausgebildeten nach unten senken, damit wir es schaffen, viele Menschen in diese Betreuungsberufe zu bringen. Die Voraussetzung für mich in diesen Betreuungsberufen ist grundsätzlich einmal die Wertschätzung und Anerkennung. Das geht natürlich auch über die Unterstützung und die Leistungen. Sie haben in letzter Zeit – das wurde mir gesagt – darum gekämpft, dass sie immer wieder eine bestimmte Auszeit nehmen dürfen. Das ist auch richtig und gut so, denn ältere Mitmenschen werden gut betreut, wenn die Betreuerinnen und Betreuer, vor allem Frauen, selber stabil im Leben stehen können und nicht ausgebeutet werden, was ihren Einsatz anbelangt.

Jetzt zum Succus. Im letzten Jahr wurde das Landesgesetz für die soziale Landwirtschaft eingeführt und die Diskussion hier war ganz eine andere, das Gegenteil. Man hat gesagt, wie es sein könne, dass Menschen mit einer kleinen Ausbildung ältere Menschen mitbetreuen können. Heute höre ich genau das Gegenteil, dass wir eigentlich von der Fachausbildung zurückgehen sollten. Ich bin der Meinung, dass beides notwendig ist, um den Dienst abwickeln zu können.

Ich möchte noch einmal dafür plädieren, dass wir flexiblere Modelle zulassen müssen, nicht nur ausgebildete Berufsmodelle, sondern Modelle in der Erwachsenenbildung, dass, wenn jemand die Entscheidung trifft, für eine bestimmte Zeit in die Betreuung von Menschen zu gehen, er mit einer zusätzlichen Ausbildung und seiner Lebenserfahrung diese Tätigkeit auch machen kann. Es liegt an uns, hier Wege und Möglichkeiten zu finden. Nicht die alten Menschen sind das Problem, noch einmal, weil wir selber auf diesem Wege sind, sondern wir haben die Verantwortung, Wege und Möglichkeiten zu finden, damit es ihnen und uns auch gut geht.

DEEG (Landesrätin für Soziales, Wohnbau, Familie und Senioren - SVP): Sehr geschätzter Präsident, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich an dieser Stelle für die Debatte und für die vielen wertvollen Inputs bedanken, weil ich denke, dass wir uns in den nächsten Jahren effektiv über dieses Thema noch viel unterhalten werden und werden müssen.

Mich beeindruckt immer wieder die Zahl, dass im Jahr 2030 jeder dritte Südtiroler, jede dritte Südtirolerin über 60 Jahre sein wird. Wenn ich ein bisschen rechne, dann bin auch schon 58 Jahre alt und kann mich dann

auch schon zu dieser Kategorie zählen. Im Grunde sprechen wir auch von den Voraussetzungen, die wir heute für uns selber schaffen. Ich schaue so ein bisschen in die Runde. Ich glaube, dass uns dies letztendlich alle und viele Menschen in diesem Land betrifft. Deshalb darf ich sagen, dass ich mich gerade in dieses Thema einlese. Wir werden auch den Diskussionstisch anschauen müssen. Wir haben eine sehr schwierige Situation in Bozen - das darf ich an dieser Stelle auch sagen -, auch weil ich sagen darf, dass viele Gemeinden ihre Hausaufgaben gemacht haben. In Bozen haben wir noch viel an Nachholbedarf auch im Bereich Pflegeplätze, aber auch in Form von anderen Strukturen. Sicher ist, dass wir ein abgestuftes Pflegesystem brauchen und dass wir viele Menschen in dem Bereich brauchen.

Der Verband für Seniorenwohnheime hat erst eine Tagung zu diesem Thema auf Euregio-Ebene abgehalten. Ich finde es auch sehr gut, dass man sich grenz- und provinzüberschreitend dazu austauscht. Sie haben gesehen, dass allein der Bedarf in den nächsten zehn Jahren an die 2.200 Pflegekräfte nur im Bereich der Seniorenwohnheime sein wird. Dass das Thema Fachkräftemangel ein wichtiges ist, das wissen wir auch. Das Problem ist nur, dass wir physisch diese ganzen Menschen, die wir jetzt brauchen in der Verwaltung, in den verschiedenen Sparten wie Tourismus usw. nicht haben werden. Wir können dann herumschieben, das wird sein. Wir werden uns auch überlegen müssen, wie wir auch Unterstützung holen. Heute wird im Pflegebereich schon sehr viel in der Familie geleistet und die Familien müssen wir besser unterstützen. Wir werden ganz viele Themen angehen müssen dahingehend, was wir morgen an Unterstützung von außen brauchen werden. Auch das wird ein Thema sein, über das wir uns auch ideologiefrei und ganz sachlich unterhalten werden müssen.

Der Beschluss ist vom Dezember 2018. Meines Wissens - so berichtet es mir das zuständige Amt - wurde das in enger Absprache auch mit den Pflegeheimen und dem Verband der Pflegeheime auch so vereinbart. Das Ziel war es und ist es, die Qualität zu sichern und auch die Akkreditierung der Strukturen damit zu verbinden.

Ich darf Ihnen vielleicht noch einen Flash geben. Derzeit drängen sehr viele private Investoren in diesen Bereich hinein. Das ist ein Punkt, den wir uns auch ein bisschen anschauen müssen. Das macht manchmal auch Sinn. Als Unterstützung für das öffentliche Angebot – darüber müssen wir, glaube ich, auch offen reden – in vielen Bereichen kann auch Privatinitiative gut sein, vor allem dort, wo wir wissen, dass es die Öffentlichen allein nicht schaffen können und werden.

Wir werden bei einem Punkt insbesondere nicht wegschauen dürfen, wenn es um die Qualität der Betreuung geht. Jeder ältere Mensch muss bei uns den Anspruch haben, dass er gut versorgt wird. Die Generation, von der wir reden, ist die Generation, die die Rahmenbedingungen geschaffen hat dafür, dass wir heute Südtirol in der Form haben, wie wir sie heute erleben dürfen, nämlich Vollbeschäftigung, einen gut situierten Landeshaushalt, der für viele Dinge immer noch zu klein ist. Aber trotzdem ist es, glaube ich, unser Auftrag, und dem wollen wir auch nachkommen, ältere Menschen gut zu begleiten und ihnen die Sicherheit zu geben, dass, solange sie möchten, zu Hause bleiben können, aber dann, wenn sie es brauchen, im Pflegefall auch gut betreut werden.

Wir werden diesen Beschlussantrag aus dem besagten Grund nicht annehmen, vor allem auch um die Pflegequalität zu sichern. Wir werden aber über viele Punkte reden müssen dahingehend, was die Ressource ist, die wir hier noch einbinden können. Das sind vor allem viele Frauen vielleicht, die wieder in den Beruf einsteigen wollen, die wir dann vielleicht auch besser noch berufsbegleitend eine Weile für diesen Bereich motivieren können. Ich darf Ihnen nur sagen, dass wir gut tun, den Menschen auch das Rüstzeug in die Hand zu geben, dass sie diese Art von Tätigkeit auch längerfristig ausüben können. Wer einen Pflegefall zu Hause hat, der weiß selber, dass dies sehr viel von einem fordert, dass man viel geben muss und es sehr viel von einem selber in Anspruch nimmt. Ich bin überzeugt, dass wir ihnen mit dieser Herausforderung das Rüstzeug in die Hand geben müssen, um manchmal auch mit der einen oder anderen Überforderung umzugehen.

Sie können das Berufsbild, und damit schließe ich ab, auf der Homepage der Landesfachschule für Sozialberufe "Hannah Arendt" anschauen. Was macht heute ein Sozialbetreuer, was macht eine Sozialbetreuerin und wo geht die Richtung hin? Alte Menschen in verschiedenen Lebenssituationen begleiten, pflegen und betreuen. Der zweite Punkt, der besonders wichtig ist, Menschen mit demenzieller Erkrankung begleiten, pflegen und betreuen, also das Thema Demenz ist hoch komplex. Menschen in verschiedenen Lebenssituationen immer begleiten, pflegen und betreuen und, ein wichtiger Punkt, die eigene berufliche Identität entwickeln. Das ist gerade für Pflegekräfte ein ganz zentraler Bereich.

In diesem Sinne werden wir, wie gesagt, einen gemeinsamen Weg mit den Sozialdiensten, mit den Gemeinden und auch dem Verband der Seniorenwohnheime gehen und gemeinsam an dieser Herausforde-

rung arbeiten. Ich bin auch zuversichtlich, dass wir Lösungen finden werden. Ich würde auch nicht ausschließen, dass wir dieses Thema auf alle Fälle anschauen möchten, nur lassen Sie uns, mir vor allem ein bisschen Zeit, das zu vertiefen, weil ich mir einiges auch noch im Konkreten anschauen möchte und muss. Danke!

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie presidente. Intanto ringrazio per il dibattito che c'è stato, non avevo dubbi che l'aula fosse sensibile su questo argomento e naturalmente è stato un dibattito essenzialmente costruttivo, perché ci sono state diverse e anche interessanti valutazioni e punti di vista che naturalmente non avevo nella loro completezza. Dall'altro lato mi si permetta di comunque tentare di poter far passare questa mozione, con alcune modifiche dopo che c'è stata la discussione e poi le presenterò al presidente, queste modifiche dove per esempio il primo punto della delibera, ho capito che sulla qualità io ho sottolineato che appunto il fatto che è stata creata questa figura professionale, fosse proprio in funzione di dare una qualità al servizio e questo io l'ho sottolineato e dico che è necessario ed è un punto estremamente di pregio sul servizio che viene offerto, dall'altro lato sono disponibile ad abrogare diciamo il fatto che ci sia un abbassamento della percentuale degli OSA all'interno delle strutture residenziali per anziani e, secondo punto, che mi era sta detto che era troppo generico il fatto "che ha svolto questo lavoro" da quanti anni, metterei appunto i 5 anni e poi accetterei questa proposta del cons. Staffler, dove si individua questa figura *Alltagsbegleiter*, come anche nell'ambito di formazione in merito.

Presidente, la presento e poi andrà in voto dopo? Non so, per la traduzione.

PRÄSIDENT: Die Behandlung des Beschlussantrages Nr. 61/19 wird in Erwartung des übersetzten Ersetzungsantrages ausgesetzt.

Punkt 8 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 65/19 vom 14.3.2019, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Staffler, betreffend: Nein zur Valdastico-Autobahn."**

Punto 8) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 65/19 del 14/3/2019, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Staffler, riguardante: No alla Valdastico."**

Die Valdastico-Autobahn A31 – auch bekannt als „PiRuBi“ nach den drei christdemokratischen Politikern Piccoli, Rumor und Bisaglia, die sich für dieses Projekt stark machten – wurde 1976 für den Verkehr freigegeben. Sie hört in der Gemeinde Piovone Rocchette auf und wurde seitdem nicht weitergebaut.

Von Anfang an schlugen die Region Venetien und die Betreibergesellschaft vor, die A31 in Richtung Norden weiterzuführen, um sie dann an die A22 anzubinden. Zu diesem Zweck wurde sogar ein Vorprojekt mit sechs verschiedenen Trassenvarianten ausgearbeitet: Bevorzugt wurde dabei die Trasse, die bei Besenello in die A22 münden sollte.

Dem Widerstand der autonomen Provinzen Trient und Bozen und der Mobilisierung von Kultur- und Umweltverbänden wie Italia Nostra, dem WWF und der britischen Stiftung "The Landmark Trust" ist es zu verdanken, dass dieses Projekt bis heute nie umgesetzt wurde.

Die beiden autonomen Provinzen haben sich aus verschiedenen Gründen einem Weiterbau der A31 Richtung Norden widersetzt:

Damit würde sich ein neuer Korridor für den Schwer- und Leichtverkehr aus dem hoch industrialisierten Nordosten Italiens über den Brennerpass zu den Märkten Nordeuropas eröffnen. Dies würde die Verkehrsprobleme auf der A22, die bereits ihre Kapazitätsgrenze erreicht hat, erheblich verschärfen. Das ginge auf Kosten der Gesundheit von Tausenden Menschen, die entlang dieser Achse und insbesondere entlang des Südtiroler Abschnitts leben.

Dieses Projekt widerspricht der bisher von beiden Provinzen und von der gesamten Euregio Tirol-Südtirol-Trentino verfolgten Politik, die darauf abzielt, den Transitverkehr auf der Brennerautobahn einzuschränken und den Güter- und Personenverkehr durch die Modernisierung und den Ausbau der Eisenbahn auf die Schiene zu verlagern.

Diese Verlagerungspolitik wäre durch eine Anbindung der A31, die an die A22 im Trentino ernsthaft in Frage gestellt. Das Güterverkehrszentrum von Verona – ein wichtiger Knotenpunkt für den Umschlag zwischen Straße und Schiene – würde nämlich durch den Schwerlastverkehr aus dem

Raum Padua-Ferrara und aus dem Raum Venedig-Udine in Richtung Norden umgangen. Der Güterverkehr würde somit weiterhin auf der Straße verbleiben.

Die Anbindung der A31 an die A22 würde auch nicht die Staatsstraße SS47 durch das Suganertal entlasten.

Eine wesentliche Etappe im langen Tauziehen zwischen den Regionen Trentino-Südtirol und Venetien stellte das Urteil des Verfassungsgerichts vom 21. Februar 2011 dar, mit dem bekräftigt wurde, dass alle Bauvorhaben, Maßnahmen und Projekte im Zusammenhang mit dieser Verkehrsachse der Genehmigung durch die Autonome Provinz Trient bedürfen. Dies im Sinne des Autonomiestatutes und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen.

Auch nach diesem Urteil ließ die Region Venetien nicht locker und genehmigte das Bauprojekt. Am 10. August 2016 gab auch das interministerielle Preiskomitee CIPE grünes Licht. Darauf folgte die Entscheidung der Autobahngesellschaft A31, die Einreichplanung des 1. funktionellen Loses für den 18,9 km langen, durch das Gebiet der Region Venetien verlaufenden Abschnitt von Piovene Rocchette bis Valdastico in die Wege zu leiten.

Doch der Staatsrat hat am 21. Januar 2019 mit Urteil Nr. 00499/2019 in letzter Berufungsinstanz den CIPE-Beschluss vom 10. August 2016 aufgehoben. Angefochten wurde der Beschluss von der Gemeinde Besenello (Trient), die vom Vorprojekt für die Ausfahrt und Verbindung der Valdastico-Nord-Autobahn mit der Brennerautobahn betroffen gewesen wäre. Wieder einmal wurde das Bauprojekt durch eine Initiative der Bevölkerung und der Lokalbehörden gestoppt.

In diesem Szenario hat der Trienter Landeshauptmann im Namen der neuen Landesregierung überraschenderweise einen politischen Kurswechsel angekündigt: Die Valdastico-Autobahn soll tatsächlich mit einem neuen, 41 km langen Streckenverlauf an die A22 bei der Mautstelle Rovereto Süd angebunden werden – in den Vorprojekten wird diese neue Trasse als „Alternative T5“ bezeichnet.

Aus all diesen Gründen

spricht

sich der Südtiroler Landtag

entschieden gegen das Vorhaben aus, die Valdastico-Autobahn A31 in Richtung Norden weiterzubauen und an die A22 anzubinden, und zwar unabhängig vom geplanten Standort dieser Anschlussstelle. Dieses Bauvorhaben würde nämlich einen neuen Korridor für den Schwer- und Leichtverkehr aus dem Nordosten Italiens über den Brennerpass in Richtung Norden eröffnen. Dies würde die Verkehrsprobleme auf einer bereits überlasteten Verkehrsachse erheblich verschärfen, zu einer noch viel stärkeren Luftverschmutzung führen und die Gesundheit der ansässigen Bevölkerung vor allem in Südtirol gefährden.

Demzufolge

verpflichtet

der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

1. sich mit allen möglichen Mitteln dem Vorhaben zum Weiterbau der Valdastico-Autobahn A31 in Richtung Norden und zu deren Anbindung an die Brennerautobahn A22 zu widersetzen, und zwar unabhängig vom Standort der geplanten Anschlussstelle;
2. der Trienter Landesregierung, dem Trienter Landeshauptmann sowie allen Bürgermeistern der Gemeinden entlang der Strecke der A22 sowohl im Trentino als auch in Südtirol diese ablehnende Haltung unverzüglich mitzuteilen;
3. den Vertretern der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol in Körperschaften, Gesellschaften und Institutionen und vor allem in der Brenner-Autobahn-Gesellschaft den Auftrag zu erteilen, alle zweckdienlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sich dem Vorhaben zum Weiterbau der Valdastico-Autobahn A31 in Richtung Norden und zu deren Anbindung an die Brennerautobahn A22 entgegenzustellen, und zwar unabhängig vom Standort der Anschlussstelle;
4. das Land und die Bürgermeister der Südtiroler Gemeinden entlang der Brennerautobahn zur Teilnahme an einem ständigen Arbeitstisch aufzufordern, um die wirksamsten Maßnahmen gegen das Projekt zum Weiterbau der Valdastico-Autobahn A31 in Richtung Norden und zu deren Anbindung an die Brennerautobahn A22 zu prüfen, und zwar unabhängig vom Standort der Anschlussstelle, zumal dieses Projekt nicht nur eine ernsthafte Bedrohung für die Ge-

sundheit der Bevölkerung darstellt, sondern auch der grundsätzlichen Entscheidung widerspricht, den Verkehr auf der Autobahn zu reduzieren und so weit wie möglich auf die Schiene zu verlagern.

L'autostrada A31 della Valdstico, detta anche PiRuBi dai tre politici democristiani che la vollero fortemente (Piccoli-Rumor-Bisaglia) fu aperta nel 1976 e da allora è ferma a Piovene Rocchette. Fin dall'inizio la Regione Veneto e la società che gestisce l'autostrada hanno proposto che l'A31 fosse prolungata a nord fino a sfociare in A22. Fu elaborato anche un progetto preliminare, che contemplava 6 ipotesi di tracciato indicando come privilegiato quello che prevedeva a Besenello l'innesto in A22.

Tuttavia, il progetto è finora rimasto lettera morta grazie all'opposizione delle province autonome di Trento e Bolzano e alla mobilitazione di associazioni culturali e ambientaliste (tra cui Italia Nostra, WWF, e la Fondazione britannica "The Landmark Trust").

Le motivazioni per cui le due province autonome si sono sempre opposte al completamento a nord della A31 sono molteplici:

Aprirebbe un nuovo corridoio per il traffico leggero e pesante dal nord-est italiano ultra industrializzato verso i mercati del nord Europa attraverso il Brennero, aggravando notevolmente i problemi di traffico sull'autostrada A22, che ha già raggiunto il limite di saturazione. A farne le spese sarebbe la salute di migliaia di persone che abitano lungo questo asse, soprattutto nel tratto che attraversa la provincia di Bolzano.

Ciò rappresenta il contrario della politica seguita finora dalle due province e dall'intera Euregio Tirolo-Alto Adige-Trentino, che prevede la riduzione dei transiti su gomma sull'Autobrennero e il trasferimento delle merci e delle persone su rotaia attraverso l'ammodernamento e il potenziamento della ferrovia.

Tale politica di trasferimento del traffico pesante su rotaia sarebbe fortemente danneggiata da una A31 che sfocia in A22 in Trentino, poiché così l'interporto di Verona – snodo fondamentale per lo scambio strada-ferrovia – verrebbe bypassato dal traffico pesante proveniente dalle aree di Padova-Ferrara e Venezia-Udine e diretto a nord. Mezzi e merci dunque resterebbero sulla strada.

L'innesto di A31 in A22 non risolverebbe nemmeno i problemi di traffico della SS47 della Valsugana.

Il lungo braccio di ferro tra Trentino-Alto Adige e Veneto ha avuto come tappa fondamentale la sentenza della Corte Costituzionale del 21 febbraio 2011 che ha ribadito che qualsiasi opera, atto o progetto dell'arteria non possa essere realizzato senza la preventiva intesa con la provincia autonoma di Trento. Ciò per rispetto dello Statuto di autonomia e delle sue norme di attuazione. Anche dopo questa sentenza, il Veneto aveva proseguito la sua pressione, approvando il progetto e ottenendo – il 10 agosto 2016 – il via libera del CIPE, cui è seguita la decisione della Società Autostrada A31 di dare avvio alla progettazione definitiva del 12 lotto funzionale dell'opera tra Piovene Rocchette e Valdstico della lunghezza di 18,9 km, interamente in territorio veneto.

Tuttavia, il 21 gennaio 2019, con la sentenza 00499/2019, il Consiglio di Stato, in ultimo grado di appello, ha annullato la delibera del CIPE del 10 agosto 2016 su ricorso promosso dal Comune di Besenello (Trento), interessato in sede di progetto preliminare all'uscita e raccordo della Valdstico Nord con l'autostrada del Brennero. L'opera era stata dunque di nuovo fermata dall'iniziativa delle popolazioni e delle amministrazioni locali.

In questo scenario, è caduta l'improvvisa svolta politica annunciata dalla nuova giunta provinciale del Trentino per bocca del suo Presidente, secondo il quale la Valdstico deve essere effettivamente collegata all'A22 su un nuovo itinerario con innesto alla A22 al casello di Rovereto Sud su un tracciato di 41 km, denominato "alternativa T5" nei progetti preliminari.

Tutto questo considerato,

il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano

esprime la propria ferma contrarietà al progetto di prolungamento verso Nord della A31 della Valdstico fino ad allacciarla alla A22, qualsiasi sia il punto dell'innesto, poiché tale opera creerebbe un nuovo corridoio per traffico leggero e pesante dal nord est italiano verso nord attraverso

il Brennero lungo un asse già congestionato, con un pesante aggravamento dell'inquinamento e della minaccia alla salute delle popolazioni residenti, soprattutto in provincia di Bolzano.

Di conseguenza,

il Consiglio provinciale

impegna

la Giunta provinciale

- 1. ad opporsi in ogni modo possibile al progetto di prolungamento verso Nord della A31 della Valdstico e al suo collegamento alla A22 del Brennero, qualsiasi sia il punto dell'innesto;*
- 2. a trasmettere immediatamente questa posizione contraria alla Giunta provinciale del Trentino e al suo Presidente e a tutti i sindaci dei comuni che si trovano lungo il percorso dell'A22 sia in Trentino che in Alto Adige;*
- 3. a dare mandato alle persone che in rappresentanza della Provincia autonoma di Bolzano siedono in enti, società e istituzioni, e innanzitutto ai propri rappresentanti nella società Autobrennero, di intraprendere ogni azione utile per opporsi al progetto di prolungamento verso Nord della A31 della Valdstico e al suo innesto nella A22 del Brennero, qualsiasi sia il punto dell'innesto;*
- 4. a convocare un tavolo permanente tra Provincia e Sindaci dei comuni altoatesini che si trovano lungo l'asse dell'Autobrennero per studiare le azioni più efficaci per opporsi al progetto di prolungamento verso Nord della A31 della Valdstico e al suo innesto nella A22 del Brennero, qualsiasi sia il punto dell'innesto, poiché tale progetto costituisce una grave minaccia alla salute delle popolazioni e contraddice la scelta fondamentale di ridurre il traffico sull'autostrada e trasferirlo il più possibile sulla ferrovia.*

Die Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Staffler haben einen **Ersetzungsantrag** zum Beschlussantrag eingebracht:

"Die Valdstico-Autobahn A31 – auch bekannt als „PiRuBi“ nach den drei christdemokratischen Politikern Piccoli, Rumor und Bisaglia, die sich für dieses Projekt stark machten – wurde 1976 für den Verkehr freigegeben. Sie hört in der Gemeinde Piovene Rocchette auf und wurde seitdem nicht weitergebaut.

Von Anfang an schlugen die Region Venetien und die Betreibergesellschaft vor, die A31 in Richtung Norden weiterzuführen, um sie dann an die A22 anzubinden. Zu diesem Zweck wurde sogar ein Vorprojekt mit sechs verschiedenen Trassenvarianten ausgearbeitet: Bevorzugt wurde dabei die Trasse, die bei Besenello in die A22 münden sollte.

Dem Widerstand der autonomen Provinzen Trient und Bozen und der Mobilisierung von Kultur- und Umweltverbänden wie Italia Nostra, dem WWF und der britischen Stiftung "The Landmark Trust" ist es zu verdanken, dass dieses Projekt bis heute nie umgesetzt wurde.

Die beiden autonomen Provinzen haben sich aus verschiedenen Gründen einem Weiterbau der A31 Richtung Norden widersetzt:

Damit würde sich ein neuer Korridor für den Schwer- und Leichtverkehr aus dem hoch industrialisierten Nordosten Italiens über den Brennerpass zu den Märkten Nordeuropas eröffnen. Dies würde die Verkehrsprobleme auf der A22, die bereits ihre Kapazitätsgrenze erreicht hat, erheblich verschärfen. Das ginge auf Kosten der Gesundheit von Tausenden Menschen, die entlang dieser Achse und insbesondere entlang des Südtiroler Abschnitts leben.

Dieses Projekt widerspricht der bisher von beiden Provinzen und von der gesamten Euregio Tirol-Südtirol-Trentino verfolgten Politik, die darauf abzielt, den Transitverkehr auf der Brennerautobahn einzuschränken und den Güter- und Personenverkehr durch die Modernisierung und den Ausbau der Eisenbahn auf die Schiene zu verlagern.

Diese Verlagerungspolitik wäre durch eine Anbindung der A31, die an die A22 im Trentino ernsthaft in Frage gestellt. Das Güterverkehrszentrum von Verona – ein wichtiger Knotenpunkt für den Umschlag zwischen Straße und Schiene – würde nämlich durch den Schwerlastverkehr aus dem Raum Padua-Ferrara und aus dem Raum Venedig-Udine in Richtung Norden umgangen. Der Güterverkehr würde somit weiterhin auf der Straße verbleiben.

Die Anbindung der A31 an die A22 würde auch nicht die Staatsstraße SS47 durch das Suganertal entlasten.

Eine wesentliche Etappe im langen Tauziehen zwischen den Regionen Trentino-Südtirol und Venetien stellte das Urteil des Verfassungsgerichts vom 21. Februar 2011 dar, mit dem bekräftigt wurde, dass alle Bauvorhaben, Maßnahmen und Projekte im Zusammenhang mit dieser Verkehrsachse der Genehmigung durch die Autonome Provinz Trient bedürfen. Dies im Sinne des Autonomiestatutes und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen.

Auch nach diesem Urteil ließ die Region Venetien nicht locker und genehmigte das Bauprojekt. Am 10. August 2016 gab auch das interministerielle Preiskomitee CIPE grünes Licht. Darauf folgte die Entscheidung der Autobahngesellschaft A31, die Einreichplanung des 1. funktionellen Loses für den 18,9 km langen, durch das Gebiet der Region Venetien verlaufenden Abschnitt von Piovene Rocchette bis Valdastico in die Wege zu leiten.

Doch der Staatsrat hat am 21. Januar 2019 mit Urteil Nr. 00499/2019 in letzter Berufungsinstanz den CIPE-Beschluss vom 10. August 2016 aufgehoben. Angefochten wurde der Beschluss von der Gemeinde Besenello (Trient), die vom Vorprojekt für die Ausfahrt und Verbindung der Valdastico-Nord-Autobahn mit der Brennerautobahn betroffen gewesen wäre. Wieder einmal wurde das Bauprojekt durch eine Initiative der Bevölkerung und der Lokalbehörden gestoppt.

In diesem Szenario hat der Trienter Landeshauptmann im Namen der neuen Landesregierung überraschenderweise einen politischen Kurswechsel angekündigt: Die Valdastico-Autobahn soll tatsächlich mit einem neuen, 41 km langen Streckenverlauf an die A22 bei der Mautstelle Rovereto Süd angebunden werden – in den Vorprojekten wird diese neue Trasse als „Alternative T5“ bezeichnet.

Aus diesen Gründen spricht sich der Südtiroler Landtag entschieden gegen das Vorhaben aus, die Valdastico-Autobahn A31 in Richtung Norden weiterzubauen und an die A22 anzubinden, und zwar unabhängig vom geplanten Standort dieser Anschlussstelle. Dieses Bauvorhaben würde nämlich einen neuen Korridor für den Schwer- und Leichtverkehr aus dem Nordosten Italiens über den Brennerpass in Richtung Norden eröffnen. Dies würde die Verkehrsprobleme auf einer bereits überlasteten Verkehrsachse erheblich verschärfen, zu einer noch viel stärkeren Luftverschmutzung führen und die Gesundheit der ansässigen Bevölkerung vor allem in Südtirol gefährden.

Aus all diesen Gründen

verpflichtet
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung,

ihren Dialog mit der Provinz Trient zu intensivieren mit dem Ziel, die Trentiner Landesregierung zu überzeugen, von dem Projekt zum Weiterbau der A31 und zu deren Anbindung an die A22 Abstand zu nehmen."

"L'autostrada A31 della Valdastico, detta anche PiRuBi dai tre politici democristiani che la vollero fortemente (Piccoli-Rumor-Bisaglia) fu aperta nel 1976 e da allora è ferma a Piovene Rocchette.

Fin dall'inizio la Regione Veneto e la società che gestisce l'autostrada hanno proposto che l'A31 fosse prolungata a nord fino a sfociare in A22. Fu elaborato anche un progetto preliminare, che contemplava 6 ipotesi di tracciato indicando come privilegiato quello che prevedeva a Besenello l'innesto in A22.

Tuttavia, il progetto è finora rimasto lettera morta grazie all'opposizione delle province autonome di Trento e Bolzano e alla mobilitazione di associazioni culturali e ambientaliste (tra cui Italia Nostra, WWF, e la Fondazione britannica "The Landmark Trust").

Le motivazioni per cui le due province autonome si sono sempre opposte al completamento a nord della A31 sono molteplici:

Aprirebbe un nuovo corridoio per il traffico leggero e pesante dal nord-est italiano ultraindustrializzato verso i mercati del nord Europa attraverso il Brennero, aggravando notevolmente i problemi di traffico sull'autostrada A22, che ha già raggiunto il limite di saturazione. A farne le spese sarebbe la salute di migliaia di persone che abitano lungo questo asse, soprattutto nel tratto che attraversa la provincia di Bolzano.

Ciò rappresenta il contrario della politica seguita finora dalle due province e dall'intera Euregio Tirolo-Alto Adige-Trentino, che prevede la riduzione dei transiti su gomma sull'Autobrennero e il trasferimento delle merci e delle persone su rotaia attraverso l'ammodernamento e il potenziamento della ferrovia.

Tale politica di trasferimento del traffico pesante su rotaia sarebbe fortemente danneggiata da una A31 che sfocia in A22 in Trentino, poiché così l'interporto di Verona – snodo fondamentale per lo scambio strada-ferrovia – verrebbe bypassato dal traffico pesante proveniente dalle aree di Padova-Ferrara e Venezia-Udine e diretto a nord. Mezzi e merci dunque resterebbero sulla strada.

L'innesto di A31 in A22 non risolverebbe nemmeno i problemi di traffico della SS47 della Valsugana.

Il lungo braccio di ferro tra Trentino-Alto Adige e Veneto ha avuto come tappa fondamentale la sentenza della Corte Costituzionale del 21 febbraio 2011 che ha ribadito che qualsiasi opera, atto o progetto dell'arteria non possa essere realizzato senza la preventiva intesa con la provincia autonoma di Trento. Ciò per rispetto dello Statuto di autonomia e delle sue norme di attuazione.

Anche dopo questa sentenza, il Veneto aveva proseguito la sua pressione, approvando il progetto e ottenendo – il 10 agosto 2016 – il via libera del CIPE, cui è seguita la decisione della Società Autostrada A31 di dare avvio alla progettazione definitiva del 12 lotto funzionale dell'opera tra Piovene Rocchette e Valdastico della lunghezza di 18,9 km, interamente in territorio veneto.

Tuttavia, il 21 gennaio 2019, con la sentenza 00499/2019, il Consiglio di Stato, in ultimo grado di appello, ha annullato la delibera del CIPE del 10 agosto 2016 su ricorso promosso dal Comune di Besenello (Trento), interessato in sede di progetto preliminare all'uscita e raccordo della Valdastico Nord con l'autostrada del Brennero. L'opera era stata dunque di nuovo fermata dall'iniziativa delle popolazioni e delle amministrazioni locali.

In questo scenario, è caduta l'improvvisa svolta politica annunciata dalla nuova giunta provinciale del Trentino per bocca del suo Presidente, secondo il quale la Valdastico deve essere effettivamente collegata all'A22 su un nuovo itinerario con innesto alla A22 al casello di Rovereto Sud su un tracciato di 41 km, denominato "alternativa T5" nei progetti preliminari.

Per questi motivi il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano esprime la propria ferma contrarietà al progetto di prolungamento verso Nord della A31 della Valdastico fino a allacciarla alla A22, qualsiasi sia il punto dell'innesto, poiché tale opera creerebbe un nuovo corridoio per traffico leggero e pesante dal nord est italiano verso nord attraverso il Brennero lungo un asse già congestionato, con un pesante aggravamento dell'inquinamento e della minaccia alla salute delle popolazioni residenti, soprattutto in provincia di Bolzano.

Tutto questo considerato

il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
impegna la Giunta provinciale

a intensificare il confronto con la Provincia di Trento al fine di convincere la Giunta provinciale del Trentino a desistere dal progetto del prolungamento della A31 fino ad allacciarla alla A22."

Der Abgeordnete Dello Sbarba hat das Wort zur Erläuterung, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie presidente. Di Valdastico abbiamo discusso anche lo scorso mese, durante le interrogazioni su questioni di attualità, dove noi abbiamo chiesto al presidente Kompatscher qual era la posizione della Giunta provinciale di Bolzano, se la Provincia di Bolzano rimaneva contraria a quest'opera e il presidente ci rispose che per quanto riguarda la Provincia di Bolzano c'era un NO al prolungamento a nord della Valdastico con immissione di questa nuova autostrada nell'A22 all'altezza di Rovereto Sud, ma le cose purtroppo sono andate avanti, ci sono stati diversi incontri a Roma, la Giunta del Trentino sembra convinta a procedere, a fare dei passi in questa direzione e quindi a noi sembra molto importante oggi, o domattina, quando voteremo, un segnale politico su una questione che ci interessa. Ci interessa perché naturalmente, se si apre un nuovo corridoio per traffico leggero, ma soprattutto pesante dall'area veneta sull'A22 fino a innescarsi a Rovereto, noi da un lato vedremo crescere il traffico pesante sull'A22, e soprattutto sulla parte che riguarda la provincia di Bolzano e dall'altro verrà in qualche modo fortemente indebolita la politica di trasferimento del traffico pesante dalla strada alla rotaia, perché tutto questo fiume di traffico che dalla Valdastico arriverebbe a Rovereto Sud, avrebbe la possibilità di saltare il nodo intermodale di Verona che è il luogo dove noi puntiamo al trasferimento dalla strada alla rotaia. Lì ci sono le attrezzature, lì possono partire i treni, che sia con i TIR che con i *container* possono arrivare fino a Innsbruck, fino a Kufstein, fino a Monaco, se noi portiamo il traffico pesante veneto di tutta l'area industrializzata di piccole e medie industrie del veneto fino a Rovereto Sud, è chiaro che questa operazione di trasferimento dalla strada alla rotaia non ha più senso, perché un TIR che è arrivato già a Rovereto non monta certo a Trento sul treno per arrivare fino a Innsbruck.

Quindi ci sono molti motivi da parte della Provincia di Bolzano per essere contrari a quest'opera e del resto questi motivi sono sempre stati portati avanti fino a pochi mesi fa da entrambe le Province, cioè entrambe le Province erano contrarie a quest'opera per le ragioni che ho detto e tra l'altro ci sono stati anche dei gesti concreti delle Province, per esempio rispetto all'ipotesi di innesco della Valdastico a Besenello, il Comune di Besenello ha fatto un'azione di impugnazione della previsione da parte del Veneto e ha vinto al Consiglio di

Stato che ha stabilito che nessun'opera che riguarda la Valdastico può essere fatta senza l'intesa con il Trentino, una cosa che fino a ieri ci metteva al riparo, al sicuro, perché il Trentino aveva la nostra stessa posizione. Adesso il Trentino ha improvvisamente cambiato posizione, io credo che il motivo sia che la Lega trentina evidentemente subisce la pressione anche della Lega veneta, dove la Lega è molto più forte, della Lega della Pianura padana quindi c'è stato questo improvviso cambiamento di posizione e questa posizione della Giunta trentina a favore di un tracciato che lungo 41 chilometri, di cui gran parte in galleria, prolunghi la Valdastico da Piovene Rocchette dove adesso è ferma, fino all'A22 del Brennero, al casello di Rovereto Sud.

Naturalmente questo ci interessa non solo per gli effetti di traffico, ma siamo anche cointeressati dal fatto che l'A31 entrerebbe dentro l'A22 e l'A22 è la nostra autostrada, cioè un'autostrada che noi, attraverso la società Autobrennero gestiamo con tutti gli enti locali di cui siamo anche parte, quindi alcune competenze ce le abbiamo anche, cioè dovranno chiedere all'Autostrada del Brennero, all'A22, il permesso di allacciarsi al casello di Rovereto Sud, e l'A22 – e la Regione e la Provincia autonoma di Bolzano – avrà voce in capitolo, si spera, su quest'opera che ci riguarda e che ha delle conseguenze dirette su di noi. E se qualcuno dice che non avrà voce in capitolo, la Provincia di Bolzano deve conquistare questa voce, cioè deve conquistare un tavolo in cui si discuta di questo e in cui noi possiamo far valere la nostra posizione. In questo momento se si legge per esempio l'Adige – il giornale di Trento – sembra che il Trentino vada avanti a prescindere da noi e a prescindere dalle nostre posizioni, sembra che la partita si giochi tutta tra Ministero e Giunta provinciale di Trento e questo non può essere, questo veramente *es darf nicht sein*, come si dice, non può essere questa cosa.

Per cui noi abbiamo pensato all'utilità di una presa di posizione innanzitutto del Consiglio provinciale, noi abbiamo fatto una mozione dove si divide in due parti la parte impegnativa, cioè da un lato si fa esprimere, nel primo punto "Tutto questo considerato il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano" – il Consiglio quindi – come legislativo – "esprime la propria ferma contrarietà al progetto di prolungamento verso Nord della A31 della Valdastico fino ad allacciarla alla A22, qualsiasi sia il punto dell'innesto, poiché tale opera creerebbe un nuovo corridoio per traffico leggero e pesante dal nord est italiano verso nord attraverso il Brennero lungo un asse già congestionato, con un pesante aggravamento dell'inquinamento e della minaccia alla salute delle popolazioni residenti, soprattutto in provincia di Bolzano", questo per ribadire la posizione nostra come Consiglio provinciale contraria a quest'opera e in difesa della salute della popolazione. Noi ricordiamo che lungo l'asse del Brennero nella nostra provincia per esempio degli ossidi d'azoto noi abbiamo delle rilevazioni che superano del doppio, cioè si va oltre $80 \mu\text{g}/\text{m}^3$ – il limite di $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ – fissati dall'Unione Europea.

Quindi il primo punto chiede a questo Consiglio di esprimersi in maniera contraria alla Valdastico, poi c'è una parte impegnativa verso la Giunta provinciale e su questo noi abbiamo presentato un emendamento totalmente sostitutivo, concordato con il presidente Kompatscher che ci ha chiesto di incaricare la Giunta provinciale, ma in una forma che sia di dialogo con la Giunta trentina. Noi capiamo le difficoltà, naturalmente le capiamo, noi abbiamo presentato un'interrogazione a livello regionale alla Giunta regionale e la Giunta regionale non ci ha risposto, perché è chiaro, nella Giunta regionale ci sono due posizioni diverse, quindi comprendiamo questa esigenza del presidente della Giunta provinciale di Bolzano, che ha richiesto una posizione diciamo più dialogante col Trentino e quindi sostituiremmo la parte impegnativa che comincia "Di conseguenza, il Consiglio provinciale impegna la Giunta provinciale ..." in questo modo: "Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna la Giunta provinciale a intensificare il confronto con la Provincia di Trento al fine di convincere la Giunta provinciale del Trentino a desistere dal progetto del prolungamento della A31 fino ad allacciarla alla A22", cioè prima si ribadisce il nostro NO alla Valdastico e poi si incarica la Giunta provinciale, prime di fare le barricate, di avviare un dialogo con la Giunta trentina in modo da convincerla a non fare quest'opera che secondo noi è dannosa.

Questo emendamento è stato concordato con il presidente Kompatscher, io spero quindi che la nostra mozione possa essere approvata, proprio come segnale politico che a mio parere in questo momento è estremamente utile e urgente.

KÖLLENSPERGER (Team Köllensperger): Das Meiste hat der Kollege Dello Sbarba schon gesagt. Es ist klar, dass die Valdastico-Anbindung an die Brennerautobahn noch mehr Güterverkehr bringen würde, weil das eine willkommene Abkürzung für viel Schwerverkehr wäre, der aus der Gegend von Vicenza über uns dann herauffahren könnte. Es ist auch klar, dass wir dafür sind, dass der Schienengüterverkehr ausgebaut werden soll und nicht noch mehr Möglichkeiten auf der Straße geschaffen werden.

Für mich war auch klar, dass der beschließende Teil, wie er vorher war, auf etwas eingreift, was außerhalb des Wirkungsbereiches des Südtiroler Landtages, auch der Südtiroler Landesregierung liegt, nämlich Forderungen zu stellen für ein Teilstück an Autobahn, die Valdastico, die auf dem Trentiner Gebiet und nicht auf dem Südtiroler Gebiet liegt. Deswegen ist es klar, dass jetzt der so geänderte beschließende Teil zwar viel schwächer ist, aber haltbarer, weil wir natürlich keine Hoheit über die Trentiner Entscheidungen haben.

Ich hätte eventuell den Punkt 2 gelassen, der Folgendes besagt: "der Trienter Landesregierung, dem Trienter Landeshauptmann sowie allen Bürgermeistern der Gemeinden entlang der Strecke der A22 sowohl im Trentino als auch in Südtirol diese ablehnende Haltung unverzüglich mitzuteilen." Wir unterstützen diesen Antrag sowieso auch in dieser Form, obwohl er von seiner Kraft viel verloren hat.

Eine Frage stellt sich mir. Ich hatte bezüglich der Brennerautobahn ein paar Mal Anträge eingebracht, die sie betrafen, unter anderem im Regionalrat und auch im Landtag, um die Müllsammlung, die die Brennerautobahn an sich gerissen hat, den Gemeinden zu nehmen, was eine große Einnahmenquelle von gewissen Gemeinden ist, Aktenzugänge um gewisse Sachen zu erfragen, einen Auftrag an den Verwaltungsrat der Brennerautobahn als Gesellschafter, gewisse Sachen zu tun. Es wurde mir immer gesagt, dass die Brennerautobahn als privatrechtlich geführte Aktiengesellschaft, auch wenn der Großteil in öffentlicher Hand ist, von der Politik direkt keinen Befehl eines Landtages annehmen kann. Deswegen hat sich mir die Frage gestellt, wie ein Fugatti oder ein Trentiner Landtag einfach der Brennerautobahn Befehle erteilen kann.

Es wäre einmal interessant, über diesen Beschlussantrag im Regionalrat zu diskutieren, wo die direkten Ansprechpartner auch sitzen, obwohl auch der Regionalrat keine direkte legislative Zuständigkeit hat, aber die Diskussion dort zu führen, wäre interessant, schon einmal aus dem Grund, dass die Region der relative Mehrheitseigentümer der Brennerautobahn ist. Soweit ist es klar, aber trotzdem unsere Unterstützung zu diesem Beschlussantrag. Er geht in eine Richtung, dass Südtirol und die Brennerautobahn nicht noch mehr Schwerkverkehr und nicht noch Abkürzungen oder Beschleunigungen braucht, sondern es soll wenschon in die Schiene investiert werden und nicht in zusätzliche Autobahnen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zunächst einmal zum Fortgang der Arbeiten. Ich glaube, dass das im deutschen Text des beschließenden Teils des Ersetzungsantrages nicht ganz richtig übersetzt worden ist. Im beschließenden Teil stehen die Wörter "al fine di convincere la Giunta". Das wird im deutschen Text mit den Wörtern "mit dem Ziel die Regierung zu überreden" übersetzt. Gemeint ist wahrscheinlich zu überzeugen. Mir fällt jetzt nicht das richtige Wort im Italienischen für "überreden" ein, um es dem Kollegen zu erklären, aber überreden ist viel schwächer als überzeugen. Überreden ist eine generelle Sache dahingehend, dass ich versuche, Dir etwas einzureden, aber überzeugen ist etwas anderes.

Kollege Dello Sbarba, dieser Versuchung verfällt man in der Opposition sehr oft, dass man mit der Mehrheit versucht, einen gemeinsamen Konsens oder einen Konsens zu finden, damit ein Antrag angenommen wird. Nur wenn von dem Antrag nicht mehr viel übrig bleibt, dann muss man sich die Frage stellen, ob sich dieser Konsens auszahlt oder ob er sich nicht auszahlt. Meiner Meinung nach bleibt von diesem Antrag nichts mehr übrig. Die ursprüngliche Position der Landesregierung in Welschtirol war es, klipp und klar zu sagen, wir sind gegen die Valdastico-Autobahn und wir werden alles dafür tun, damit sie nicht kommt und nicht, wir versuchen Euch, um es jetzt bewusst abgeschwächt zu sagen, zu überreden, damit sie nicht kommt. Das ist eine Wischi-Waschi-Aussage, wir versuchen Euch zu überreden. Das ist keine klare Positionierung von Seiten Südtirols. Wir sollten sagen, wir wollen das nicht und nicht, wir versuchen Euch zu überreden, damit Ihr auch glaubt, dass Ihr das nicht wollt. So würde das Überreden eigentlich funktionieren.

Ich glaube, dass wir uns hier schon bewusst sein müssen, was das für Südtirol für Auswirkungen hat, wenn die Valdastico-Autobahn gebaut wird. Das ist ein verkehrspolitischer Kollaps, den wir in Südtirol erleben. Wir sind jetzt bereits in der Situation, dass die Brennerautobahn die Gesundheit unserer Bevölkerung jeden Tag aufs Neue gefährdet und jetzt ziehen wir noch mehr Verkehr auf Südtirol an. Und dazu sollen wir nicht klar und deutlich nein sagen dürfen?

Kollege Dello Sbarba, ich würde Dich wirklich ersuchen, dass Du diesen Ersetzungsantrag zurückziehst und den ursprünglichen Antrag wieder einreichst, weil das nichts ist, im Gegenteil. Das schadet sogar mehr als was es nutzt, weil das keine klare Positionierung gegenüber der Landesregierung im Trentino ist. Ich finde, dass wir hier klar und deutlich sagen sollten, wir wollen diese Autobahn nicht und wir fordern Euch auf, diese nicht zu bauen bzw. mit uns gemeinsam wird es in der Region keine Zustimmung dazu geben. Das wäre eine klare Positionierung, aber nicht ein "Wasch mich, aber mach mich nicht nass Antrag". Dieser bringt in der Substanz wirklich gar nichts.

Ich erkenne Eure Absicht an, die Ihr hier einbringt. Man liest auch aus den Prämissen heraus, dass es Euch darum geht, diese Autobahn oder diesen Teil der Autobahn, diese Verlängerung zu verhindern, aber bitte sagen wir das. Wir sind es der Bevölkerung schuldig, hier ganz klar Position zu beziehen. Die Bevölkerung in Südtirol erträgt nicht noch mehr Verkehr und jede weitere Straße bringt mehr Verkehr. Da sind wir jetzt in der Verantwortung, ob wir dazu ja oder nein sagen. Ich bin der Meinung, wir sollten dazu nein sagen und das in aller Deutlichkeit.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Questa volta sono pienamente d'accordo con il collega Knoll, dobbiamo dare un NO chiaro alla Valdastico, al suo prolungamento. Noi come Movimento 5 Stelle anche a livello regionale siamo contro questo prolungamento e anche a livello nazionale non vogliamo che questa autostrada continui a fare danni ambientali, che si ripercuotono non solo nella galleria, ma anche poi nella A22. Troviamo nella posizione della Lega trentina anche una posizione un po' elettoralistica, perché la parte del Trentino che è a favore della Valdastico è la Valsugana e casualmente ci saranno le elezioni suppletive in quel collegio, ovviamente i cittadini della Valsugana sono gli unici che possono trarne qualche beneficio a livello ambientale, perché verrà tolto un po' di traffico, però crediamo che la posizione della nostra Provincia dovrebbe essere molto chiara e dire un NO alla Valdastico, perché si rifletterebbe sull'A22. Grazie!

LANZ (SVP): Ich glaube schon, dass man aus den Prämissen ganz klar die Absicht erkennen kann, da dieser Text in den Prämissen nicht geändert wurde. Unsere Überlegung in diese Richtung geht auf einen anderen Punkt hin, und zwar inwieweit wir unsere Kompetenzen im beschließenden Teil ausdrücken können, wo wir eigentlich keine Kompetenz haben. Unser Weg ist eigentlich jener, wo wir sagen, diese Tätigkeit, diese Investition, dieser Ausbau würde für uns gravierende Folgen haben. Diese Folgen wollen wir nicht. Deswegen wollen wir in einen Dialog treten, um Lösungen zu finden. Wir können natürlich sagen, dass wir dagegen sind, aber dann könnte auch Trient sagen, das ist uns eigentlich egal, weil es bei uns hier ist und wir deswegen einfach entscheiden. Aus diesem Grund wurde das auch in Abstimmung mit dem Kollegen Dello Sbarba besprochen, um diesen Dialog zu intensivieren und nach Möglichkeiten zu suchen, Alternativen zu finden, aber vor allem von diesem Bau Abstand zu nehmen. Wir können es natürlich beschließen und sagen, wir sind dagegen, aber das ist der Nachbar, der umbaut und die Baugenehmigung im Haus hat. Das nützt relativ wenig. Deswegen war dieser Vorschlag dahingehend, die Tür nochmals zu öffnen, um über den direkten Dialog einwirken zu können.

LOCHER (SVP): Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass wir alle von dieser Straßenverbindung, die gebaut werden soll, nicht begeistert sind. Die Frage, die sich immer wieder stellt, ist, inwieweit wir eingebunden werden und inwieweit wir direkt davon betroffen sind. Die Region wird sich sehr, sehr vieles selber entscheiden, wird das selber im Bauleitplan eintragen und wird wahrscheinlich selber auch die Entscheidung treffen. Die Frage – ich möchte mich dem Kollegen Lanz anschließen – ist, ob wir dafür oder dagegen stimmen. Ich glaube, das ist eine sehr lokale Entscheidung, die sie treffen werden, ohne dass wir davon begeistert sind. Das heißt, dass wir uns auch nicht gerne beeinflussen lassen in den verschiedenen Gegebenheiten. Wir haben das bereits bei den verschiedenen Anliegen heute Nachmittag besprochen. Wenn, dann werden wir nur mit klugen Verhandlungen wahrscheinlich eine Chance haben, dass wir auch berücksichtigt werden. Ansonsten – ich möchte das noch dem Mobilitäts- und Verkehrslandesrat sagen – wird es für uns, wenn das gebaut wird, eine zusätzliche kleinere Katastrophe, das heißt, dass noch ein Verkehrsfluss dazukommen wird, in dem wir endgültig ersticken werden. Ich würde raten, sehr klug vorzugehen, sehr kluge Entscheidungen zu treffen und vor allem versuchen, auf sehr diplomatischem Wege Einfluss zu nehmen, denn das, was auch uns zukommt, ist nichts Gutes. Danke!

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Prendo atto del fatto che quella che ci viene proposta attraverso questo emendamento è una mediazione, collega Dello Sbarba, tanto per tentare di mettere il piede nella porta, poi si dice "vedremo come andrà a finire", però mi pare che la notizia del giorno, anzi la notizia del momento, perché del giorno ce ne sono diverse, e riprendo un po' i miei panni di antico giornalista, sia quella per cui sostanzialmente su una grande opera come la Valdastico emerge che le forze di Governo nazionale, i 5 Stelle e la Lega, appaiono su posizioni diametralmente opposte. Da una parte la Lega, che sostengo, attraverso il presidente Fugatti ritiene che la grande opera del completamento della Valdastico sia strategica,

plaudo e sostengo, così è chiara la mia posizione, dall'altra parte il collega Nicolini, consigliere regionale del Trentino-Alto Adige e consigliere provinciale di Bolzano, che dice "no, la Lega fa solo propaganda".

Allora qui emerge quello che vediamo tutti i giorni anche a livello di Governo, cioè un Governo che non la pensa allo stesso modo su quasi nulla di ciò che è strategico per il nostro Paese, tanto che anche all'interno del territorio poi questo si riflette nelle posizioni che legittimamente i colleghi hanno espresso, ma che dimostrano come è difficile poi governare le scelte strategiche quando sulle medesime scelte strategiche esistono posizioni diametralmente opposte. Questo per me, presidente, io ci farei il titolo su questo, più che su un voto di transizione, cioè facciamo il titolo immaginandoci tutti quanti i titolisti o giornalisti, "si prende tempo sulla Valdastico?", poco interessante, piuttosto "Il Governo si spacca anche sulla Valdastico, Lega e 5 Stelle sono sulle barricate". 5 Stelle dice "la Lega sta facendo campagna elettorale", la Lega invece propone un progetto politico, un progetto strategico, propone una soluzione di viabilità e io ritengo che questa sia una posizione saggia. Le opere incompiute non fanno mai bene e stiamo parlando di un'opera incompiuta, un'autostrada realizzata e che a un certo punto finisce. Allora c'è da chiedersi "il nostro Paese deve essere un Paese di opere incompiute o di opere terminate?"

Questo è il tema, perché non aveva ragione nemmeno quell'autostrada che arrivasse fino là se poi si aveva l'intenzione di non farla andare oltre, ed è il grande tema, presidente, su cui ruota tutto il dibattito più recente e vedo che l'Alto Adige, la nostra Regione, non è immune da tutto ciò. Grazie!

PRÄSIDENT: Angesichts der fortgeschrittenen Uhrzeit schlage ich vor, die Replik der Landesregierung auf morgen zu vertagen.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ore 17.27 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ALFREIDER (29, 41)
AMHOF (53, 66)
ATZ TAMMERLE (10, 18, 41)
DEEG (67)
DELLO SBARBA (51, 56, 74)
FAISTNAUER (10, 19)
FOPPA (8, 17, 22, 31, 57)
HOCHGRUBER KUENZER (39, 67)
KNOLL (7, 25, 36, 42, 50, 51, 65, 76)
KÖLLENSPERGER (54, 75)
LADSTÄTTER Paula Maria (3, 12)
LADURNER (29)
LANZ (12, 20, 25, 56, 59, 77)
LEITER REBER (18, 28, 54, 64)
LOCHER (27, 52, 66, 77)
MAIR (8, 15, 24, 30)
NICOLINI (39, 55, 77)
PLONER Alex (11)
PLONER Franz (9, 26)
REPETTO (9, 53, 62, 69)
RIEDER (64)
SCHULER (21, 51, 57)
STAFFLER (11, 19, 27, 63)
UNTERHOLZNER (27, 40)
URZÌ (20, 38, 48, 49, 50, 51, 58, 77)
VETTORI (21, 40, 53)